Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Impressum: Eigentümer und Herausgeber: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Georg Fischer. Erscheint im Verlag: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m. b. H., Halbgasse 12, 1070 Wien Kommunistischer Bund Österreichs, Halbgasse 12, 1070 Wien Tel.: 0222/93 83 37 Erscheinungsort Wien Verlagspostamt 1070 Wien

P.b.b. Preis 4.-

Nr. 5/Jahrgang 1 28. Oktober 1976

Boykottiert die Minderheitenfeststellung am 14. November! Erteilt der Politik der Regierung eine Abfuhr!

Es naht der 14. November, der Tag, an dem die von der Regierung geplante Minderheitenfeststellung über die Bühne gehen soll. Der Plan der Regierung ist klar: In einem Klima verstärkter chauvinistischer Hetze und verstärkten Drucks auf die Minderheiten sollen diese bei der Sprachenermittlung zur Verleugnung ihrer Volksgruppenzugehörigkeit gezwungen und auf eine geringe Zahl hinuntergezählt werden. Dieses Ergebnis der Minderheitenzählung soll dann als Begründung dafür dienen, keine oder nur vereinzelte Ortstafeln aufzustellen. Alle anderen für die Gleichberechtigung der Minderheiten notwendigen Rechte wie das auf zweisprachige Ausbildung der Kinder oder das auf den gleichberechtigten Gebrauch ihrer Muttersprache im öffentlichen Leben werden ihnen durch das neue Volksgruppengesetz sowieso verweigert. So soll das "Minderheitenproblem" ein für alle Mal gelöst werden, indem die offiziell anerkannte Größe der slowenischen Volksgruppe auf eine verschwindende Zahl reduziert, ihre Entrechtung und Diskriminierung verewigt und ihr Widerstand gebrochen wird.

Dieser Plan ist allerdings zum Scheitern verurteilt: Es gibt die Slowenen, es gibt ihre Unterdrückung, und wo es Unterdrückung gibt, gibt es Widerstand. Der Widerstand der Slowenen, aber auch aller anderen fortschrittlichen Menschen gegen die reaktionäre Minderheitenpolitik der Regierung ist besonders im letzten Jahr ständig stärker geworden. Dieser Kampf um eine demokratische Lösung der Minderheitenfrage wird weitergehen. Das kann keine bürgerliche Regierung verhindern. Sie wird im Gegenteil dabei Bankrott machen.

Fortsetzung nächste Seite

Aus dem Inhalt

Nach der Konferenz von Riad:

Fortschritte im Kampf um Einheit der arabischen Nation

Montag, den 18. Oktober, unterzeichneten in Riad, der Hauptstadt Saudi-Arabiens, der Präsident Ägyptens, der König von Saudi-Arabien, der Emir von Kuwait und Yasser Arafat, Vorsitzender der PLO, sowie die Präsidenten Syriens und des Libanons ein Abkommen zur Beendigung der Kämpfe im Libanon. Am 21.10. tritt im Libanon ein Waffenstillstand in Kraft, und am 26.10. beginnt in Kairo eine Gipfelkonferenz arabischer Staatsoberhäupter, die über die Durchführung des Abkommens von Riad beschließen soll.

Die Bedeutung des Abkommens

Den Imperialisten passen diese Tatsachen ganz und gar nicht. Seit im Oktoberkrieg 1973 die Einheit der arabischen Länder und der arabischen Nation im Kampf gegen Israel, Hauptwerkzeug der Imperialisten im Nahen Osten, gewaltig erstarkt ist, haben sie alles daran gesetzt, diese Einheit wieder zu zerbrechen. Insbesondere die beiden Supermächte USA und Sowjetunion haben versucht, Ägypten zu isolieren, Algerien und Marokko gegeneinander zu hetzen, sich im Sudan einzumischen, und haben Syrien schließlich zum Verrat an der arabischen Sache gebracht. Das Abkommen von Riad ist ein kräftiger Schlag gegen diese Bestrebungen. Folglich empören sich die Supermächte darüber: "Überrascht" und "enttäuscht" sind die USA (Herald Tribune, 18.10.) und die SU diffamiert in der "Prawda" vom 18.10. das Abkommen als ein Komplott der pro-amerikanischen arabischen Reaktion. (zit. nach ORF-Mittagsjournal, 18.10.)

Die palästinensische Revolution fördert die arabische Einheit

Tatsächlich ist das Abkommen Ausdruck des Kampfs um die Einheit der arabischen Nation gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion, Ausdruck der historischen Strömung "Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker die Revolution". Die Einigung der Unterzeichner über den Inhalt wurde in erster Linie hergestellt auf dem Boden des heroischen revolutionären Widerstandes der palästinensischen und libanesischen Verbände im Libanon gegen die syrische Invasion bei gleichzeitiger Fortsetzung der Aufstandsbewegung im besetzten Palästina unter Führung der PLO (vgl. Klassenkampf Nr.4).

Fortsetzung auf Seite 23

Aktionen gegen den Bau von Atomkraftwerken in ganz Österreich





Die Veranstaltung des Arbeitskreises Atomenergie innerhalb der "Initiative österreichischer Kernkraftwerksgegner" am 13.1o. wurde von über 400 Menschen besucht. Auf ihr wurde eine Resolution zur Regierungskampagne beschlossen. Im Bild oben links die Veranstaltung in Wien im Gewerkschaftshaus Treitelstrasse.

Ebenfalls am 13. Oktober demonstrierten in Linz an die 200 Atomkraftwerkgegner unter den Forderungen: Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerks in Zwentendorf! und: Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon! Einen Tag vorher fand in Salzburg eine Veranstaltung statt, die von 15o Kraftwerksgegnern besucht wurde.

Die Regierungsveranstaltung (im Bild oben rechts Blick auf das Podium) - die erste innerhalb der "Aufklärungskampagne" der Regierung, wurde für die Veranstalter ein Fiasko. (siehe Artikel auf Seite 6/7)

Portugal:

Enteignung der besetzten Landgüter

Die Agrarreform, wie sie von den unterdrückten Massen am Land durchgeführt wurde, hat die Landwirtschaft Portugals rasch vorangebracht. Die Besetzung der großen Güter durch die Landarbeiter und die Organisierung von Kooperativen hat vor allem im südlichen Alentejo stattgefunden, wo die Hauptanbaugebiete für Weizen, Gerste und Hafer liegen. Die Getreideproduktion Portugals konnte so von 1975 auf 1976 um 150.000 Tonnen, die von Gerste um 15.000 Tonnen gesteigert werden. Diese Errungenschaften der Landarbeiter will die Soares-Regierung rückgängig machen. Ende September hat sie die Räumung von 101 Gütern, die von den Landarbeitern in Besitz genommen worden waren, und die Rückgabe dieses Landes an die Grundherren beschlossen. Für die Durchführung dieses Beschlusses hat sie Einheiten der Luftwaffe in den Alentejo verlegt. Statt den Widerstand der Arbeiter in den Kooperariven zu organisieren, tat die Gewerkschaftsführung der Landarbeiter, die in der Händen der Revisionisten von der PCP liegt, alles, um diese in Fesseln zu legen und zu spalten. Sie behauptete, die Agrarreform werde "gesichert", wenn man die 101 besetzten Güter jetzt aufgebe.

Die portugiesische Regierung greift Stück für Stück die von der Arbeiterklasse und den Volksmassen erkämpften Rechte an. Mit der Sicherung des kapitalistischen Eigentums für die Großagrarier und die Kapitalisten handelt sie im Auftrag der Imperialisten in den USA und in Westeuropa, die "geregelte" Ausbeutungsverhältnisse als Bedingung für die Aufnahme in den Europarat stellen.

Sowjetunion:

»Sozialistische« Worte und imperialistische Taten

Auf massiven Druck seitens der sozialimperialistischen Sowjetunion wird Persien den in den Iran geflüchteten sowjetischen Militärpiloten ausliefern. Bewogen wurde der Schah zu diesem Schritt, nachdem die Sowjetunion "scharfe Drohungen, die kommunistischen Untergrundkämpfer im Iran mit allen Mitteln zu unterstützen..." ausgestoßen hatte.

Hat die Sowjetunion vor der Flucht des Piloten die Befreiungsbewegungen Persiens nicht unterstützt? Und wird sie, nachdem der Schah den Drohungen der Breschnjew-Clique nachgegeben hat das auch in Zukunft nicht tun?

Fest steht, daß die neuen Zaren ihr Gerede vom "proletarischen Internationalismus" als ein Mittel zur Geschäftemacherei betrachten. Es verdeutlicht einen Wesenszug des Sozialimperialismus, daß er sozialistische Prinzipien zu dem Zweck in den Mund nimmt, um damit die imperialistische Tat des politischen Drucks zu setzen.

Kapital und Regierung diktieren Reallohnabbau

"Eine volle Kompensation(der Teuerung) und eine Reallohnsteigerung im bisherigen Ausmaß ist vorläufig unmöglich", kündigte Kreisky 600 Betriebsräten in Oberlaa an. Benya stimmte ihm zu. Die Gewerkschaften sollen ihrer Meinung nach ihr Augenmerk"nicht so sehr auf Lohnverbesserungen, sondern auf die Vollbeschäftigung legen."

Begründung: "Wir haben eine Krise, die nur durch Erholungsphasen unterbrochen wird." (Kreisky, Kurier vom 23.10.)

Mit dieser Rede hat Kreisky das Gewicht der SP-Regierung voll hinter die Forderung der Wirtschaftsbosse gestellt, daß die kommende Lohnrunde in den Dienst der Erhaltung und Stärkung der Konkurrenzfähigkeit der Kapitalisten auf den internationalen Märkten gestellt werden müsse. Gleichzeitig kündigte er eine weitere Verstärkung der staatlichen Ausplünderung der Arbeiter und anderen Werktätigen zum Zweck der "Budgetsanierung", zur Fortführung der SP-Arbeitsmarktpolitik an.

ÖGB-Präsident Benya hat angekündigt, daß sich unter seiner Führung die Gewerkschaft bei den Forderungen beugen werde. Die Arbeiter aber und alle anderen Lohnabhängigen haben dazu keinen Grund. Sie haben allen Grund zu sagen: "Die Gewerkschaft, das sind wir - und wir wollen uns dem Diktat von Kapital und Regierung nicht beugen!"

Kreisky sagt: Die Wirtschaftskrise ist nur unterbrochen. Damit hat er recht. Alle imperialistischen Länder stekken mehr oder minder akut in der Krise. Für die ganze kapitalistische Weltwirtschaft sind die Zukunftsaussichten düster. Das Aufschwunggeschrei verstummt zusehends. Die Kapitalisten richten sich auf einen noch schärferen Konkurrenzkampf um einen noch engeren Weltmarkt ein. Sie richten sich darauf ein auf dem Rücken der Arbeiter, indem sie aus weniger Arbeitern noch mehr herausholen wollen für einen Lohn, der immer weniger wert ist. Was sie aus der eigenen Arbeiterklasse herauspressen, verwenden sie als Mittel, um im Nahen Osten, in Südafrika, in Griechenland und der Türkei, im Iran und in Brasilien Kapital zu investieren, um auch die Arbeiterklasse dieser Länder auszubeuten, sich an der Unterdrückung der Völker und der Plünderung ihrer Naturreichtümer zu beteiligen.

Sollen die Vöest-Arbeiter Lohnverzicht üben, damit das Vöest-Kapital keine Probleme dabei bekommt, sich mit dem Kapitalexport nach Südafrika an der Unterdrückung der afrikanischen Völker, der Ausbeutung der afrikanischen Arbeiter und der Plünderung der afrikanischen Bodenschätze zu beteiligen? Damit dem Vöest-Kapital dabei und bei seinen anderen Waren- und Kapitalexporten kein anderer Ausbeuter zuvorkommt?

Sollen die Arbeiter eines beliebigen anderen Betriebs in Österreich auf die Verteidigung des Reallohns verzichten und sich noch stärker ausbeuten lassen, damit das private und staatliche Kapital sich auf den internationalen Märkten besser behaupten kann im Kampf mit den anderen Imperialisten um das "Recht", auch die Arbeiterklasse anderer Länder auszubeuten und die unterdrückten Völker in der Dritten Welt auszuplündern?

Sollen die österreichischen Arbeiter auf die Verteidigung des Reallohns verzichten und damit bei der nächsten Verschärfung der Krise noch schwächer und gespaltener den Kapitalisten gegenüberstehen?

Die derzeitige ÖGB-Führung sagt dazu ja. Die Arbeiter und Angestellten, die breite Masse der Gewerkschaftsmitglieder, hat allen Grund nein dazu zu sagen.

Sie hat auch allen Grund, nein zu der wachsenden staatlichen Ausplünderung über Steuern und Tarifen zu sagen. Nein, zu den Sparmaßnahmen bei allen öffentlichen Leistungen, auf die das Volk - so schlecht sie auch sind - angewiesen ist.

Weder der Verzicht auf die Verteidigung des Reallohns gegen die Kapitalisten noch der Verzicht auf die Abwehr der zusätzlichen Plünderung durch den Staat kann die Arbeiterklasse vor einer neuerlichen Krise der kapitalistischen Wirtschaft und ihren Folgen schützen. Nur eine Arbeiterklasse, die unbeirrbar auf ihren eigenen Interessen beharrt und nicht wie Benya mit dem Kopf der Kapitalisten denkt, kann sich im Aufschwung wie in der Krise behaupten.

G.St.

Boykottiert die ... Erteilt ...

Fortsetzung von Seite 1

Die Politik der Regierung: Drohungen, chauvinistische Hetze, Polizeiterror...

Die Regierung hat im Verein mit den beiden anderen Parlamentsparteien in den Monaten seit der Beschlußfassung der beiden Gesetze - Volkszählungsgesetz und Volksgruppengesetz - den Druck auf die Minderheiten, vor allem die Slowenen, enorm verstärkt. Alles wurde getan, um sie einzuschüchtern und um ihre Entschlossenheit, die Minderheitenfeststellung zu boykottieren, zu brechen. Das hat mit Drohungen seitens der bürgerlichen Politiker begonnen. Kreisky hat - als Wink mit dem Zaunpfahl - darauf hingewiesen, daß die Minderheitenfeststellung an sich geheim sei, daß aber die Slowenen, wenn sie nicht teilnehmen, die Geheimhaltung in Frage stellen. Auf gut deutsch: Wer sich nicht zählen läßt, deklariert sich selbst als einer, der seinen Staatsbürgerpflichten als Österreicher nicht nachkommt, und hat sich die Folgen selbst zuzuschreiben. Jeder, der mit den Verhältnissen in Südkärnten vertraut ist, weiß, daß diese harmlos erscheinende Äusserung Kreiskys eine offene Drohung mit Chauvinismus und Diskriminierung ist. Bei der Drohung durch Worte ist es natürlich nicht geblieben. Reihenweise haben der Kärntner Heimatdienst und der Kärntner Abwehrkämpferbund, beides offen reaktionäre und chauvinistische Vereine, "Fahnenweihen" und andere reaktionäre Veranstaltungen zwecks Einschüchterung der Slowenen und chauvinistischer Verhetzung des Volkes durchgeführt und sogar ein Denkmal für den Naziverbrecher Steinacher aufgestellt. Überall waren führende Kärntner Politiker, darunter Landeshauptmann Wagner (SPÖ), beteiligt.

Die Polizei steht seit Monaten im Einsatz gegen die Slowenen und alle fortschrittlichen Menschen, die gegen die Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse auftreten. Sie werden bespitzelt und bedroht. Bei Versammlungen der Slowenen werden die Teilnehmer von Polizisten aufgeschrieben. Versammlungen und Kundgebungen werden verboten und - wo sie sich nicht verbieten lassen - von der Polizei aufgelöst. In St. Kanzian wurden ein paar Dutzend Menschen verhaftet. Sogar die NDP-Nazis haben sich im Kielwasser der Regierung und der gesamten Reaktion wieder einmal aus ihren

Minderheitenfeststellung am 14. November! der Politik der Regierung eine Abfuhr!

Löchern getraut, sich für die "deutsche Heimat" stark gemacht und die Minderheitenfeststellung wärmstens begrüßt. Das alles sind keine unvermeidlichen Begleiterscheinungen und Nebenseiten der Regierungspolitik. Das ist die Regierungspolitik. Das sind die Mittel, auf die die Regierung zählt, um ihre Pläne verwirklichen zu können.

... sowie Lügen und Betrug

Die Politik der Regierung hat allerdings auch noch eine andere Seite. Um die Minderheiten zu täuschen und ihre Reihen zu spalten, vor allem aber um die anderen Teile des Volkes zu täuschen und sie gegen die Minderheiten aufzuhetzen ergeht sich die Regierung in schönen Worten von "Förderung der Minderheiten" usw. Das allein ist schon ein niederträchtiges Manöver. Die Minderheiten wollen in erster Linie politische Rechte und erst in zweiter Linie eine finanzielle Förderung zur Pflege ihrer Kultur. Eine Förderung ohne diese Rechte gibt es nicht. Die Regierung stellt die Frage der Förderung in den Vordergrund, weil sie nur schwer begründen könnte, wieso sie laut Volksgruppengesetz die Gewährung politischer Rechte überhaupt verweigert oder von der Zahl der Angehörigen der Minderheiten abhängig macht, wieso für die Gewährung politischer Rechte eine Zählung notwendig sein soll. Der wahre Inhalt des Volksgruppengesetzes wird vertuscht und vor dem Volk verheimlicht. Dafür macht Kreisky viel Lärm darum, daß es das "fortschrittlichste Minderheitengesetz in Europa" sein soll. Die kürzlich in den meisten Zeitungen erschienen Inserate der Regierung bestehen praktisch nur aus Lüge und Betrug. Die Vorgangsweise der Regierung ist eine niederträchtige Lumperei.

Die Pläne der Regierung sind nicht aufgegangen

Heute, kurz vor der geplanten Minderheitenfeststellung, kann man sagen, daß die Pläne der Regierung nicht aufgegangen sind. Keine Drohung und kein Polizeieinsatz hat die Entschlossenheit der Minderheiten gebrochen, die Minderheitenfeststellung zu boykottieren und den Kampf um ihre Rechte fortzusetzen. Keine Demagogie und kein Köder konnte ihre Reihen spalten. Im Gegenteil sehen sie heute viel klarer als vor einem halben Jahr, was sie von der Regierung zu halten haben. Unter den übrigen Teilen der Bevölkerung hat die Minderheitenpolitik der Regierung ebenfalls keine Unterstützung gefunden. Im Gegenteil hat die Vorgangsweise der Regierung - von den schamlosen Lügen und Drohungen Kreiskys bis zu den Polizeieinsätzen und der Aufwertung auch des übelsten chauvinistischen Gesindels - vielen Menschen die Augen geöffnet. Die Bewegung gegen die Minderheitenpolitik der herrschenden Klasse und für die Rechte der Minderheiten ist stärker geworden. Neben Klagenfurt sind in den letzten Monaten Komitees in Salzburg, Wien und Graz entstanden. In den meisten Landeshauptstädten haben Demonstrationen stattgefunden. Kärntner Heimatdienst und Kärntner Abwehrkämpferbund andrerseits hatten bei ihren Veranstaltungen hauptsächlich Gelegenheit, zu zeigen, daß ihr Einfluß in der Kärntner Bevölkerung schwächer wird. Das Steinacher-Denkmal, diese unerhörte Provokation gegen die Slowenen, stand nur kurze Zeit. Die Polizeieinsätze waren von vornherein ein Zeichen der Schwäche der Reaktion, die keinen anderen Ausweg wußte, und haben das Ihre dazu beigetragen, um sie noch weiter zu isolieren.

Erteilen wir der Regierung eine Abfuhr!

Unter diesen Umständen geht die Regierung am 14. November einer Niederlage entgegen. Die Minderheiten sind nämlich fest entschlossen, sich den Plänen der Regierung nicht zu unterwerfen. Sie lassen sich nicht zählen. Die Minderheitenzählung wird durch den Boykott der Minderheiten unmöglich gemacht werden und keine Ergebnisse liefern, auf die sich die Regierung bei der weiteren Verfolgung ihrer Pläne stützen könnte.

Darüber hinaus gilt es, die "Volkszählung" am 14. November in ganz Österreich zu nutzen, um der Regierungspolitik eine Absage zu erteilen die Entschlossenheit zu demonstrieren, für die Rechte der Minderheiten einzutreten. Um dieser Entschlossenheit einen praktischen Ausdruck zu verleihen, werden in verschiedenen Städten am 5. November Demonstrationen stattfinden. Für die "Volkszählung" selbst schlagen wir vor, die Erhebungszettel ungültig zu machen durch die Aufschrift

Für die Rechte der Minderheiten!

Je stärker diese Demonstrationen sind, je erfolgreicher der Boykott organisiert wird, je deutlicher die Ablehnung der reaktionären Minderheitenpoltik der herrschenden Klasse durch alle fortschrittlichen Menschen am 14. November ausfällt - umso bessere Bedingungen werden für die Fortsetzung des Kampfes um die Rechte der Minderheiten geschaffen.

W.L.

Partisanendenkmal in Robesch / Robež wiedererrichtet

Am Sonntag, den 24.10.1976 wurde im Rahmen einer kämpferischen Veranstaltung in Robesch/Robež in Kärnten das 1973 von Deutschnationalen gesprengte Partisanendenkmal, für den ersten Kampf der Partisanen gegen die Hitlersoldaten, wiederaufgestellt. Die Veranstaltung wurde vom Kärntner Partisanenverband unter Beteiligung der beiden slowenischen Zentralorganisationen durchgeführt.

Mehr als 2.500 Menschen, darunter ehemalige Partisanen aus Slowenien, Friaul und Kärnten, nahmen teil.

Grußadresse des Sekretärs des ZK des Kommunistischen Bundes Österreichs an die Teilnehmer der Denkmalaufstellung

Wien/Dunaj 22.10.1976

Liebe Freunde!

Wir begrüßen mit Freude Eure heutige Veranstaltung an diesem historischen Ort und wünschen ihr einen erfolgreichen Verlauf.

Der Kampf, in dessen Zeichen diese Veranstaltung steht, der Kampf gegen den deutschen Faschismus, war ein revolutionärer Kampf für die nationale und soziale Befreiung, für die Beseitigung von Ausbeutung und Unterdrückung. Dieser Kampf, an dem sich auch tausende Kärntner Slowenen und deutschsprachige österreichische Demokraten beteiligten, gehört zu den lichtesten Traditionen der gesamten österreichischen Arbeiterklasse. Das Hochhalten dieser Traditionen ist für uns eine revolutionäre Pflicht, und gerade heute auch ein wichtiger Teil des Kampfes gegen den Chauvinismus.

Wir versichern Euch in diesem Zusammenhang auch, alle unsere Kräfte für die erfolgreiche Durchführung des Boykotts der Minderheitenfeststellung einzusetzen und den Kampf für die Rechte der Minderheiten auch über den 14.November hinaus fortzusetzen, um schließlich den Sieg zu erreichen.

Für das ZK des KB Österreichs
Walter Lindner, Sekretär des ZK

Graz: Komitee für die Rechte der Minderheiten gegründet

Am 12.10. wurde in Graz ein Komitee für die Rechte der Minderheiten gegründet. Bei der Gründungssitzung wurde eine Plattform, die die politische Grundlage der Arbeit bildet, beschlossen und ein koordinierender Ausschuß eingesetzt. Das Komitee beruht auf Einzelmitgliedschaft, ist ein Personenkomitee und bietet somit die Möglichkeit für jeden Interessierten, mitzuarbeiten.

Die Plattform enthält neben allgemeinen Festlegungen, in welchen in besonderer Weise der Staatsvertrag hervorgehoben und ein Bekenntnis zur Republik Österreich abgegeben wird, was erschwerend dafür sein wird, die Bewegung und das Komitee im Kampf gegen die Regierung und den bürgerlichen Staat zu orientieren, eine Reihe positiver Festlegungen, die sich auf die Rechte der Minderheiten sowie die Schritte im Kampf um ihre Gleichberechtigung beziehen und somit eine geeignete und gute Grundlage für die weitere Arbeit des Komitees abgeben werden können.

Die Hauptsache in der Tätigkeit des Komitees wird es sein, daß man wegkommt von der Ausrichtung auf prominente Persönlichkeiten, die sich mit den Minderheiten "solidarisieren" und die Arbeit des Komitees ausrichtet auf die Arbeit unter der werktätigen Bevölkerung. Hier liegt nämlich die Kraft, die letztlich mit der Diskriminierung der Minderheiten Schluß machen wird. Die Voraussetzungen dafür sind gut. Auch in Graz hat sich die Bewegung gegen die minderheitenfeindliche Politik der Regierung entfaltet und eine gewisse Breite erreicht.

KPÖ- Fünfte Kolonne der Bourgeoisie in der Minderheitenfrage

Die KPÖ-Revisionisten haben schon seit eh und je die Rolle einer fünften Kolonne der herrschenden Klasse und der Regierung in der Bewegung gegen deren reaktionäre Minderheitenpolitik und für die Rechte der Minderheiten gespielt. Das Geschäft der Revisionisten war und ist die Desorientierung und Schwächung, die Spaltung und Zersetzung der Bewegung. Dafür haben sie in der allerjüngsten Zeit neuerlich einige Beweise geliefert.

Die Revisionisten sind zum offenen Liquidatorentum übergegangen

Sie haben sich nach Kräften dafür eingesetzt, daß nichts oder möglichst wenig gegen die Minderheitenfeststellung am 14.November getan wird. So war es z.B. im Klagenfurter Komitee:

"Am 6.10., also vor mehr als 14 Tagen fand eine Vollversammlung des Komitees statt.

Bei dieser Sitzung zeigte sich deutlich, daß die Revisionisten, die in Form von verschiedenen 'Organisationsvertretern' anwesend waren, alles daransetzten, die bereits beschlossenen Losungen und Aktivitäten wieder rückgängig zu machen, was ihnen zum Großteil auch gelang. Von Vertretern der Komitees (aus Klagenfurt, Salzburg und Wien) wurde nämlich Anfang September beschlossen, daß der Boykott unter der Hauptlosung "Für die Rechte der Minderheiten - Demokraten lassen sich nicht zählen", organisiert wird und daß am 5.6.11 ein Aktionstag für die Rechte der Minderheiten in ganz Österreich organisiert wird.

Die Liquidierung der Hauptparole "Für die Rechte der Minderheiten" konnten sie trotz aller Anstrengungen nicht durchbringen, wohl aber bis jetzt die Liquidierung des Aktionstages. Sie argumentierten dies folgendermaßen: Nachdem die Slowenenorganisationen mitgeteilt hatten, daß sie alle Kräfte für das gemischtsprachige Gebiet brauchen und daher kaum Kräfte für die Organisierung einer Demonstration in Klagenfurt hätten, einer solchen aber auch nicht negativ gegenüberstehen, nützte dies der Oberrevisionsit M.Messner aus, um daraus ein Argument dafür zu machen, daß man in Klagenfurt nichts tun könnte. In einem von ihm selbst eingebrachten Beschluß des Aktionsausschusses des Komitees heißt es, daß es keinerlei Aktivitäten wie in St.Kanzian organisieren werde, wenn nicht die Slowenenorganisationen mit allen Kräften die Organisierung unterstützten. Gegen diesen schädlichen Beschluß stimmte damals schon die Vertreterin der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt des Kommunistischen Bundes, weil das Komitee selbständige Aktivitäten organisieren muß, um seine Aufgaben zu erfüllen.

Unter Berufung auf diesen Beschluß brachte der Oberrevisionist M.Messner einen Beschluß ein, daß das "Komitee mindestens ein Flugblatt bis zur Minderheitenfeststellung macht"... Die Diskussion was denn noch gemacht werden könne, wurde vo ihnen in den Aktionsausschuß delegiert, der bis heute noch nicht darüber beraten hat!

Die OAG Klagenfurt hält an den Beschlüssen der Vertreter der drei Komitees weiterhin fest, am 5.6.11. einen Aktionstag für die Rechte der Minderheiten zu organisieren und den 14.November zu einem Kampftag um die Rechte der Minderheiten zu machen. Dazu wird die OAG am 6.11 mit Ausstellungen, Flugblättern und Reden in Klagenfurt an verschiedenen Orten die Menschen für die Rechte der Minderheiten zu gewinnen suchen und den Tag dann abschließen mit einer Kundgebung in Klagenfurt. Die OAG richtet diesen Vorschlag auch weiterhin an das Klagenfurter Komitee, alle Organisationen, die sich für den Kampf um die Rechte der Minderheiten einsetzen, und vor allem an die Bevölkerung selbst."
(Aus einem Bericht von H.G. Ortsaufbaugruppe Klagenfurt)

Auch in Graz versuchten die Revisionisten, jegliche Aktivität, darunter auch die Aktivität des soeben gegründeten Komitees, zu verhindern und jede Initiative abzuwürgen. In einem Bericht aus Graz über diesbezügliche Aktionseinheitsverhandlungen heißt es:

"Gleich zu Beginn der Besprechung machten wir (die Ortsgruppe Graz des KB Österreichs) den Vorschlag, für den 5.11. in Graz zu einer Demonstration aufzurufen. Begründet haben wir unseren Vorschlag damit, daß dies den Beschlüssen der Solidaritätskomitees entspräche, am 5.November auf die Straße zu gehen, um möglichst viele Menschen dazu zu bringen, am 14.11. die Minderheitezählung zu boykottieren und aktiv für die Rechte der Minderheiten einzutreten. Dem fügten wir hinzu, daß in Graz die Bewegung an Kraft gewonnen hat und die Bedingungen, eine erfolgreiche Demonstration durchzuführen, nicht schlecht seien. Das sieht man schon allein daran, daß sich immerhin 40 bis 50 Grazer rege am Aufbau des Komitees beteiligen.

Die Vertreterin des KSV und der Vertreter des VSStö fingen gleich von vorneherein an, alles als sinnlos hin zustellen. "Wir werden uns isolieren!""Jeder dritte auf der Straße sympathisiert mit den Faschisten!" "Wenn's unbedingt demonstrieren wollt's dann fahrts halt nach Wien oder Klagenfurt!" (VSStö) und "Informationsstände - das reicht uns!" (VSStö und KSV), das waren ihre Aussagen. Das sind aber Aussagen, die nur darauf abzielen, die Bewegung von kämpferischen Schritten abzuhalten und sie zu bremsen.

Ganz anders lagen die Bedenken beim Vertreter des Clubs Slowenischer Studenten, der sich für aktive Schritte einsetzte, aber nicht wußte, ob eine Demonstration die beste Maßnahme sei.

Trotz der aufgetauchten Differenzen glauben wir, daß es doch noch möglich sein müßte, für den 5.11. gemeinsam zu einer Demonstration aufzurufen. Deshalb richten wir diesen Vorschlag an alle Gegner der minderheitenfeindlichen Politik der Regierung." (Aus einem Bericht von Hepu, Ortsgruppe Graz). In Wien konnten sich die Revisionisten ein solches Verhalten angesichts der Entschlossenheit vieler anderern Kräfte in der Bewegung nicht erlauben.

Totale Kapitulation vor dem Chauvinismus

Seit jeher haben die Revisionisten versucht, es nicht zu einer offenen Konfrontation mit dem Chauvinismus kommen zu lassen, sondern vielmehr dem Chauvinismus " Rechnung zu tragen ". Das zeigt sich in der Art und Weise, wie sie gegen den Vorschlag verschiedener Kräfte in der Bewegung, am 14.November außerhalb des gemischtsprachigen Gebietes "slowenisch" anzukreuzeln, argumentieren. Zuerst meinte der KPÖ-Parteivorsitzende Muhri auf einer Pressekonferenz, man könnte ja nicht einen deutschsprachigen Menschen auffordern "etwas Unwahres" anzukreuzeln. Deshalb sei die KPÖ dafür, überhaupt nicht zur Zählung hinzugehen. In der "Volksstimme" am Tag darauf wurde diese interessante Begründung des Vorschlags der KPÖ allerdings nicht mehr gebracht. Es hieß dort zur Begründung nur mehr, der Vorschlag der KPÖ seit "breiter" und "umfassender". Es dauerte freilich nicht lange, da meinte der KPÖ-Führer Scharf bei einer Veranstaltung auf der Universität Wien, daß der Vorschlag "slowenisch" anzukreuzen "zu radikal" sei. Was ist aber an diesem Vorschlag radikal? Ist es nicht so, daß er der KPÖ nur "zu radikal" gegenüber dem Chauvinismus ist? Aus derselben Haltung heraus hat es die KPÖ auch seit jeher peinlichst vermieden, die notwendigen Rechte der Minderheiten beim Namen zu nennen oder auch nur von der Notwendigkeit solcher konkreten Rechte zu reden. Statt dessen zieht sie sich gern hinter allgemeines und undeutliches Gerede über die Verwirklichung des Artikel 7 des Staatsvertrages zurück. Das fällt einem natürlich leichter, wenn man dem Chauvinismus nicht auf den Schlips treten will.

Aus derselben Haltung heraus wird man auch nie von dieser Partei hören, daß die Perspektive der Bewegung die Fortsetzung des Kampfes gegen die Regierung um die Rechte der Minderheiten bis zu deren Durchsetzung ist. Statt dessen hört man, daß die "einzige Perspektive" Verhandlungen der Regierung mit den Minderheiten seien. Das sagt auch die Regierung. Aber worüber soll verhandelt werden? Über die Verwirklichung der Rechte der Minderheiten oder über die Verwirklichung auf dem Boden des "Volksgruppengesetzes"? Ersteres ist die Perspektive der Minderheiten und des ganzen Volkes. Letzteres ist die Perspektive der Regierung. Für welche Perspektive ist die KPÖ? Warum lehnt die KPÖ nicht das "Volksgruppengesetz" klar und eindeutig ab? Warum versucht sie im Gegenteil, jede klare Haltung zu diesem Gesetz zu verhindern? Warum versucht die KPÖ ständig, die falsche Meinung zu verbreiten, die Regierung handle unter dem Druck und wegen des Nachgebens gegenüber "der Reaktion" (gemeint sind die offenen Chauvinisten à la Kärntner Heimatdienst), anstatt zu zeigen, daß die Kreisky-Regierung die Speerspitze der bürgerlichen Reaktion ist?

Auf welche Frage man auch die Antwort sucht, es stellt sich überall heraus, daß das objektive Ziel der Politik der KPÖ Vertuschung und Abschwächung der Widersprüche zwischen Volk und Staat und zwischen Proletariat und Bourgeoisie ist, die Vernebelung der wirklichen Verhältnisse, die Desorientierung und Spaltung der Bewegung und der Versuch, sie in einen nach Kapitulation vor dem Chauvinismus und Beschönigung der Regierung in einen übelriechenden Sumpf zu führen.

W.L.

Budget 1977

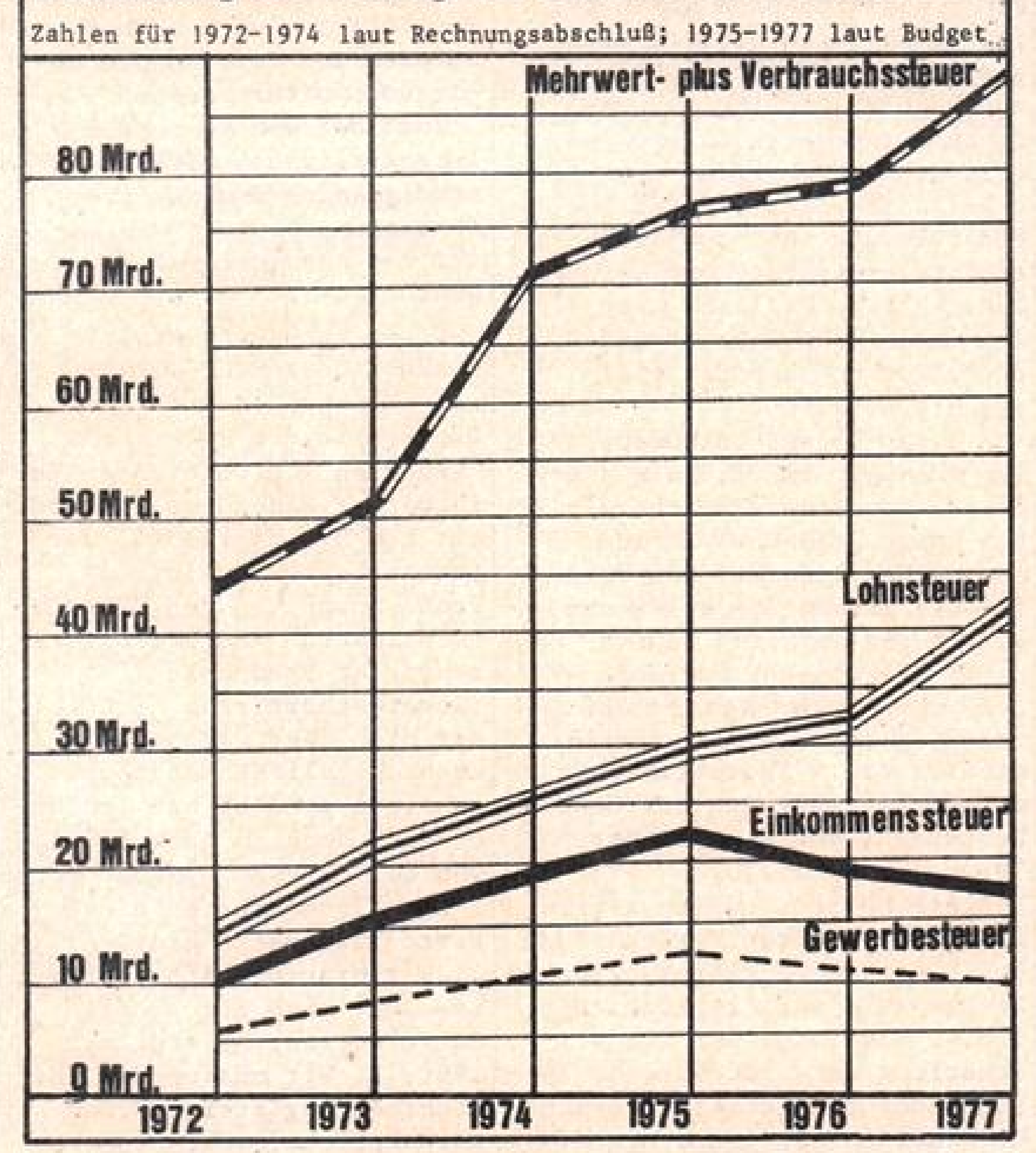
Dreiviertel der Steuereinnahmen werden den arbeitenden Massen abgepresst

Für 1977 sieht der Bundesvoranschlag insgesamt Einnahmen von 197,2 Milliarden Schilling vor. Der Großteil davon werden Steuergelder sein, nämlich 153 Milliarden (Einkommensteuer, Lohnsteuer, Körperschaftssteuer, Mehrwertsteuer, Verbrauchssteuer). Der Rest der Einnahmen setzt sich zusammen aus Zöllen und vor allem aus Einnahmen aus den Bundesbetrieben (Post, ÖBB) und den staatlichen Monopolen (Glückspiel und Branntwein). Etwa dreiviertel der gesamten Steuereinnahmen werden den Werktätigen abgepreßt: entweder direkt, in Form der Lohnsteuer, oder indirekt, in Form der Mehrwertsteuer, der Verbrauchssteuern (Tabak- und Monopolabgabe, Mineralölsteuer) und der Verkehrssteuern (Kfz-Steuer).

Um ein erstes Bild davon zu bekommen, wie sich die Steuerlasten verteilen, genügt es schon, die direkten Steuern genauer aufzuschlüsseln: da gibt es auf der einen Seite die Steuern, die auf den Lohn erhoben werden (41 Milliarden an Lohnsteuer sollen es 1977 sein, daß sind 26,8% der gesamten Steuereinnahmen und um 8,8 Milliarden oder 27,3% mehr als 1976) und auf der anderen Seite jene Steuern, die hauptsächlich aus dem Mehrwert stammen, den die Kapitalisten aus den Arbeitern herausholen: das sind die Körperschaftssteuer, die Einkommensteuer, die Kapitalertragssteuer, die Gewerbesteuer und andere, die ausschließlich die Besitzenden betreffen. Diese Steuern zusammen machen 38,4 Milliarden, also um 2,6 Milliarden weniger aus, als die Lohnsteuer allein. Von diesen Steuern sollen etwa die Einkommensteuer, die Körperschaftssteuer und die Gewerbesteuer 1977 zusammen 33,2 Milliarden bringen, das sind um 4 Milliarden oder um 12% weniger als 76.

Die Lohnabhängigen zahlen allerdings nicht nur Lohnsteuer. Bei allem was man kauft, vom Brot bis zur Miete, von der Zigarette bis zum Ofenöl werden indirekte Steuern eingehoben, die mit dem Preis mitbezahlt werden und auch im folgenden Jahr ordentlich gesteigert werden sollen: die Mehrwert- und Verbrauchssteuereinnahmen sollen dem Staat 1977 88,4 Milliarden bringen, das sind um 9,2 Milliarden oder um 11,6% mehr als 1976. Nun zahlen diese indirekten Steuern angeblich auch die Kapitalisten (zumeist werden sie sie aber absetzen) und ihr Anteil muß daher abgezogen werden. Das kann auf Grund der verfügbaren Zahlen nur annähernd geschehen: unter den 3 Millionen Berufstätigen sind 2,4 Millionen Unselbständige. Der Anteil der auf sie fallenden indirekten Steuern beträgt etwa 71 Milliarden. Zusammen mit der Lohnsteuer ergibt das 112 Milliarden, das sind 73,2% des gesamten Steueraufkommens. Dreiviertel der Steuern werden also von den arbeitenden Menschen gezahlt. Gegenüber 1976 wird so der Anteil der Lohnabhängigen an der gesamten Steuerlast von 69% auf 73,2% steigen, wobei vor allem die Lohnsteuerprogression zum Tragen kommt. Der Anteil an der Steuerlast, den die Kapitalisten zahlen, wird weiter sinken.

Die Ausplünderung der Massen hört aber bei den Steuern nicht auf: eingeplant im Budget sind bereits drastische Gebührenerhöhungen bei Stem-



pelmarken und Tariferhöhungen bei Post und ÖBB.

Höhere Ausgaben für die Unterdrückung des Volkes ...

17,7 Milliarden wird der Staat für "Recht und Sicherheit" ausgeben, darunter 9,05 Milliarden oder um 14,3% mehr als 1976 für das Heer. Vor allem der Bau der Großraumradarstationen am Kolomansberg und auf der Koralpe fällt hier ins Gewicht, womit die Regierung Österreich weiter in das NATO-Luftraumüberwachungskonzept hineinzieht. Die restlichen 8,6 Milliarden werden das Innenministerium und das Justizwesen verwenden: für die weitere Vorbereitung auf die Verschärfung des Klassenkampfes durch Aufrüstung und Aufstockung von Polizei und Gendarmerie, für die Bezahlung der STAPO-Spitzel und der Richter und für den Unterhalt der Gefängnisse.

... und für die Erhöhung der Profite

19,1 Milliarden Schilling werden auf "wirtschaftsfördernde Maßnahmen" entfallen. Darunter fallen Maßnahmen, die dazu dienen, die Monopolisierung der Produktion voranzutreiben, vor allem die großen imperialistischen Konzerne wie etwa die Vöest schlagkräftiger für den internationalen Konkurrenzkampf zu machen: durch steuerliche Begünstigungen bei Fusionen von Betrieben, durch Stillegungen, für die allein hunderte Millionen aufgewendet werden müssen, durch direkte Steuerspritzen etwa für Kapitalerhöhungen, durch direkte Auftragsvergaben und andere Maßnahmen. Von den zusätzlich 44,8 Milliarden für "Investitionen und Investitionsförderung" wird zweifellos ein beträchtlicher Teil direkt oder indirekt an die Kapitalisten gehen. Zu den letzteren zwei Budgetposten muß noch die Steuergelderreserve gezählt werden, die mit dem "Konjunkturausgleichsbudget", das zusätzlich zum Grundbudget beschlossen wird weitere 6,4 Milliarden für die Kapitalisten bereitstellt.

Unsummen von Steuergeldern also, die vom Finanzkapital in erster Linie für durchgreifende Rationalisierungen der Produktionsstruktur ganzer Industriezweige sowie in den einzelnen Betrieben verwendet werden, um die Ausbeutung zu steigern und damit im Konkurrenzkampf besser dazustehen. Daß sie bei der Verschärfung der Ausbeutung mit allen Mitteln vorgehen, zeigen die starken Produktivitätssteigerungen in der Industrie: der ÖGB-Nachrichtendienst vom 7.10.1976 meldet, daß die Produktivität je unselbständig Beschäftigten in der Industrie in den ersten 6 Monaten dieses Jahres um durchschnittlich 8,4% höher war als im ersten Halbjahr des Vorjahres. Trotz der Abnahme der Zahl der Industriebeschäftigten im ersten Halbjahr um durchschnittlich 4 %, steigerte die Industrie die Produktion real um 3,9 %.

Weitere 23 Milliarden werden direkt an das Bankkapital fliessen: soviel macht der Staatsschuldendienst 1977 (die "Rückzahlungsrate" der bereits 165,6 Milliarden betragenden Staatsschuld) aus: die eine Hälfte sind Tilgungen, die andere Zinszahlungen. Androsch hat erklärt, daß der Bund 1977 etwa 40 Milliarden auf dem inländischen Kapitalmarkt an Krediten aufnehmen wird (Presse, 22.10.), was weitere Zinszahlungen an das Finanzkapital aus Steuergeldern in immer höherem Ausmaß bedeutet.

Stagnation und Senkung der Sozialausgaben und Personaleinsparungen

Mit 1,6 Milliarden sind die Ausgaben für Gesundheit denkbar niedrig veranschlagt; ihr Anteil an den Gesamtausgaben beträgt nur 0,67%, gleich viel wie 1976. Von 77 auf 73 Millionen wird die Bergbauernförderung gesenkt. Von 3,1% auf 2,8% wird der Ausgabenanteil für "Wissenschaft" sinken. Die Ausgaben für das Volksbildungswesen werden von 8,2% lediglich auf 8,4% erhöht, eine Aufstockung der Lehrer ist nicht vorgesehen. Insgesamt sollen 3.108 Dienstposten eingespart werden. Auf einen "Einsparungserfolg" weist Androsch zusätzlich hin, der durch "Änderungen bei der Sparförderung" erzielt werden

Fortsetzung nächste Seite

Protestresolution beschlossen am 13. 10. im Gewerkschaftshaus/Wien IV.

An die Österreichische Bundesregierung!

Die Österreichische Bundesregierung und die AKW-Betreiber haben längst grundsätzlich für die Kernenergie entschieden.

Wir sind überzeugt, daß es bei der "Informationskampagne" nicht um eine umfassende Aufklärung über die Gefahren von Atomkraftwerken geht, sondern darum, der Bevölkerung den Bau von Atomkraftwerken schmackhaft zu machen. Dafür sprechen folgende Gründe:

- Das Atomkraftwerk Zwentendorf steht knapp vor der Fertigstellung
- Die Bauvorbereitungen für das Atomkraftwerk (AKW) St. Pantaleon laufen ungestört weiter
- Für das AKW St. Pantaleon wurden bereits Verträge über Brennstofflieferungen mit der Sowjetunion abgeschlossen
- Der kürzlich erschienene Energieplan der Bundesregierung sieht vor, daß 1985 15 % des Strombedarfes durch AKWe gedeckt werden sollen, 199o schon 2o %
- Die Veranstaltungsreihe stellt nicht die gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung in den Vordergrund der Diskussion, sondern die energiepolitischen Erwägungen der Bundesregierung.

Wir lehnen AKWe ab, weil es eine Tatsache ist, daß die Energiegewinnung aus Kernspaltung beim gegenwärtigen Stand der Technik die Gesundheit der Bevölkerung beeinträchtigt, und zwar aufgrund der laufenden Abgabe von Radioaktivität, der Unfallgefahr und der ungelösten Probleme der Atommülllagerung.

Fortsetzung von Seite 5

. . . Budget 1977

soll. Diese Änderungen sind in Wirklichkeit ein Angriff des Finanzkapitals auf die Spargroschen der Lohnabhängigen: indem die Sparprämie beim Prämiensparen von bisher 7/12 auf 4/12 der Zinsen und Zinseszinsen gesenkt wird und die Steuerersparnis beim Bausparen von 25% auf 17% gedrückt wird. Diese Änderungen wurden am 19.10 im Parlament bereits beschlossen. Weiters gedrosselt werden auch die Ausgaben für die Massenverkehrsmittel: um fast eine Milliarde weniger erhalten die Bundesbahnen.

Das Budget: Angriffsplan des Finanzkapitals auf das Lebensniveau der Massen

"Budget der Sparsamkeit und Vorsicht" hat das SP-Organ "Arbeiterzeitung" den Haushaltsplan 1977 genannt. Tatsächlich sind dort die Ausgaben gekürzt worden oder stagnieren, wo die Zustände ohnehin schon schlecht genug sind: im Bereich des Unterrichts, der Gesundheit und anderen Sozialbereichen. Gekürzt worden sind auch die Kapitalistensteuern.

Was aber die geplante Steuerauspressung der Lohnabhängigen betrifft, so ist dieses Budget ein einziger Raubzug des Finanzkapitals gegen die Volksmassen. Seine Ursache hat die maßlose Steigerung der staatlichen Ausplünderung in der wirtschaftlichen und politischen Krise des Imperialismus auf der Welt und in Österreich, die sich seit 1974 besonders vertieft hat und die Bourgeoisie vor die Aufgabe stellt, angesichts der zerrütteten kapitalistischen Wirtschaft den Staatsapparat immer häufiger und tiefgehender einzusetzen, um in das Wirtschaftsleben im Interesse der Kapitalistenklasse einzugreifen. Die Krise hat den internationalen Konkurrenzkampf bedeutend verschärft und um bestehen zu können, muß die Bourgeoisie daran gehen, die innere Grundlage für ihre ökonomische Expansion nach außen zu festigen: durch weitere Steigerung der Ausbeutung bei zunehmendem Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen, aber auch durch immer unerträglichere Steuerlasten zur Finanzierung des aufgeblähten Staatsapparats und seiner Tätigkeiten. Zugleich wird der staatliche Gewalt- und Unterdrückungsapparat zielstrebig ausgebaut.

All das kostet Unsummen, da ist von Sparsamkeit keine Rede, da kennt das Finanzkapital keine Grenzen: während Androsch klarmacht, daß es für die Massen Steuersenkungen in den nächsten Jahren nicht geben soll, verlangt die Bourgeoisie bereits weitere Senkungen der Kapitalistensteuern: "Industrie fordert Entlastung von der Gewerbesteuer", heißt es in der "Presse" vom 22.10.

Diese Politik muß unweigerlich zur weiteren Verschärfung des Klassengegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat führen und insgesamt zur Verschärfung der Widersprüche zwischen der Bourgeoisie und den Volksmassen. Sie wird den Widerstand der Massen verstärken, die trotz Androsch's Auffassung, daß Forderungen nach Steuersenkungen "unseriös" wären, solche Forderungen erheben werden. Denn sie können kein Interesse daran haben, den verfaulten imperialistischen Staatsapparat, der immer schwerer als unproduktiver schmarotzender Auswuchs am Körper der Gesellschaft lastet, aus ihrem Lohn für die Kapitalinteressen zu finanzieren.

H.H.

Erste Veranstaltung der „Aufklärungs

Das Volk will keine

Mit einem "Fiasko" (Kurier) endete der erste Anlauf der Regierung, den berechtigten Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken durch eine großangelegte "Aufklärungskampagne" zu unterlaufen.

Am 14.10. sollten in Wien 7 von der Regierung ausgesuchte"Experten" über "gesellschaftliche und wirtschaftliche Fragen" der Atomenergie diskutieren. Ausgangspunkt dieser Diskussion waren aber nicht die berechtigten Anliegen, die in der Resolution der Kernenergiegegner zum Ausdruck kommen.

Doch die Regierung mußte mit ansehen, wie die Gegner "die Diskussion an sich rissen", den Wirtschaftsreferenten die Argumente ausgingen" (Presse) und der ganze Fragenkatalog über den Haufen geworfen wurde. Unter diesen Umständen zog es dann der Diskussionsleiter auch vor, die von den Atomkraftwerksgegnern eingebrachte Resolution gleich selber vorzulesen und "sie an die Regierung weiterzuleiten".

Auch bei den kommenden 9 Veranstaltungen wird es notwendig sein, den dreisten Behauptungen der "Befürworter der Kernenergie" entgegenzutreten.

Schon zu Beginn erntete ein Diskussionsredner Gelächter, als er mehrmals die "Unabhängigkeit der anwesenden "Experten" betonte: Als "Befürworter saßen auf dem Podium: Ein Dr. Kapral von der Industriellenvereinigung, Prof. Knapp von den "Finanznachrichten" und der Gewerkschaftler Fred Margulies (Gewerkschaftliche Einheit), der sich aber vollständig den Kapitalistenstandpunkt zu eigen gemacht hat (wofür er dann auch am nächsten Tag von der "Presse" gelobt wurde.

Die Argumentation dieser Herren war recht einfach: 1. Wir brauchen Atomkraftwerke, weil sich nur so die Energieerzeugung steigern läßt, 2. Wir müssen die Energieerzeugung steigern, um das Wirtschaftswachstum zu sichern, 3. Wir brauchen Wirtschaftswachstum, um Arbeitsplätze, Lebensqualität, etc. zu sichern. Daher: "Wir" brauchen Atomkraftwerke.

Jeder diese Punkte läßt sich leicht widerlegen und wurde auch widerlegt: zum Teil von den Atomkraftwerksgegnern auf dem Podium, vor allem aber vom Publikum im Saal, das sich nicht das Recht nehmen ließ, durch Zwischenrufe und Stellungnahmen in die Diskussion einzugreifen.

"Wir brauchen Atomkraftwerke"

Keinesfalls sind "an sich" Atomkraftwerke die einzige Möglichkeit, die Energieerzeugung zu steigern. Die Kohlen- und Erdölvorräte sind alles andere als erschöpft, man könnte neue Energieformen wie die Sonnenenergie entwickeln usw. usf. Atomkraftwerke haben aber gegenüber allen anderen Energieformen einen "Vorteil". Sie sind im Augenblick die profitabelste Art, Energie zu erzeugen. Da sich die Völker der 3. Welt zusammengeschlossen haben, um die Ausplünderung ihrer Bodenschätze durch die Imperialisten zu bekämpfen und da es ihnen gelungen ist, in diesen Kampf höhere Preise für ihre Rohstoffe und Energieträger durchzusetzen und den schrankenlosen Raubbau ihrer Rohstoffe einzuschränken, steigen die Kosten, die die Kapitalisten für Energie aufwenden müssen und sinken die Extraprofite, die sich aus der imperialistischen Ausbeutung und Ausplünderung der Länder der Dritten Welt ziehen ließen. Die OPEC, der Zusammenschluß der erdölproduzierenden Länder, bewies das ganz klar.

Diese geänderte Situation ist aber einer der Gründe, weshalb die Kapitalisten sich jetzt mit solcher Gier nach neuen Energieträgern umschauen, die ihnen zu neuen Höchstprofiten verhelfen sollen. Diese Gier schweißt auch in Österreich die Bourgeoisie und ihre Regierung zu einer Einheit zusammen, die den Bau von Atomkraftwerken schon längst beschlossen hat, sie aber dem Volk gegenüber noch durchsetzen muß.

Mit einem Wort: Den Kapitalisten geht es nicht darum, daß überhaupt Energie erzeugt wird, sondern daß sich ihr Kapital profitabel verwertet. Deshalb werden auch Kohlenbergwerke (Fohnsdorf) geschlossen, weil sie keinen Profit mehr bringen (daß beim Bau von Atomkraftwerken den Volksmassen heute noch gar nicht absehbare Lasten für die Zukunft aufgebürdet werden, stört die Kapitalisten wenig).

"Wir müssen die Energieerzeugung steigern"

Es stimmt, daß das Wirtschaftswachstum nach dem Krieg auch von einer Steigerung der Energieerzeugung begleitet war. Keinesfalls aber werden die im Kapitalismus gesetzmässig auftretenden Krisen durch

kampagne" der Regierung: Ein »Fiasko«

Atomkraftwerke

"Energie-Mangel" verschuldet. Wurde irgendwo die Produktion eingeschränkt, kurzgearbeitet, Arbeiter auf die Straße geworfen oder ein Betrieb stillgelegt, weil zu wenig Strom da war? Nein, dieser Fall tritt immer dann ein, wenn infolge der anarchischen Wirtschaftsentwicklung die Märkte verstopft sind, die Konkurrenz sich verschärft, wenn der Kapitalist sein Kapital nicht mehr profitabel verwerten kann. Ist es nicht im letzten Jahr zu einem Produktionsrückgang gekommen, obwohl niemand die Regierung an ihrem Kraftwerksausbauprogramm hinderte?

Gigantische Mengen an Energie, Rohstoffen, werden im Kapitalismus sinnlos verschwendet. Nicht nur durch den Luxuskonsum der Kapitalisten und ihres Anhangs, sondern auch durch die imperialistische Aufrüstung, durch die Überproduktionskrisen (in denen man riesige Mengen unverkäuflicher Waren, aber auch Maschinen, ja ganze Betriebe einfach verrotten läßt), durch die Produktion von Verschleißgütern, deren Lebensdauer absichtlich verkürzt wird, durch den ungeheuren Aufwand für Transport und Verkehr, den die kapitalistische Wirtschaft fordert. Schuld an dieser Verschwendung ist nicht die unersättliche Gier der Volksmassen, wie der "Finanzexperte" Prof. Knapp frech behauptete, indem er so einstreute: "Sagen Sie das (vom Energiesparen, d. Verf.) einer Ausgleichsrentnerin und einem Zuschußbauern, die sich gerade jetzt ein Auto oder eine Waschmaschine anschaffen wollen". Schuld an dieser Verschwendung ist die gesetzmäßige Anarchie der kapitalistischen Wirtschaft, die eine planvolle Verwendung von Rohstoffen und Energiefragen nicht zuläßt.

"Wir brauchen Wirtschaftswachstum, um Arbeitsplätze zu sichern"

Steigerung des Wirtschaftswachstums heißt zwar erhöhte Produktion, aber noch lange nicht Vermehrung oder gar Sicherung der Arbeitsplätze. So ist z.B. bei den Metall- und Bergarbeitern seit dem letzten Kollektivvertrag die Produktion um durchschnittlich 10 % gestiegen, die Beschäftigtenzahl aber um 2,8 % geringer geworden. Nicht "Energiemangel" gefährdet dabei die Arbeitsplätze, sondern die steigende Arbeitshetze, die Rationalisierungsmaßnahmen der Kapitalisten, die einen Arbeiter zwingen, die Arbeit von zwei zu machen. So mußte auch die "Presse" zugeben, daß es "zu keiner einzigen Begründung für den Zusammenhang von Zwentendorf und Arbeitsplatzsicherung kam".

Die Diskussion zeigte deutlich: Der Bau der Atomkraftwerke bedeutet nicht den geringsten Fortschritt für die Arbeiterklasse und das Volk, ändert nichts an ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage, löst keines ihrer Probleme. Nicht steht die Alternative Atomkraftwerke oder Arbeitslosigkeit. Die Tatsachen zeigen: Beides, Zerstörung der Umweltbedingungen und Gefährdung der Gesundheit, wie auch Arbeitslosigkeit werden durch den Kapitalismus hervorgebracht.

Wenn die Regierung uns vor die Alternative "Atomenergie oder Sparen und Arbeitslosigkeit" stellt, dann müssen wir ihr zwei Dinge antworten: Erstens tretet ihr auf wie Räuber, die sagen "Geld oder Leben". Zweitens seid ihr noch schlimmer als Straßenräuber, denn ihr wollt "Geld und Leben" - uns die Kernenergie aufzwingen, uns zum Sparen zwingen und könnt die Arbeitsplätze erst recht nicht sichern.

Für eine größtmögliche Einheit - für offene Auseinandersetzung um die richtige Linie

Freilich, aus diesen Tatsachen folgt auch, daß man der Regierung nicht an kann, mit Argumenten wie "Mehr an Lebensqualität durch Askese". Mit Leuten, die dem Volk einreden, es müßte Verzicht üben, dann könne man auf Kernenergie verzichten, wird die Regierung auf Dauer keine großen Schwierigkeiten haben. Solche "Gegner" kann die Regierung austricksen: *"KKW-Gegner wollen Bevölkerung mit Energiesteuern zum Sparen zwingen"*, war die Schlagzeile der ORF-Berichte. Die Regierung weiß natürlich genau, wie wenig das Volk von solchen Zwangsbeglückern hält.

Ob man der Regierung mit Sparappellen ins offene Messer laufen soll, oder den wirklichen Zusammenhang zwischen Kernkraft und Arbeitsplätzen aufzeigt, über diese Frage muß sich die Bewegung gegen die Kernkraftwerke auseinandersetzen. Völlig verkehrt ist es auf jeden Fall, wenn gewisse Führer der Bürgerinitiative die Kommunisten als "Trittbrettfahrer" zu beschimpfen suchen, anstatt sich tatsächlich der inhaltlichen Auseinandersetzung zu stellen.

Gegenüber den Spaltungsmanövern der Bundesregierung muß es darum gehen, die Einheit der AKW-Gegner gleich welcher politischen Auffassung auf der Grundlage der Forderung "Keine Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes in Zwentendorf - Kein Atomkraftwerk in St. Pantaleon" zu stärken; eine Verbreiterung der Bewegung gerade in die Betriebe und Arbeiterorganisationen-Gewerkschaft hinein zu erreichen als unabdingbarer Voraussetzung für die Verhinderung der Atomkraftwerke.

KM/ Redaktion

ARENA-Komitee aufgelöst

Am Samstag, den 16.10. tagte die Vollversammlung der Arena ein letztes mal, nach der Beendigung der Besetzung des Auslandsschlachthofes St.Marx und der überstürzten Schleifung der Schlachthofgebäude durch die WIBAG gezwungen, ins Porrhaus auszuweichen.

In einer ausführlichen Debatte der ca. 200 Teilnehmer wurde klargelegt, daß der Kampf um selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren durch die mehr als 3-monatige Besetzung und die große Unterstützung, die diese Besetzung unter der Bevölkerung gehabt hatte, insgesamt einen großen Aufschwung erfahren hat, auch wenn es der Gemeinde Wien gelungen ist, diese Arena zu zerschlagen. Nicht zerschlagen konnte sie den Wunsch nach selbstverwalteten Kultur- und Jugendzentren und sie kann auch die Erfahrungen, die die Teilnehmer an diesem Kampf mit dem bürgerlichen Staat gemacht haben, nicht rückgängig machen.

In der Debatte wurde auch klargelegt, daß die organisatorischen Strukturen der Arenabewegung den konkreten Kampfaufgaben gedient hatten, und daher mit dem Abbruch der Besetzung, mit dem Ende des Kampfes um die vier Forderungen, ihren Sinn verloren haben. Darum löste das Plenum auch durch Abstimmung das Komitee auf, das 3 Monate lang die Kampfleitung der Besetzung gewesen war.

Ein Teil der "Arenianer" will eine Organisation schaffen, die sich mit Fragen der Kultur, der Situation in den bestehenden Jugendzentren, der Wohnpolitik und der Sozialpolitik der Gemeinde befaßt und die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in einer Zeitung und mit Veranstaltungen propagiert. Für eine solche Organisation wurde auf dem Plenum am 16.10 der Grundstein gelegt.

W.S.



Schon am ersten Tag nach Ende der Arena-Besetzung begann die Gemeinde mit der Schleifung des Schlachthofes.

Ankündigung:

In der nächsten Nummer des "Klassenkampf" bringen wir eine zusammenfassende Darstellung des Kampfes um die Arena, seines Ablaufs und seiner politischen Bedeutung.

Bogenhofen bei Braunau/OÖ:

Versammlung gegen geplantes drittes Kernkraftwerk

In Bogenhofen (bei Braunau) fand am 12.1o. eine Protestversammlung gegen das geplante dritte Atomkraftwerk statt, auf der die 45o anwesenden Personen ihre Ablehnung dieses Pojektes zum Ausdruck brachten.

Wien-Favoriten

»SPÖ hält Wort« unter Polizeischutz

Die größte SP-Bezirksorganisation von Österreich (27.641 eingeschriebene Mitglieder - Stand 30.Juni 76), die bei den letzten Wahlen rund 3/4 aller Wählerstimmen ergattert-te, konnte aber für ihre groß angekündigte "Staatsbürgerversammlung" nicht mehr als ca. 170 Leute aufbringen, von denen nicht wenige vorzeitig die Versammlung verließen. Ein guter Teil der Teilnehmer war über 50 oder es waren Funktionäre.

Drei Genossen von uns verteilten vor der Veranstaltung Flugblätter in denen einige "Fragen an Kollegen Benya" gestellt wurden. Als Benya aus seinem Mercedes ausstieg, schüttelte er zuerst dem Polizeioberst die Hand, bevor auch er von unserem Flugblatt bekam. Gleich erkundigte sich der Polizeioberst, ob unsere Flugblätter wohl auch von der "Partei" wären. Als ein hoher Bezirksfunktionär verneinte, winkte der Oberst (Dienstnummer 55) seine beiden Polizeiadjudanten zu sich, und befahl ihnen, uns abzudrängen. "Wenn die Prominenz kommt, habt's ihr hier nichts verloren!", sagte einer der Polizisten und der andere drohte auch mit der Verhaftung, wenn wir nicht verschwinden würden.

In der Versammlung wollte Benya wie ein "Kämpfer" erscheinen. Mit einem Schlag auf den Tisch beginnt er seine Rede. Er redet viel vom "Reallohnzuwachs". Um sein Geschwätz zu belegen, beruft er sich auf unzählige Statistiken, ohne allerdings den Beweis für diese angebliche 3%-ige Reallohnerhöhung tatsächlich anzutreten. Das kann er nämlich nicht. "Niemand konnte mir bisher meine Argumentation widerlegen!" - klopfte er sich auf die Brust. Als er später in der Diskussion darauf hingewiesen wurde, daß die Metallarbeiter letztes Jahr nach 15 Monaten mit 7,5% (430,- mindestens), abschlossen - für einen Zeitraum, in dem selbst die offizielle Preissteigerungsrate mehr als 10% ausmachte -, also von einer Reallohnerhöhung nicht die Rede sein könne (Zustimmung vieler Versammlungsteilnehmer), meinte er: Man müsse doch die Lohnsummen (d.h.: alle Löhne und Gehälter zusammengenommen, also auch die der Spitzenverdiener) betrachten, und nicht das was jeder einzelne - subjektiv - in seiner Tasche hat.

Bei der anschließenden Diskussion, wo jeder Diskussionsteilnehmer sich nur einmal zu Wort melden durfte, riß dann einem die Geduld. Bei der Aufzählung der Leistungen der SPÖ kam der Zwischenruf: "...und Millionengehälter für die Politiker, sowie 10.000,- Wohnungsbeihilfe!" Die eingeschworenen SP-ler sprangen fast vom Sessel und einige wollten den Genossen gleich hinauswerfen.

Wie die SPÖ gezwungen ist, ihre Ideologie zu verbreiten, zeigte sich nach der Veranstaltung. Dr außen warteten bereits Kriminalpolizisten. Wegen einer "unzumutbaren Störung der Veranstaltung durch Zwischenruf" verlangten sie von 3 unserer Genossen Personalausweise.

Der Kripochef weiß auch schon, daß wir am Viktor-Adler-Markt immer die Massendebatten führen. Wenn wir unsere Namen nicht angeben würden, würden sie uns verhaften. Als Begründung geben sie offen zu, daß sie die Namen für ihre Kartei brauchen... "Wir wollen unsere Feinde kennen, für später, wenn etwas los ist, und es uns an den Kragen gehen soll ", sagte der Beamte mit der Dienstnummer 106.

Nach einem Bericht von H.M. und b.b., Zelle Eumig/Wien

„SPÖ hält Wort" in Wien-Ottakring:

"Was wollt ihr lieber, höhere Steuern oder Arbeitslosigkeit?"

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe "SPÖ hält Wort" wurde am 18.10. in Wien-Ottakring eine Veranstaltung gemacht. Es kamen ca. 90 Menschen, was für eine solche SP-Hochburg recht wenig ist.

Die Veranstaltung war geprägt von dem Versuch der SP-Politiker, die "unpopuläre", gegen die Werktätigen gerichtete Politik der Regierungspartei zu verschleiern und zu beschönigen.

So drohtender Abgeordnete Hobl und der Staatssekretär Lausecker mit der Weltwirtschaftskrise, die auch Österreich nicht verschont: "Jetzt haben wir nur eine Verschnaufpause, die Krise wird noch ärger werden, deswegen müßte die Regierung weiterhin 'unpopuläre' Maßnahmen ergreifen." Sie drohten auch mit den Schrekken der Arbeitslosigkeit, um die Werktätigen einzuschüchtern und davon abzuhalten, gegen die verschärfte Ausplünderung durch Steuern und Gebühren etwas zu unternehmen: "Entweder Arbeitslosigkeit oder mehr Steuern, was ist das kleinere Übel?", fragten die Herrn "Volksvertreter". Für die arbeitenden Menschen ist das natürlich keine Alternative. Denn beides sind grosse, kapitalistische Übel. Die Arbeitslosigkeit entsteht durch den Konkurrenzkampf der Kapitalisten, der unweigerlich zu Krisen führt, immer wieder. Und die staatliche Ausplünderung verhindert oder mildert die Arbeitslosigkeit keineswegs. Denn die Gelder, die den Kapitalisten zugeschoben werden, verwenden diese, um ihre Konkurrenzfähigkeit zu erhöhen. Dazu müssen sie rationalisieren. Damit werden auf der einen Seite Arbeitskräfte durch neue Maschinen, höherem Arbeitstempo, Überstunden etc. freigesetzt, auf der anderen Seite wird die Konkurrenz der Kapitalisten untereinander verschärft, was unweigerlich zu Pleiten und Stillegungen führt.

Zelle Ottakring/Wien

KPÖ verlangt von Polizei mehr Pflichterfüllung

Während in Linz jede freie Fläche mit Plakaten der Konzerne und bürgerlichen Parteien zugekleistert ist, haben die Volksmassen nicht einmal auf dem Papier das Recht, ihre Meinung auf Mauern oder Zäunen anzuschlagen. Denn dieses Recht der freien Meinungsäußerung auf Plakaten ist durch eine Plakatierverordnung der Polizeidirektion praktisch auf die kommerziellen Flächen der (zum Teil SP-eigenen) Werbefirmen eingeschränkt, also auf Leute, die einen millionenschweren Geldbeutel haben.

Wie der hier faksimilierte Artikel aus dem KPÖ-Zentralorgan vom 22.10.1976 zeigt, sind die KPÖ-Revisionisten voll Zorn darüber, daß man ausgerechnet sie verdächtigt, sie hätten es gewagt, die Gesetze, die die freie Meinungsäußerung der Massen bedeutend beschränken, zu brechen. Dieser Zorn ist völlig berechtigt, denn die KP-Führer zählen zur Schicht der bürgerlichen Politiker, die davon leben, den Volksmassen Lügen für Wahrheit zu verkaufen und die darum nicht im geringsten daran interessiert sind, daß das Volk die Möglichkeit hat, in freier, öffentlicher politischer Auseinandersetzung Klarheit über die falschen "Volksfreunde" zu gewinnen.

Daß sich die Wahrheit aber nicht aufhalten läßt, beweisen viele fortschrittliche Menschen, die trotz Polizei- und Strafverfolgung einfach "wild" das Recht in Anspruch nehmen, ihre Meinung durch öffentlich angeschlagene Plakate zu äußern. Zu diesen Menschen zählen selbstverständlich auch wir Kommunisten, die wir es uns zur Aufgabe gemacht haben, überall wo es gilt die politische Selbständigkeit und Kampfkraft der Volksmassen gegen den Unterdrückerstaat zu fördern in den vordersten Reihen zu stehen. Das ist aber den KP-Führern, die seit fast eineinhalb Jahrzehnten endgültig den Kommunismus verraten haben, so wie allen bürgerlichen Politikern ein Dorn im Auge.

Wozu werden denn solche Vereine überhaupt "polizeilich registriert"?, fragen sie den Polizeidirektor. "Man muß doch die Hintermänner dieser von Gesetz wegen zu verfolgenden Aktion kennen!" Eine Polizeidirektion, die die Gesetze zur Unterdrükkung des Volkes nicht restlos anwendet, macht sich natürlich "verdächtig, ihre gesetzliche Pflicht gröblichst zu verletzen."

Am liebsten wäre es diesen Herren gewesen, wenn der Kommunistische Bund Österreichs gleich nach seiner Gründung vom Innenministerium sofort verboten und zerschlagen worden wäre. Eine solche "Protegierung", daß man eine kommunistische Organisation einstweilen legal arbeiten läßt, lehnen die Revisionisten, wie sie das in den letzten Monaten mehrmals in Hetzartikeln zum Ausdruck brachten, ab.

P.K.
Ortsgruppe Linz/Red.

LINZ. Eine „wilde Plakataktion" des von der SPÖ und dem Innenministerium protegierten „Kommunistischen Bundes" (Maoisten und andere Halbanarchisten) wurde von der Linzer Polizeidirektion gestern dazu benützt, um einen „Schlag" gegen die Kommunistische Partei, Landesleitung Oberösterreich, zu führen, die mit diesen zum Teil antikommunistischen Schmieraktionen nicht das geringste zu tun hat.

Obwohl die Plakate des „Kommunistischen Bundes" ein Wiener Impressum aufwiesen und der Verein in Linz polizeilich registriert ist, wurde vom Strafamt der Linzer Polizei ein halbes Dutzend von Strafanzeigen an die falsche Adresse geschickt: nämlich an die KPÖ, Landesleitung Oberösterreich, Melicharstraße 8.

Ein ahnungsloser Wachebeamter des Polizeipostens Linz-Bulgariplatz erschien gestern, Donnerstag, in der Melicharstraße 8, um im Auftrag des polizeilichen Strafamtes „Erhebungen zu pflegen und die Verantwortlichen festzustellen".

Freilich konnten die Hintergründe dieser Polizeiaktion rasch aufgeklärt werden, doch hängt weiterhin das unangenehme Gefühl in der Luft, daß alle unter der Bezeichnung „kommunistisch" getätigten Schmieraktionen (meist im antikommunistischen Sinne) der KPÖ in die Schuhe geschoben werden sollen.

Bleiben also einige Fragen an den Linzer Polizeidirektor: Mit welchem Recht werden Polizeibeamte auf die KPÖ gehetzt, obwohl man eigentlich die Hintermänner dieser von Gesetzes wegen zu verfolgenden Aktion kennen müßte? Wer ist dafür verantwortlich? Handelt es sich hier um einen „Irrtum" (wie man später bei der Polizei erklärte), um eine grobe Fahrlässigkeit oder gar um Methode? Diese Fragen müßte eigentlich sehr rasch Polizeidirektor Hofrat Dr. Reimer klarstellen, um nicht den Verdacht zu erhärten, die Führung der Polizeidirektion in Linz habe ihre gesetzliche Pflicht gröblichst verletzt.

Zur 32. ASVG-Novelle/Zweite Folge:

Einkauf von Versicherungszeiten zementiert spalterisches und unzureichendes Pensionssystem!

Einer der umstrittensten Punkte im Ministerentwurf für die 32.ASVG-Novelle ist die Möglichkeit des Kaufs von Versicherungszeiten für die Pensionsversicherung. Der erste Entwurf sah die Möglichkeit des Einkaufs für den Zeitraum ab dem 1.1.1956 vor. Die soziale Sicherheit der Werktätigen soll also zu einer öffentlichen Handelsware und zu einem Spekulationsobjekt werden. Damit es sich aber nicht um einen leicht erwerblichen Artikel handelt, dafür sorgen schon die Preise:

Mindestbeiträge:			
Arbeiter	pro Monat	pro Jahr	für 16 Jahre
Männer	21o,-	252o,-	4o.32o,-
Frauen	131,25	1575,-	25.2oo,-
Angestellte	pro Monat	pro Jahr	für 16 Jahre
Männer	225,94	3o71,-	49,14o,-
Frauen	177,19	2126,-	34,o2o,-

Geltende Pensionsbestimmungen: spalterisch und unzureichend!

Mit der Erwägung des Einkaufs von Pensionsversicherungszeiten wird zugegeben, daß das heutige Pensionsversicherungssystem völlig unzureichend ist. Die österreichischen Werktätigen bekommen überhaupt nur dann eine Pension, wenn sie eine Reihe von Forderungen erfüllen:

1: Sie müssen mindestens 15 Jahre Sozialversicherungsbeitrag eingezahlt haben (Wartezeit).

2: Innerhalb der letzten drei Jahre vor dem Ansuchen um Bewilligung einer Pension muß mindestens eines dieser 15 Jahre liegen (Dritteldeckung)

3: Ist dies nicht der Fall, so muß die Zeit zwischen erstmaligem Einzahlen der Beiträge und Pensionsantrag mindestens zu zwei Drittel aus "Versicherungszeit" bestehen (Zweidritteldeckung).

Werden diese Bedingungen nicht erfüllt, so bekommt man trotz Erreichung der Altersgrenze von 60 bzw. 65 Jahren keine Pension. Bekommt man eine Pension, so hängt immer noch die Pensionshöhe vom Ausmaß der "erworbenen" Versicherungszeiten ab. Je länger die Versicherungszeit desto höher die Pension.

Kein Wunder also, wenn die Jagd nach Versicherungszeiten bei einer derart strukturierten Pensionsversicherung zur Normalerscheinung wird. Für die Werktätigen hat dies Folgen, die ein bedeutendes Hemmnis im Klassenkampf bedeuten. Man denke nur an den alten Arbeiter, den seine Kollegen auffordern sich an einer innerbetrieblichen Auseinandersetzung mit dem Kapitalisten zu beteiligen. Er lehnt jedoch bedauernd ab mit dem Hinweis, er könne nichts riskieren, da er knapp vor der Altersgrenze stehe und seine Versicherungszeiten zusammenbekommen müsse.

Die Kapitalistische Produktionsweise ist schuld am Elend der Pensionisten!

Die Politiker der Bourgeoisie begründen die Bindung von Anspruch und Höhe der Pension an den Erwerb von Versicherungszeiten damit, daß eben nur der eine Pension verdient, der auch sein Leben lang gearbeitet hat. Darin besteht aber nicht das eigentliche Problem. Die Werktätigen, die um leben zu können, ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, können es sich nicht aussuchen, ob sie auch ihr ganzes Leben lang arbeiten können. Das entscheiden allein die Kapitalisten, die ihre Arbeitskraft je nach Bedarf kaufen oder nicht.

Der Kapitalismus ist es also, der dazu führt, daß gegen Ende ihres Lebens viele Werktätige nicht auf die erforderlichen Versicherungszeiten gekommen sind. Sei es nun durch Arbeitslosigkeit, die durch die anarchische Profitproduktion periodisch auftritt oder der Krieg für die imperialistischen Interessen der Bourgeoisie, der für die Werktätigen Militärdienst, Gefangenschaft und Verschlagenwerden in ein anderes Land zur Folge hat, oder etwa der Ruin von tausenden kleinen Bauern und ihren Familien die ihren Bauernhof aufgeben und sich als Lohnarbeiter verdingen müssen. Nicht an den Werktätigen liegt es, wenn gegen Ende des Lebens nicht genügend Versicherungszeiten da sind. Das ist der wahre Grund, warum es relativ häufig vorkommt, daß Menschen, obwohl sie ein Leben lang gearbeitet haben, keine Pension bekommen oder nur eine lächerlich niedrige. In Österreich gibt es etwa 4oo.ooo Ausgleichszulagenbezieher. Diesen Menschen stünde nach dem Pensionsversicherungssystem bloß eine derart niedrige Pension zu, daß sie, wären sie auf sie allein angewiesen, mit Sicherheit verhungern müßten. Sie müssen darum vom Staat die sogenannte"Ausgleichszulage" bekommen, damit sie wenigstens die staatlich fixierte Mindestrente in der Höhe von derzeit 2625,- monatlich erhalten.

Proteste von Arbeiterkammer und ÖGB drücken den Unmut der Werktätigen aus

Diese "unvermeidbaren Schicksalsschläge" wie die Politiker der Bourgeoisie sie gerne bezeichnen, sollen nun mit der 32.Novelle bekämpft werden. Statt aber vom System der Versicherungszeiten abzugehen, schlägt man den individuellen Einkauf vor. Das kann natürlich keine Lösung sein. Warum sollen die Werktätigen für die Folgen der kapitalistischen Profitwirtschaft verantwortlich gemacht werden und wie sollen sie das überhaupt können? Sie brauchen ja gerade deswegen eine Sozialversicherung um sich gegen diese Folgen schützen zu können.

Gegen diesen Teil der 32. Novelle hat es eine Unmenge von Protesten gegeben. Vor allem wurde kritisiert, daß nun die Pension zu einem Spekulationsobjekt wird. "Für die Frau des Generaldirektors ergeben sich daraus ungeahnte Möglichkeiten: Ihr Gemahl kann 178.6o5 Schilling springen lassen - und schwupps, schon hat die Lady 21 Versicherungsjahre beisammen " und damit eine ansehnliche Pension (zitiert nach Arbeit und Wirtschaft 7/8/76). Eine andere Kritik ist die, daß nun die Pensionsversicherung geöffnet werden kann, für jedermann, egal ob er nun Werktätiger ist oder nicht. Das macht aber aus der Pensionsversicherung, die eine Sache der Werktätigen ist, die sie brauchen, weil sie ab einem gewissen Alter für die Kapitalisten unbrauchbar sind und nichts mehr zu erwarten haben, zu einer Sache von denen, die genug Geld flüssig haben, um sich eine Pension "anzuschaffen." Häuser und sein Nachfolger Weissenberg mußten daher ihren ursprünglichen Plan modifizieren. Nun soll man sich nur mehr dann einkaufen können, wenn man bereits irgendwann einmal 6o Versicherungsmonate "auf natürliche Weise" erworben hat.

Trotz dieser Änderung bleibt dieser Punkt der Novelle aber, was er schon vorher war: ein weiterer Ausbau eines Pensionssystems, das für die, die es brauchen, für die Werktätigen, unzureichend und spalterisch ist.

Die Bindung der Pension an Versicherungszeiten dient nur den Kapitalisten!

Um die volle Schädlichkeit dieses Systems zu erkennen, ist es nötig seinen Blick nicht allein auf die Pensionisten, sondern auf die gesamte Arbeiterklasse zu richten. Es ist doch so, daß die älteren Arbeiter, bei Rationalisierungen etwa, als erste auf die Straße fliegen, Statistiken beweisen, daß die Dauer von Arbeitslosigkeit mit dem Alter der Betroffenen zunimmt. "Es tut uns leid, wir haben uns etwas Jüngeres vorgestellt," ist meist die lakonische Antwort, wenn sich Arbeiter über 5o um eine neue Stelle bewerben. Der Druck durch das viel zu niedrige Arbeitslosengeld, aber auch die Gefahr, die Anforderungen für die Pension nicht mehr zu erreichen, führt dann dazu, daß Arbeiter froh sind, überhaupt noch einen Ausbeuter zu finden, der sie nimmt, auch wenn der Lohn dann nicht mehr "stimmt". Das führt zu einer verstärkten Konkurrenz und zu Lohndrückerei unter den Arbeitern, hat aber für den Einzelnen auch Auswirkungen auf die Pension. Denn ihre Höhe wird ja maßgeblich durch die Lohnhöhe bestimmt. Gerade die letzten fünf Jahre sind für die Berechnung der Pension oft die entscheidenden. Oftmalig sind alte Arbeiter auch gezwungen weiter zu arbeiten, obwohl sie die Altersgrenze für die Pension schon längst erreicht haben; nur damit sie ihre Versicherungsjahre beisammen haben.

Mit dieser in der 32.ASVG-Novelle vorgesehenen Maßnahme zementiert und erweitert die SP-Regierung sozialrechtliche Bedingungen, die es den Kapitalisten ermöglichen, zu einem großen, billigen Arbeitskräftereservoir zu kommen, die Konkurrenz unter den Arbeitern auszunützen um leichter weitere Maßnahmen zur Intensivierung der Arbeit und Ausdehnung der Arbeitszeit setzen zu können. Der gesamte Einkauf von Versicherungszeiten ist daher so oder so nicht nur abzulehnen, sondern man muß darüberhinaus gerade jetzt, wo mit der Diskussion über die Novelle überall auch das gesamte Pensionssystem diskutiert wird, dafür eintreten, daß jegliche Bindung von Pensionen an Versicherungszeiten abgeschafft wird.

p.b.

Solidarität mit den Fohnsdorfer Bergarbeitern!

Auszug aus dem Solidaritätsschreiben des Kommunistischen Bundes Österreichs

Wien, 14.Oktober 1976

An die Belegschaft der GKB Fohnsdorf

Liebe Kollegen!

Ich möchte Euch im Namen des Zentralkomitees des Kommunistischen Bundes Österreichs die besten Grüße senden und Euch unserer vollen Solidarität versichern. Euer Kampf gegen die Pläne der Regierung, das Fohnsdorfer Bergwerk ohne Bereitstellung ausreichender Ersatzarbeitsplätze zu schließen und Euch einfach auf die Straße zu werfen, ist vollkommen berechtigt.

Wie Ihr wißt ist auch die Schließung des Kohlenbergbaus in Mühlbach (Salzburg) und des Kupferbergbaus in Hüttenberg (Kärnten) geplant. Auch in diesen Fällen gibt es Protest und Widerstand. Die Schließung von Gruben ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiter, die sich dort jahraus und jahrein geschunden haben, ist nur das augenfälligste Beispiel für eine Politik, die auf der ganzen Linie zu Lasten der arbeitenden Menschen geht und ausschließlich auf die Interessen des Profits Bedacht nimmt. Deshalb hat auch Euer Kampf eine so große Bedeutung für die ganze Arbeiterklasse und das ganze Volk in Österreich. Deshalb genießt er auch ihre Sympathie und Unterstützung.

Euer Kampf hat gute Aussichten auf Erfolg, wenn die Einheit der ganzen Belegschaft erhalten bleibt und gegen alle Täuschungs- und Spaltungsmanöver im Kampf gefestigt wird. Insbesondere sind die Pläne der Firma Eumig und andere unzureichende Versprechungen oder gar vage Andeutungen kein Grund, von den festgelegten Forderungen abzugehen. Die Forderungen

- Keine Schließung ohne ausreichende Ersatzarbeitsplätze;
- Kein Auspendeln nach Donawitz;
- Herabsetzung des Pensionsalters für ältere Kollegen;
- Sofortige Auszahlung der vollen Abfertigung

sind die beste Grundlage für die Einheit der Belegschaft.

Ich möchte Euch zum Schluß noch einmal versichern, daß wir Euren Kampf weiterhin mit großem Interesse und großer Anteilnahme verfolgen werden. Wir werden den uns möglichen Beitrag leisten, um durch die Solidarität möglichst großer Teile der Arbeiterklasse und des Volkes die Kampfbedingungen für Euch zu verbessern.

Mit besten Grüßen
Walter Lindner
Sekretär des Zentralkomitees des KB Österreichs

Schließung des Bergbaues Fohnsdorf:

Eumig-Werk ist keine Gewähr für Ersatzarbeitsplätze

Die Schließung des Fohnsdorfer Bergbaubetriebes wurde etwas hinausgeschoben. Dies ist das Ergebnis der letzten Verhandlungen zwischen dem Betriebsratsobmann Rauscher, dem Bürgermeister von Fohnsdorf, Werfinger, und der Konzernleitung der VÖEST-Alpine. Demnach soll der Plan des Konzerns, schon zum Jahreswechsel einen Abbaubetrieb in Fohnsdorf stillzulegen und mit April 1977 einen zweiten, und dafür schon zu Jahresbeginn mit Überstellungen von Arbeitern nach Zeltweg und Donawitz zu beginnen, zur Zeit nicht durchgeführt werden. Weiters soll auch Kreisky zugesichert haben, daß es zu keinen Betriebseinschränkungen kommt, bevor nicht die Errichtung des geplanten Eumig-Werks in Fohnsdorf im Gange ist. Doch wenn man sich das Eumig-Projekt etwas genauer ansieht, dann merkt man, daß es mit den Ersatzarbeitsplätzen, die dadurch geschaffen werden sollen, nicht so einfach ist. Denn erstens ist das Werk für maximal 300 Beschäftigte geplant, denen an die 1.200 Bergarbeiter gegenüberstehen, für die entsprechende Ersatzarbeitsplätze gebraucht werden, und zweitens ist überhaupt nicht klar, wie die Bergarbeiter ohne mehrjährige Umschulung in dem Eumig-Werk arbeiten können.

Der Kamera- und Projektorenkonzern Eumig will in Fohnsdorf ein Werk für Werkzeuge und hochpräzise Maschinenteile errichtet. Etwa 300 Arbeiter und Angestellte sollen dort beschäftigt werden. Doch welcher Bergarbeiter ist ein ausgebildeter Werkzeugmacher, welcher Kumpel ist überhaupt imstande, nach so und so vielen Jahren in der Grube, sich auf eine hochpräzise Werkzeugfertigung überhaupt umzustellen?

Es ist jedem bekannt, der etwas Ahnung vom Werkzeugbau hat, daß gerade die von der Eumig benötigten Teile für die Kameras und Projektoren Präzisionsteile sein müssen, also die Schnitt-, Stanz- und Spritzwerkzeuge besonders exakt sein müssen. Also wird sich Eumig die benötigten Werkzeugmacher und Feinmechaniker aus der Umgebung holen, eventuell auch von anderen Firmen abwerben. Anstelle dessen, daß hier vollwertige Ersatzarbeitsplätze für die Bergarbeiter geschaffen werden, schafft man noch eine Anzahl von Pendlern, die dann nach Fohnsdorf pendeln werden müssen.

Doch nicht nur für die Bergarbeiter ist dieses Werk keine Lösung, sondern auch für die Eumig-Arbeiter bringt dies eine Gefährdung von Arbeitsplätzen mit sich. Obwohl die Firmenleitung erklärt hat, in diesem Werk nur für den Export zu produzieren, ist dem kein besonderer Glauben zu schenken. Denn wer glaubt, daß sich die Eumig-Kapitalisten aus rein menschenfreundlichen Gründen davon abhalten lassen werden, nach einer gewissen Anlaufzeit einen Großteil ihrer Werkzeugproduktion in dem Fohnsdorfer Werk zu konzentrieren, - der glaubt noch an das Christkind oder den Weihnachtsmann. Es ist doch einsichtig, daß in dem neuesten und größten Werkzeugbetrieb der Eumig auch am billigsten und rationellsten produziert wird, wenn der Betrieb einmal eingelaufen ist. Für die in den fünf Eumig-Werken beschäftigten Werkzeugmacher heißt das, daß es zu Versetzungen, Umstellungen und zu Kündigungen kommen kann. Auf jeden Fall wird der Druck auf die im Eumig-Werkzeugbau beschäftigten Kollegen damit noch mehr steigen.

Nützen tut dieses Projekt nur den Eumig-Kapitalisten, die von der Regierung Milliarden Unterstützung an Steuergeldern erhalten und der Regierung, die sich so aus den Schwierigkeiten retten will, die Entschlossenheit der Fohnsdorfer Arbeiter, sich nicht kampflos abbauen zu lassen, ihr zur Zeit bereitet. t.f.

Zelle Eumig/Wien/Redaktion

Arbeiter-Betriebsversammlung

Diskussion um richtige Forderungen

Am 21.10. fand die Betriebsversammlung der Arbeiter statt. Sie war notwendig, weil einige Kollegen aus dem Betriebsrat ausscheiden (wegen Pensionierung und Selbstkündigung), und deshalb ein neuer Betriebsrat gewählt werden muß; der Vorschlag für die Betriebsratswahl wurde auf der Versammlung bekanntgegeben.

Wir waren etwa 60 Kollegen; der Gewerkschaftssekretär der Fachgruppe Handel der Gewerkschaft Handel, Transport, Verkehr, Kollege Hammer, hielt ein Referat. Er erzählte zuerst über das neue Erholungsheim der Gewerkschaft HTV in Lindabrunn (Niederösterreich) und über das neue Urlaubsrecht. Dann nahm er zu den kommenden Kollektivvertragsverhandlungen Stellung. Er meinte, daß die Lohnforderung der Gewerkschaft noch geheimgehalten wird, weil voriges Jahr, als sie die Forderung gleich veröffentlichten, alle Zeitungen über sie hergefallen sind. Richten müsse sich die Forderung nach der der Handelsangestellten, denn die sind zehnmal so viel wie die Arbeiter. Es wird ein Sockelbetrag gefordert werden, etwa 200,-, und darauf dann eine prozentuelle Erhöhung - die Angestellten haben eine 8%-Forderung aufgestellt.

Darauf stand ich auf und sagte, daß es zwar grundsätzlich gut ist, wenn man einen Sockelbetrag fordert, der für alle gleich hoch ist, daß das aber nur dann einen Sinn hat, wenn er auch hoch genug ist, und nicht 200,-. Und daß wir eine Lohnerhöhung brauchen, die die Teuerung ausgleicht.

Als die Kollegen dem durch starken Applaus zustimmten, wurde Kollege Hammer nervös. Er meinte, daß es leicht sei, zu applaudieren, aber schwer, die Verhandlungen mit den Unternehmern zu führen und daß man sich nicht aufwiegeln lassen sollte. Als er sagte, daß man nichts machen könne, weil uns die Angestellten nicht unterstützen - das habe man beim Handelsarbeiterstreik 1961 gesehen, wo die Angestellten den Streik gebrochen und die Arbeit der Arbeiter mitgemacht hätten, hielt ich ihm entgegen, daß die Masse der Angestellten, die Verkäufer und kleinen Büroangestellten in der selben Lage sind wie wir, und daß sie für einen Kampf zur Verteidigung des Reallohns gewonnen werden müssen und können. Und daß wir uns das gerne anschauen möchten, wie die hohen Angestellten unsere Arbeit im Falle eines Streiks machen.

Ein Kollege meinte, daß eine Lohnsteuerreform drin-

Wertheim/Wien

1.300.- Jahresprämie und Verhandlung über innerbetriebliche Lohnerhöhung

Am 11. Oktober wurde bei Verhandlungen zwischen Betriebsrat und Firmenleitung eine Jahresprämie von S 1.300,- für alle Arbeiter und Angestellten, die länger als ein Jahr im Betrieb sind, vereinbart.

In der weiteren Folge sollen dann am 1. November die Verhandlungen über eine innerbetriebliche Lohnerhöhung aufgenommen werden. Nach Beschluß der Betriebsversammlung müssen die Lohnverhandlungen spätestens am Ende des Jahres abgeschlossen sein. Forderungen wurden auf der Versammlung zunächst nicht beschlossen. Bereits davor waren aber im Betrieb und auf den Vertrauensleutesitzungen rege Debatten geführt worden, was zu fordern ist. Dabei machten Kollegen Vorschläge, die sich zwischen 500.- und 2000,- im Monat bewegten.

Dadurch, daß weder bei der Betriebsversammlung noch bei den Vertrauensleutesitzungen eine klare Forderung aufgestellt wurde, unter die der Betriebsrat nicht gehen durfte, kam auch dieser Kompromiß mit der Jahresprämie zustande. Denn so gut einmal ein Betrag ist, den man auf die Hand bekommt, so schlecht ist aber eine Aufschiebung der Verhandlungen zur Innerbetrieblichen. Denn gerade das Aufschieben kann es der Betriebsleitung möglich machen, mit dem Argument der in Kürze anlaufenden Verhandlungen zum Metall-Kollektivvertrag hier möglichst viel runter zu drücken und die Kampfbereitschaft der Kollegen abzuschwächen.

Hier heißt es nun noch vor Beginn der Verhandlungen eine Forderung aufzustellen, die die Reallohnverluste wettmachen und auf die sich die gesamte Belegschaft stellen kann. Nur so wird zu vermeiden sein, daß die Betriebsleitung auch in der Frage der innerbetrieblichen Lohnerhöhung die Initiative an sich reißt und das Geschehen diktiert, wie es bei der Jahresprämie der Fall war.

Auf ein solches Ausspielen darf man sich aber keinesfalls einlassen. Der Angriff der Kapitalisten auf unsere Lebensbedingungen muß abgeschlagen werden, in der Innerbetrieblichen und in der KV-Runde, wo die ganze Arbeiterklasse ein möglichst gutes Ergebnis erzielen muß.

A.Kr.
Zelle Wertheim/Wien

KV: Resolution der Donawitzer Stahlarbeiter

In einer Betriebsversammlung am 14. Oktober sprachen sich die Donawitzer Stahlarbeiter in einer Resolution einstimmig dafür aus, daß"bei der bevorstehenden Lohnrunde der Gewerkschaft der Metall- und Bergarbeiter eine echte Reallohnerhöhung herauskommen muß".

Bei Kaindl/Wien:

zum Kollektivvertrag

gend notwendig sei und daß die Gewerkschaft etwas gegen die maßlose Steigerung der Preise tun sollte, damit die Kaufkraft der Arbeiter und kleinen Angestellten erhalten bleibt.

Kollege Hammer meinte dann, in England hätte er gesehen, was dabei herauskommt, wenn die Gewerkschaft so hart ist, - 1,5 Millionen Arbeitslose. Als er sagte, die Gewerkschaftsfunktionäre dort müßten deshalb so hart sein, weil sie direkt in den Betrieben sind und deshalb machen müssen, was die Kollegen fordern, während es bei uns glücklicherweise nicht so sei, erntete er große Empörung.Es wurde ihm entgegengehalten, daß die Gewerkschaftsfunktionäre natürlich das tun müssen,was die Gewerkschaftsmitglieder wollen, ansonsten können wir sie nicht brauchen.

Nun löste sich die Debatte in einzelne Diskussionen an den Tischen auf, wo heftig über die Frage der Verteidigung des Reallohns und der Haltung der Gewerkschaftsführer debattiert wurde.

Diese Versammlung war viel besser als die letzte, auf der es praktisch keine Diskussion gegeben hatte. Aufpassen muß man nur, daß die Empörung über die Äußerungen des Kollegen Hammer und die Politik der Gewerkschaftsführung nicht umschlägt in eine gewerkschaftsfeindliche Haltung, zu der manche Kollegen neigen. Aufgabe des neuen Betriebsrats wird es sein, dem entgegenzuwirken, indem er eine gewerkschaftliche Arbeit im Interesse der Kollegen macht

r.b./Wien

POST: Bereits hoher Personalunterstand

Die Personaleinsparungspolitik der Bundesregierung hat bereits bewirkt, daß etwa im Bereich der Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg laut Gewerkschaftsobmann Köchl (FCG) die Zahl der Bediensteten bereits um 1.500 niedriger ist, als im Dienstpostenplan vorgesehen. 1977 sollen allein in dieser Region 564 Dienstposten gegenüber 1976 abgebaut werden. Umsowichtiger ist es, daß die Gewerkschaft die Forderung vieler Belegschaften entschieden unterstützt, die sich gegen jeden Versuch der Bundesregierung richten, "die 40-Stunden Woche an 5 Wochentagen zu durchbrechen; die Samstagszustellung wiedereinzuführen" (aus einer Resolution von Innsbrucker Belegschaften an den Gewerkschaftsvorstand).

Dieselbe Resolution fordert die Gewerkschaftsführung auf, "sich konsequent gegen jeden Personalabbau, für eine ausreichende Beschickung der Dienststellen einzusetzen." (Nach einem Bericht von h., Ortsgruppe Innsbruck)

Mühlbach stillgelegt

Wie in den letzten Tagen bekannt wurde, hat die ÖIAG die Schließung des Kupferbergbaus Mitterberg in Mühlbach/Salzburg nun auch formell beschlossen. Schon vorher war die Stilllegung bereits betrieben worden. Den Arbeitern ist es zwar gelungen, eine Abfertigung in der Höhe der Abfertigung der Angestellten zu erreichen, sie haben aber wenig Aussichten, bei anderen Firmen eingestellt zu werden.

Berufschauffeure:

Gewerkschaft für gesetzliches Verbot von Leistungs- und Prämienlöhnen

Schon sehr früh haben die Kapitalisten in der Speditions- und Handelsbranche Leistungslöhne und Prämien (Kilometergeld, Tonnage- und Zeitprämie) eingeführt um ihre Waren oder die anderer Kapitalisten billig und schnell an allen Winkeln des Landes abzuliefern. Diese wirklich "billigere" Methode, die Berufschauffeure nach Leistung und mit Prämien zu entlohnen, hatte gerade deshalb Erfolg, weil sie gleichzeitig die Regellöhne beträchtlich senkten, was für die Arbeiter bedeutete: "schneller zu fahren oder beträchtliche Überschreitung der Arbeitszeit in Kauf zu nehmen, um zu einem angemessenen Verdienst zu kommen." (ÖGB Nachrichtendienst)

Weiters konnten die Kapitalisten durch diese Methode die Arbeitskräfte regelmässig erneuern, da ältere Fahrer unter dieser Belastung und Hetze nicht in der Lage sind, länger als 5 Jahre zu chauffieren. So wurde vielen Jugendlichen, die keine Gelegenheit hatten etwas zu lernen oder nach dem Bundesheer vor dem Problem standen, ihre Existenz aufbauen zu müssen (Wohnung etc.) was sie bis dahin nicht konnten, das verlockende Angebot vom "schnell und viel Geld verdienen" gemacht. Damit wurden die Arbeiter aber auch gegeneinander ausgespielt. "Wer zu müde ist, soll halt gehen."

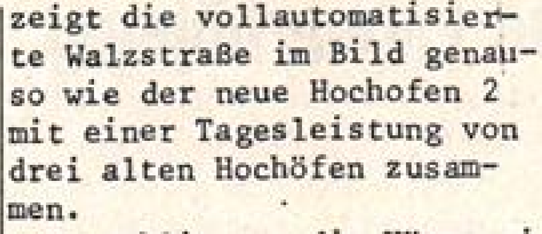
Wenn man Berichten von Berufschauffeuren zuhört, die jahrelang, Tag für Tag in den Lastwagen stiegen und tausende Kilometer hinter dem Volant verbrachten, begreift man schnell, daß nebem dem Beruf für nichts Anderes mehr Zeit da ist - weder für die Familie, noch für Hobby oder Politik. "Nach der Arbeit hat man nur noch das Bedürfnis zu schlafen" (Gespräch mit einem Fernfahrer). Denn nicht nur die Arbeitshetze hat zugenommen, auch der Verkehr. Wer sich nicht dauernd konzentriert - was natürlich ungeheure Kräfte kostet - oder gar nach tagelanger Fahr hinterm Steuer einschläft, der landet mit seiner Fracht im Straßengraben. So kann man nicht nur seinen Job verlieren, sondern auch sein Leben.

Durch die verschärfte Konkurrenz als Folge der kapitalistischen Krise sind auch die Handels- und Speditionskapitalisten gezwungen worden, ihre Waren auch in die letzten Winkel Europas oder Österreichs zu verfrachten, bzw.mit den anderen Transportkapitalisten um Frachtaufträge zu raufen. Und wer es schneller und billiger macht, hat eben den Auftrag in der Tasche. Eine einfache Logik, da die Kapitalisten ja nicht selbst hinterm Steuer sitzen - höchstens bei ihren Wochenendausflügen.

Daher ist es jetzt gerade richtig und besonders notwendig, daß die Forderung der Berufschauffeure nach einem Verbot des Leitungs- und Prämienlohns von der Gewerkschaft Handel, Verkehr und Transport (HTV) aufgestellt wurde. Das ist für sie ein guter Schutz gegen den maßlosen Abbau ihrer körperlichen und geistigen Kräfte und gegen die Spaltung, wo das Prämien- und Leistungssystem jeden gegen den anderen ausspielt. Die beste Möglichkeit diese Forderung auch zu verwirklichen kann nur darin bestehen, sie in allen Branchen der Industrie und des Gewerbes auch selbst aufzustellen und so den Chauffeuren eine breite, praktische Solidarität auszudrücken.

j.s.
Zelle Ottakring/Wien

VÖEST/Linz:
Nach der Prämienkürzung droht Zwangsurlaub



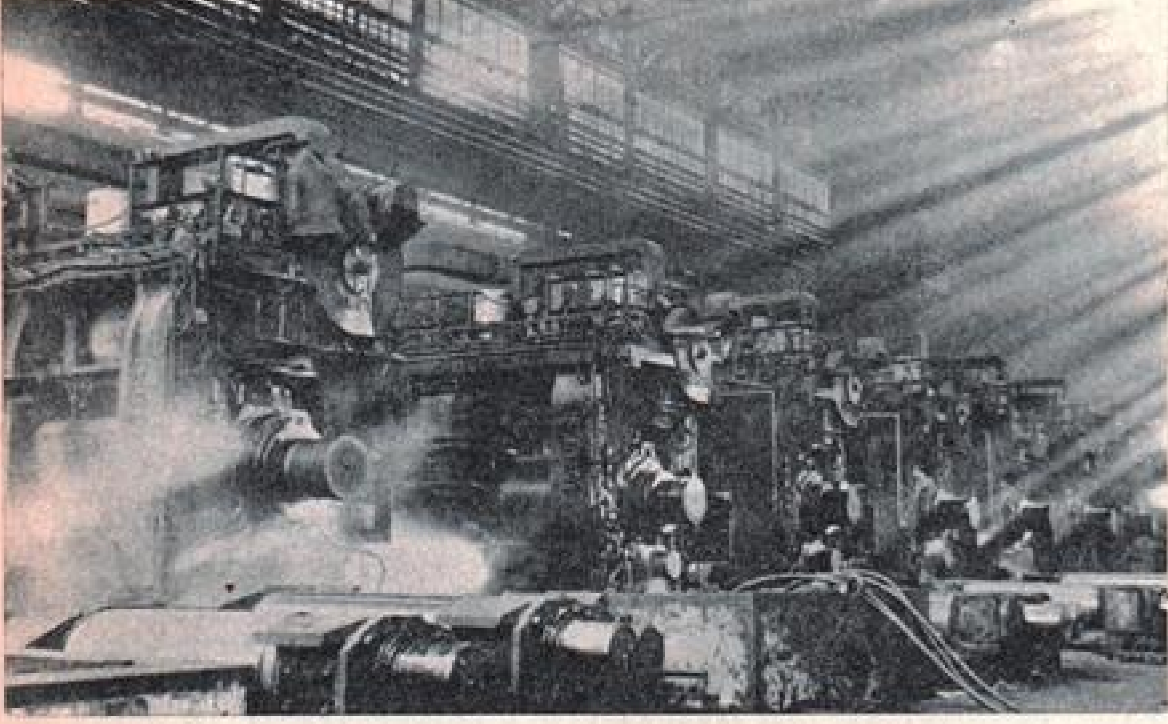
"Beharrliches Bemühen um die Interessen unserer Beschäftigten, fundierte Argumentation und eine überzeugende Verhandlungsführung, die sich an den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens orientierte, haben unseren Betriebsrat wieder einen anerkennenswerten Erfolg erzielen lassen: das Präsidium des Zentralbetriebsrates konnte mit dem Vorstand eine einmalige Sonderzahlung für 1976 in folgender Höhe für alle Beschäftigten der Vöest-Alpine vereinbaren:

Betriebszugehörigkeit	S
1 - 1oJahre	24oo,-
1o-2oJahre	28oo,-
2oJahre und darüber	32oo,-
Lehrlinge im 2.und 3.Lehrjahr	5oo,- "

So berichtet ZBRO Brauneis über das "optimale" Verhandlungsergebnis in der SP-Betriebszeitung "Wahrheit" (Okt). Für die Vöest-Kollegen ist dasErgebnis keineswegs "optimal". Hat ihnen doch die Vöest damit runde vier, fünf Tausender von der jährlich üblichen Prämienzahlung und damit vom erreichten Lohnniveau gestrichen. Ganz abgesehen davon, daß die heurige "einmalige Sonderzahlung" bereits für 1976 gilt und damit die Prämie für 1975 zur Gänze weggefallen ist.

Gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben des Vöest-Vorstandes, in diesem Jahr überhaupt keine Sonderzahlung auszulassen, stellt das Ergebnis dennoch einen Teilerfolg dar. Es ist allerdings ein starkes Stück, wenn Brauneis das Ergebnis "der ausschließlichen Aktivität unseres Betriebsrates" zuschreibt. Eines Betriebsrates, der noch im Juli an das "Verständnis der Kollegen" appeliert hat, die Prämienstreichung hinzunehmen

Tatsächlich war doch die breite Empörung in der Belegschaft die eigentliche Ursache für das Zugeständnis des Vöest-Vorstandes. Die Angst, daß sich die Vöest-Belegschaft nicht leicht abspeisen lassen könnte, hat den Vorstand ja offensichtlich auch zu der spalterischen Staffelung nach Betriebszugehörigkeit veranlaßt, über die viele Kollegen empört sind.



Die vollautomatisierte Walzstraße im Vöest-Werk

Der tiefere Grund für den Lohnverlust liegt darin, daß es schlicht unvereinbar ist, wenn sich die "Arbeitervertreter" gleichzeitig "um die Interessen der Beschäftigten bemühen" und "an den wirtschaftlichen Möglichkeiten des Unternehmens orientieren" wollen, wie Brauneis vorgibt. Dieser Standpunkt der Aussöhnung von Arbeiter- und Profitinteressen läuft notwendig auf die Preisgabe der Arbeiterinteressen hinaus.

Im Juli hat BRO Ruhaltinger den Lohnverzicht und die Streichung der Prämie für 1975 mit der Erhaltung der Arbeitsplätze zu rechtfertigen versucht. Aber das Gegenteil ist wahr. Im Jahr 1975 sind im Vöest-Konzern 2.273 Arbeitsplätze vernichtet worden (Jahresbericht/ Vöest-Werkszeitung 5-9), dieser Personalabbau wird fortgesetzt. Das bekommt fast jede Partie durch steigende Arbeitsbelastung und erhöhte Unfallgefahr zu spüren. Was die Vöest aus der reduzierten Belegschaft herausschindet, wird in neue Maschinen investiert. Aber nur um noch mehr, noch schneller mit noch weniger Arbeitern noch profitabler produzieren zu können. Das zeigt die vollautomatisierte Walzstraße im Bild genau so wie der neue Hochofen 2 mit einer Tagesleistung von drei alten Hochöfen zusammen.

So schlittert die Vöest mit aufgestockten Kapazitäten bereits unvermeidlich in die nächste "Stahlflaute", in die nächste Überproduktionskrise der kapitalistischen Profitwirtschaft. Und wieder sollen die Arbeiter die Folgen tragen: Zwangsurlaub zu Weihnachten gilt bereits als "sehr wahrscheinlich". (Generaldirektor Koller nach Kronenzeitung v.16.1o.). Tageweise wird der Zwangsurlaub bereits einzelnen Abteilungen verordnet, wie für den 27.1o. 1976 auf der Stranggußanlage.

Für die Vöest-Kollegen kann es daraus nur die eine Konsequenz geben, die von einzelnen Partien schon gezogen worden ist - Schluß mit dem Stillhalten, Schluß mit der Unterwerfung unter die Profitinteressen der Vöest. Und Verteidigung gegen jeden Angriff auf die Arbeits- und Lebensbedingungen durch den Zusammenschluß der Kollegen und entsprechenden Druck auf die gewählten Arbeitervertreter.

p.K.
Linz

Rationalisierungen bei
Spätschicht



FRAUEN U. MÄDCHEN

Rufen Sie uns bitte an. Tel. 72 65 41, Kl. 200 Dw.
PHILIPS-Fernsehwerk
1030 Wien, Dr.-Bohr-Gasse 7



PHILIPS

Lockinserat von Philips

Mit der Spätschicht in der Video-Recorder-Produktion die nächste Woche anlaufen wird, wollen die Kapitalisten folgendes erreichen: die derzeitigen Aufträge, die mit den vorhandenen Arbeitskräften nicht mehr produziert werden können, sollen möglichst schnell und ohne größere Investitionen, erledigt werden, was angesichts der großen Konkurrenz und des höchst unsicheren Konjunkturlage für sie wichtiger denn je ist.

Es wirft ein bezeichnendes Licht auf die Zustände im Kapitalismus, daß Frauen überhaupt am Abend arbeiten gehen

Kapsch: Nicht einarbeiten, sonde

Um während der Weihnachtsfeiertage einige Tage frei zu haben, wurde in vielen Betrieben eingearbeitet.

Die Kapitalisten nutzen den Wunsch der Belegschaften nach zusammenhängender Freizeit zu Weihnachten aus; sie sperren die Tage zwischen den Feiertagen zu und ersparen sich die Kosten für Heizung, Beleuchtung, Werksbusse usw. - dafür haben sie die Arbeiter und Angestellten in Zeiten, wo die Produktion auf vollen Touren läuft (z.B. in den Wochen vor Weihnachten) länger zur Verfügung. Entweder wird länger am Abend oder am Samstag (wie bei Eumig) oder das ganze Jahr über täglich 18 Minuten (Kapsch) oder 20 Minuten (Schrack) eingearbeitet.

Meistens gelang es den Kapitalisten auch noch, Einarbeitungsregelungen im Verhältnis 1:1 (1 Stunde Einarbeiten für 1 Stunde Freizeit) durchzusetzen, wodurch sie sich das Überstundenentgelt für die Einarbeitszeit ersparen. Bei Kapsch geht es sich angeblich mit der eingearbeiteten Zeit (18 Minuten täglich) heuer nicht aus, weil die Feiertage so ungünstig fallen. Deshalb versucht die Firmenleitung durchzusetzen, daß sich die Kollegen am 3., 4., und 5. Jänner 1977 ihren normalen Urlaub nehmen sollen, was heißt, daß ihnen 3 Tage Urlaub im Sommer fehlen. Die überwiegende Mehrheit der Belegschaft lehnt aber diesen Plan der Firmenleitung ab. Die Abteilung Werkzeugbau hat sich den Betriebsratsobmann geholt und ihm in einer einstündigen Debatte klargemacht, daß sie dann in Urlaub gehen, wann sie wollen, und nicht wann die Firma will.

Bis jetzt ist aber über diese Frage noch keine endgültige Entscheidung gefallen. Doch wir brauchen den verlängerten Urlaub.

Die immer stärkere Hetze in der Arbeit, die Akkordarbeit, die Überstunden und das Einarbeiten machen alle fertig und wir kommen gar nicht mehr dazu, nachzudenken, und uns zu überlegen, was wir dagegen machen können, und wie wir uns gegen die immer stärkeren Angrif-

Philips-Hornyphon/Wien

eingeführt

müssen. Ist der Abend doch die einzige Möglichkeit unter der Woche, ihren Mann zu sehen, Freunde zu treffen, sich zu unterhalten und zu entspannen. Es ist kaum anzunehmen, daß diese Frauen während des Tages schlafen können. Und wenn sie dann noch am Abend 5 Stunden bei Horny arbeiten, werden sie nervlich und körperlich bald fertig sein.

Die Spätschicht ist nicht nur für die betroffenen Frauen schlecht, sondern für alle Arbeiter bei Horny. Erstens können die Frauen von der Spätschicht leichter gegen die andern ausgespielt werden. Die Frauen die am Abend arbeiten kommen, wollen zum Teil nur kurz bei Horny arbeiten und in dieser Zeit möglichst viel verdienen. Sie könnten sich von den Philipskapitalisten leicht dazu bringen lassen, eine höhere Stückzahl zu machen, etwa wenn die Firmenleitung etwas mehr Geld anbietet. Das nächste wird aber sein, daß auch die Kolleginnen, die normal arbeiten, in dieser Richtung unter Druck gesetzt werden.

Zweitens besteht für die Kolleginnen, die jetzt in der Normalarbeitszeit arbeiten, die Gefahr, später auch Schichtarbeit machen zu müssen.

Die Einführung der Spätschicht läßt eines wieder einmal klar erkennen: allen Überlegungen und Schritten der Kapitalisten liegt ein Gedanke zugrunde: Wie erreichen wir den höchsten Profit? Zu diesem Zweck springen sie mit den Arbeitern und Arbeiterinnen völlig beliebig um.

Solche Vorgangsweisen sind den Philips-Kollegen allerdings nicht neu: Im letzten Jahr wurden Kolleginnen monatelang nach Hause geschickt, weil zu wenig Aufgäge da waren. Aus dem selben Grund mußte die Belegschaft Zwangsurlaub nehmen! Hier sieht man deutlich, wie im Kapitalismus die Arbeitszeit des Arbeiters und sogar seine Existenz vom Auftragsgerangel unter den Kapitalisten abhängig sind.

Die Spätschicht zeigt aber nicht nur, wie mit den Arbeitern im Kapitalismus umgesprungen wird, sondern sie zeigt, daß es richtig ist, gewerkschaftlich das gesetzliche Verbot der Schichtarbeit durchzusetzen. Diese Profitquelle, die den Arbeitern Verschärfung der Ausbeutung und eine Schwächung ihrer Einheit und Kampfkraft bringen, muß den Kapitalisten endgültig verschlossen werden!

E.R.

Zelle Philips/Hornyphon/Wien

Hochgiftige VÖEST - Abwässer wochenlang versickert

Vor einigen Wochen wurde bei Bauarbeiten an der neuen Steyregger Donaubrücke nur durch Zufall entdeckt, daß wochenlang ungeklärtes Kokerei-Abwasser der Vöest ins Grundwasser gesickert ist. Durch ein Leck im Abwasserrohr und eine ebenfalls seit Wochen unbemerkt ausgefallene Filteranlage haben größere Mengen Ammoniak, Sulfate und Zyanide das Erdreich, das Grundwasser und die Donau verseucht. Das lebensgefährlich vergiftete Grundwasser in diesem Bereich stellte auch eine akute Gefahr für die alte und neue Steyregger Brükke dar, da es Beton zersetzt. Während die Pendlerzüge eine Zeitlang nur im Schrittempo die alte Brücke passierten, wurde für den Pfeiler der neuen Brücke auf Linzer Seite ein Stahlkorsett um 3 Mill. Schilling notwendig, das die Zersetzung des Betons verhindern soll. Der Vorfall ist keineswegs einfach auf "Schlamperei" zurückzuführen, wie es die Zeitungen verharmlost haben, sondern unvermeidliches Resultat einer Produktion, die sich nicht am Nutzen für den Menschen, sondern am Profit orientiert.

P.K.



Gift in konzentrierter Form enthielt das Grundwasser in dieser Baugrube. Es kann Beton zersetzen. Für Menschen wäre es tödlich

Chemie-Linz/Harnstoffwerk:

Doppelt so viel Produktion - halb so viel Arbeiter

Ein Betrieb, der im kurzfristigen Konjunkturaufschwung die Produktion ausweitet ist die Chemie-Linz AG. Aber diese Ausweitung der Produktion führt nicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Gegenteil:"Es ist bestürzend, wie alle Unternehmer vor allem rationalisieren, statt neue Arbeitsplätze zu schaffen," meinte ein Kollege der Chemie-Linz. Als Beispiel führte er den Ausbau des Harnstoffwerks an. Dieses neue Werk wird den doppelten jährlichen Ausstoß des bestehenden haben und gleichzeitig nur die Hälfte der bisherigen Belegschaft brauchen. Das bedeutet eine Steigerung der Produktivität um das Vierfache.

Auch wenn in der Chemie-Linz die Situation heute so ist, daß die "überflüssigen" Kollegen nicht rausgeworfen, sondern auf andere Abteilungen verteilt werden, so muß doch jedem klar sein, daß diese Ausweitung der Harnstoffproduktion verbunden mit einer derartigen Rationalisierung den Druck auf die Arbeiterklasse nur verstärkt. Das damit alles Reden von der "Arbeitsplatzbeschaffung" nur leeres Gerede bleibt.

H.D.

Zelle Schiffswerft Linz

rn zusätzlichen bezahlten Urlaub!

fe der Kapitalisten zur Wehr setzen können. Dazu brauchen wir einen verlängerten Urlaub, wo wir uns ordentlich erholen können, wo wir einmal mit unserer Familie zusammen sein können, wo wir endlich einmal Luft schnappen können.

Doch diesen Urlaub brauchen wir bezahlt und nicht, daß er uns wieder woanders abgezogen wird. Erstens können wir uns weder einen Abzug von unserem Geld leisten, noch von unserem Urlaub. Ein Abzug vom Sommerurlaub ist für viele Kollegen nicht drin, genauso verlängert ein Einarbeiten auf jeden Fall einmal den Arbeitstag und ermüdet uns noch mehr, ebenso ist ein unbezahlter Urlaub überhaupt nicht möglich, denn wir brauchen jeden Groschen, den wir verdienen. Also alle Vorschläge, die die Firmenleitung in Reserve hat, schaden uns und spalten uns gegeneinander auf.

Wir brauchen den zusätzlichen Urlaub voll bezahlt. Und die Bedingungen sind nicht schlecht dafür, das auch zu erreichen. Denn für die Profite der Firmenleitung ist eine Inbetriebnahme der Fabrik während der drei Tage nicht sehr günstig, die anfallenden Kosten ziemlich hoch. Das einzige Hindernis für sie sind noch die Arbeiter. Die will sie jetzt mit der Verlokkung von zusätzlichen drei freien Tagen einkochen, ohne allerdings die Tage auch bezahlen zu wollen.

Jetzt geht es darum, daß wir uns den Betriebsrat in die Abteilung holen, wie das der Werkzeugbau schon gemacht hat und unmißverständlich unsere Stellung zum verlängerten Urlaub und zu unserer Forderung, daß er auch von der Firma bezahlt werden soll, klarmachen. Voraussetzung dafür ist die Klarheit und die Einheit in jeder Abteilung, dann geben wir auch dem Betriebsrat einen klaren Auftrag, dann kann auch der Betriebsrat mit der Unterstützung der Arbeiter und Angestellten unsere Forderungen gegen die Firmenleitung durchsetzen.

r.b.

Zelle Kapsch/Wien

Mischek/Wien:

250 Kündigungen beim Fertigbau

"WANN IHR NIX MEHR ZU ESSEN HABTS, I HOB IMMER NO MEI SCHNITZEL!"

Das hat der Baukapitalist Mischek kürzlich bei der 20-Jahrfeier des Betriebs den Arbeitern ganz unverfroren ins Gesicht gesagt. Für 250 der insgesamt 1600 Beschäftigten sind diese Worte bitterer Ernst geworden. Sie haben den blauen Brief bekommen. Vom Abbau weiterer 750 Beschäftigter ist die Rede. Das plötzliche Abdrehen des Wohnbauförderungshahns durch die Gemeinde Wien soll der Grund für die Entlassungen sein. Wohl will aber Mischek ganz gern über den Winter Arbeitskräfte loswerden, da er in der kalten Jahreszeit nur einen Teil der Arbeiter einsetzen kann. Ob nun Mischek nur auf die Gemeinde Druck ausüben will oder sein Kapital tatsächlich anderweitig mit mehr Profit anlegen will, oder bloß die Wintermonate überbrükken will, sein Vorgehen zeigt die Kaltschnäuzigkeit, mit der die Kapitalisten ihre Profitinteressen auf dem Rücken der Arbeiter durchsetzen wollen.

W.Sch.

Weder Geldstrafen noch andere Polizeistrafen können die Bewegung für ein Offenes Haus kleinkriegen

Salzburg. Durch eine erfolgreiche Kundgebung am 13. Oktober auf dem Alten Markt, an der ca. 1oo Menschen teilnahmen, hat die Bewegung für ein Offenes Haus gezeigt, daß sie sich nicht kleinkriegen läßt, weder durch die Landesregierung, noch durch die Stadtverwaltung oder Polizei.

Die konsequente Weiterführung des Kampfes, der vor dem Sommer mit der Besetzung des "Petersbrunnenhofes" seinen Anfang nahm, mit einer breiten Solidarität der Bevölkerung ist ein Schlag gegen die Landesregierung und den gesamten Staatsapparat. Er konnte nur weitergeführt werden, indem falsche Ansichten zurückgedrängt wurden. So auch die Absichten der Trotzkisten (GRM), die die Bewegung in einzelne mehr oder weniger autonome Untergruppen aufsplittern wollten. Mit dieser Absicht waren sie bis ca. Anfang Oktober auch recht weit gekommen (Einstellung des Kampfes gegen die Polizeistrafen der Petersbrunnhofbesetzer, Abschaffung der Vollversammlungen) mit dem Resultat, daß die Bewegung d.. Mobilsierung der Bevölkerung aktive Schritte gegen Stadt, Land und Polizei zeitweilig einstellte.

Die falschen Ansichten wurden zurückgenommen und die Bewegung nahm die Arbeit wieder auf der richtigen Linie auf.

Am 13., 14., 15. Oktober wurden an die dreißig Petersbrunnhofbesetzer verhört, die gegen die Strafen Berufung eingelegt hatten. Während dieser Verhöre standen Jugendliche mit Umhängetafeln, auf denen sie auf die Forderungen nach einem Offenen Haus hinwiesen und gegen die Polizeistrafen Stellung nahmen, vor dem Polizeigebäude. Viele Menschen blieben stehen, es entwickelten sich Gruppendiskussionen und es wurde Geld zur Bezahlung der Polizeistrafen gespendet. An die zwanzig Polizeibeamte in Zivil waren ständig anwesend und versuchten immer wieder erfolglos, die Jugendlichen unter Berufung darauf, daß die Kundgebungen vor dem Polizeigebäude verboten seien, einzuschüchtern.

In der Kundgebung am Alten Markt wurde in Referaten die Lage der Jugendlichen dargestellt und wie notwendig sich daraus die Forderung nach einem selbstverwalteten Offenen Haus ergibt. Es wurden Sketches gespielt und Lieder gesungen und gezeigt, daß die verfügten Polizeistrafen nicht nur die Petersbrunnhofbesetzer betreffen, sondern alle Menschen, die sich gegen den Staat aktiv zur Wehr setzen.

In der Vollversammlung der Bewegung nach der Kundgebung wurden die weiteren Schritte beraten.

Jetzt kommt es darauf an, die Spendensammlung zu einem Hebel zu machen, um die Bewegung zu verbreitern und die Forderungen zu verankern. Wenn die Bewegung für ein Offenes Haus weiterhin öffentlich auftritt und für die Abdeckung der Strafen Spenden sammelt, wird die Landesregierung trotz Verurteilung ihr Ziel nicht erreichen. Ein wichtiger Schritt wird es nun sein, in Lehrlings- und Schülergruppen, in der Gewerkschaftsjugend und unter den Studenten für die Forderungen einzutreten, von denen die Bewegung keinen Fingerbreit abgegangen ist:

- Offenes Haus im Petersbrunnhof!
- Selbstverwaltung!
- Bezahlung der Adaptierungs- und Betriebskosten durch die öffentliche Hand!

All die Gruppen müssen für die Unterstützung der Forderungen gewonnen werden. Dort können auch Resolutionen an die Landesregierung beschlossen werden, um diese zu zwingen, sich einer Podiumsdiskussion mit der Bewegung zu stellen.

HF/GR/BO
Ortsgruppe Salzburg



Kundgebung der Bewegung für ein offenes Haus in Salzburg

Tag der offenen Tür in Salzburg:
Bürgermeister läßt »Demonstranten« hinauswerfen

Am Samstag den 16.Oktober hatte die Stadt Salzburg ihren "Tag der offenen Tür". Weithin war auf Plakaten zu lesen, daß die Salzburger dort ihre Probleme vorbringen sollten. Diese Gelegeheit nahmen auch wir von der Bewegung für ein Offenes Haus beim Schopf. Mit Umhängtafeln, Flugblättern und Stelltafeln standen Jugendliche vor dem Gemeindegebäude am Mirabellplatz und redeten mit den Besuchern darüber, daß die jungen Leute in Salzburg keinen Platz hätten, wo sie sich zwanglos treffen und selbst war tun könnten, daß Stadt und Land nichts anderes für sie übrig haben, als Polizeieinsatz und Strafen bis zu 1.500.-, weil sie sich nicht länger vertrösten lassen wollen.

Viele Leute waren empört über das, was erzählt wurde, auch ältere Menschen. Eine Frau meinte: Es stimmt, für die gewöhnliche Bevölkerung wird kein Groschen ausgegeben, nur dort, wo wieder was hereinkommt! Eine ganze Reihe war der Ansicht, daß das ganz richtig wäre, an die Öffentlichkeit zu gehen und dadurch den Druck auf die zuständigen Stellen zu vergrössern.

Ein Mann gab uns den Rat, zum Bürgermeister hineinzugehen, denn der hätte sicher ein offenes Ohr für unsere Anliegen! Genau das machten wir dann auch! Was der Bürgermeister aber für uns hatte, das empörte alle Anwesenden: er drohte uns, daß er uns mit der Polizei aus seinen Amtsräumen hinausschmeissen lasse, wenn wir nicht sofort abhauen! Denn: "Das ist kein Tag für Demonstranten und Radikale. Hier kommen Menschen her, um dem Bürgermeister die Hand zu schütteln!", meinte der Bürgermeister. Die Anwesenden lasen aufmerksam unsere Tafeln. Sie sagten, daß unser Anliegen nicht kriminell, sondern gerechtfertigt sei und empörten sich über die Handlanger des Bürgermeisters, die uns aus dem Saal schoben. Im Stiegenhaus bildeten sich große Diskussionsgruppen um uns. Wir wiesen darauf hin, daß Demokratie und Rechte für uns nicht da sind, weil wir etwas wollen, was der "Stadt" und dem "Land" gegen den Strich geht.

An diesem Vormittag sammelten wir über 200,-. Die verwenden wird dazu, die Strafen für die Petersbrunnbesetzer abzuwenden. Denn, wenn alle gemeinsam sie tragen, dann verwandelt sich der Schlag der Landesregierung gegen die Bewegung für ein offenes Haus in Selbstverwaltung in einen Bumerang, nämlich in aktive Solidariät für unser Ziel!

r.p. Salzburg

»Öffentliches Wohl«-Wohl des Staates

Zahl I -[illegible]-7/1/76 Postfach 539-540
5010 Salzburg

BESCHEID

Sie haben am 6. Oktober 1976 bei der ho. Behörde die Abhaltung von Kundgebungen zum Thema "Für ein Offenes Haus in Selbstverwaltung! Weg mit den Strafen gegen die Petersbrunnbesetzer!" angezeigt

Spruch

Gemäß § 6 Versammlungsgesetz 1953 i. d. dzt. g. F. werden die für den 13., 14. und 15. Oktober 1976 jeweils zwischen 09.00 und 12.00 Uhr und für den 13. Oktober 1976 zwischen 17. und 18.00 Uhr geplanten Kundgebungen untersagt

im Hinblick auf den zu erwartenden Lärm wird, völlig unzumutbar und stellt ohne Zweifel eine besondere Beeinträchtigung und Gefährdung des öffentlichen Wohles dar.

Versammlungen, die das öffentliche Wohl gefährden, sind gemäß § 6 Versammlungsgesetz 1953 zu untersagen. Es handelt sich hier um keine Ermessensentscheidung, sondern die Behörde ist bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen zur Untersagung verpflichtet.

REPUBLIK ÖSTERREICH Salzburg

Für den Polizeidirektor:

König
Pol. Oberkommissär

Das bürgerliche Gesetzbuch ist voll von solchen Gummiparagrafen wie 'öffentliches Wohl' oder 'öffentliches Ärgernis'. Sie werden dann angewendet, wenn das Volk für seine berechtigten Interessen und Forderungen eintritt.

Die bürgerliche Professorenschaft legt die Karten auf den Tisch

Proteste gegen Maßregelung eines Studentenvertreters

Immer wieder versucht die bürgerliche Professorenschaft die verlogene Phrase zu verbreiten, daß es auf der Universität nur um die "reine wissenschaftliche Leistung" geht, jenseits von aller Politik. In einer letzte Woche vom akademischen Senat gefällten Entscheidung gegen einen ehemaligen Studentenvertreter hat sie diese Maske mit einer erstaunlichen Unverfrorenheit fallengelassen.

Die höchste Auszeichnung, die die Bourgeoisie für die Leistung eines Studenten vergibt, ist die Verleihung des Doktortitels in Anwesenheit des Bundespräsidenten (Promotion sub auspiciis presidentis). Diese Auszeichnung ist nicht eine reine Ehre, sondern sie ist mit einer Anstellung als Universitätsassistent verbunden. Die Voraussetzung für eine solche "Ehrung" sind: Vorzug ab der 5.Klasse Mittelschule, Auszeichnung auf die Doktorarbeit, Auszeichnung auf alle Abschlußprüfungen. Die neueste Entscheidung des Akademischen Senats stellt jedoch fest, daß das alles nichts zählt, wenn die politische Unterwürfigkeit fehlt.

Der ehemalige Vorsitzende der Studienrichtungsvertretung Mathematik, M.Grosser, hatte nämlich alle fachlichen Voraussetzungen für eine solche "Promotion sub auspiciis presidentis" und er war daher bereits als Mathematik-Assistent vorgesehen. Er war jedoch den Herrn Professoren ein Dorn im Auge, denn er hatte sich als Studienvertreter aktiv für den Kampf seiner Kollegen gegen die Verschulung des Studiums und gegen Prüfungsverschärfungen eingesetzt.

Im Zuge der Hochschulreform hatte man im großen Stil bei den Mathematikern und Physikern die Prüfungen zu vervielfachen, die Prüfungsmethoden zu verschärfen und das Studium bis ins kleinste Detail zu reglementieren begonnen. Die bürgerliche Regierung behauptete, das solle die "rein wissenschaftliche Leistung" verbessern, in Wirklichkeit dient es nur dazu, ein System weiter auszubauen, bei dem man von den Studenten zurecht sagt, "je länger sie studieren, desto dümmer werden sie". Die Studenten empfanden die Maßnahmen als Unterdrückung und Schikane und wehrten sich. Zwei eintägige Vorlesungsstreiks wurden durchgeführt und das Arbeitszimmer eines besonders scharfmacherischen Professors einen halben Tag besetzt. Bei all diesen Aktionen drückte sich M. Grosser nicht um seine Aufgaben als Studentenvertreter, sondern beteiligte sich am Kampf und hielt sich an das, was ihm von Hörerversammlungen aufgetragen wurde. Als Folge davon wurde er wenige Wochen später gemeinsam mit 3 anderen "Rädelsführern" vom Rektor mit konstruierten Anschuldigungen bei Gericht angezeigt. Das Gerichtsverfahren wurde jedoch eingestellt, nachdem die Studenten, Assistenten und einzelne Professoren durch eine Demonstration und über die Österreichische Hochschülerschaft dagegen protestiert hatten.

M. Grosser ist auch über seine hervorragende Haltung bei diesen Auseinandersetzungen hinaus am Institut als fortschrittlicher Mensch bekannt.

Ein solcher Mensch durfte auf keinen Fall geehrt werden, geschweige denn, Assistent werden. An seinen "rein fachlichen Leistungen" gab es nichts zu rütteln. Er hatte alle Prüfungen mit Auszeichnung abgelegt. Und daher entschlossen sich die Professoren, in aller Offenheit ausdrücklich festzustellen, daß M.Grosser ungeachtet aller Prüfungsergebnisse wegen seines Verhaltens als Vorsitzender der Studienrichtungsvertretung Mathematik weder Ehrung noch Assistentenposten erhalten soll. Eine solche Aberkennung trotz erfolgreicher Prüfungen war bisher noch nie dagewesen.

Normalerweise werden die Studenten, die dieselben Prüfungsergebnisse wie M. Grosser bei der Verleihung des Doktorats vorweisen, vom Bundespräsidenten als Elite hochgejubelt; das mit gutem Grund, denn die herrschende Klasse kann annehmen, daß es sich im Großen und Ganzen um Streber handelt. M. Grosser hat jedoch trotz aller erfolgreichen Prüfungen das Bildungsziel der Bourgeoisie nicht erreicht: er hat zwar Mathematik gelernt, beherrscht aber immer noch nicht das Arschkriechen und Speichellecken und daher sieht der Bundespräsident keinen Grund, ihm die Hand zu schütteln.

Die Bourgeoisie sucht sich ihre Leute für die Universitäten aus

Es ist ganz klar, daß die Bourgeoisie solche Leute nicht auf der Hochschule brauchen kann, auch nicht auf dem untergeordnetsten Posten, da können sie Noten haben, wie sie wollen. Da haben die im Amt befindlichen Mathematik - und Physikprofessoren schon andere Empfehlungen: einer war ein Freund vom ehemaligen Bundeskanzler Figl und wurde deshalb angestellt, ein Physikprofessor nimmt in öffentlichen Vorträgen die Kirche gegen Galileo Galilei (dieser stellte fest, daß die Erde nicht im Mittelpunkt ruht und wurde daher von der Kirche verfolgt) in Schutz.

Die Professoren haben durch Jahre als Hochschulassistenten und als Dozenten ihre Loyalität zur Bourgeoisie und ihre Bereitschaft beweisen müssen, die falsche

Fortsetzung nächste Seite

Salzburg Kampf gegen Lehrveranstaltungskürzungen

Die Regierung hat vor einigen Monaten den Universitäten eine Verringerung des Lehrangebots um 20 % aufgetragen.

In zahlreichen Versammlungen lehnten die Studenten in Salzburg diesen Sparerlaß bereits im vorigen Studienjahr ab. Auf der anderen Seite beugten sich aber Teile des Lehrkörpers dem Druck des Staates und beantragten von vorneherein weniger Lehrveranstaltungen. Der Regierung jedoch gingen diese "freiwilligen" Einsparungen nicht weit genug.

Zu Beginn dieses Studienjahres gab es so in vielen Studienfächern um ein Fünftel weniger Veranstaltungen, als im vorigen Jahr. Einzelnen Studienrichtungen standen sogar nur mehr 2/3 des bisher üblichen Lehrangebots zur Verfügung. Mit dem Italienischstudium konnte nicht begonnen werden, weil der Einführungskurs nicht mehr stattfand. Einige Kollegen, die slawische Sprachen studieren, konnten ihr Studium nicht fortsetzen.

Am 12.10. versammelten sich die Slawistikstudenten und forderten die Rücknahme der Lehrveranstaltungskürzungen. Sie begannen mit einem unbefristeten Streik zur Durchsetzung ihrer Forderung. Auch an anderen Studienrichtungen wurden Versammlungen durchgeführt. Als nächster Kampfschritt wurde ein Streik der ganzen Universität vorgeschlagen. Dieser wurde dann am 21. und 22. Oktober nahezu lückenlos durchgeführt.

Eine Versammlung der Studenten der Fakultät beschloß danach, der Regierung ein Ultimatum bis zum 4.11. zu stellen.

Sollten bis zu diesem Termin Kürzungen nicht zurückgenommen sein, müßten weitere Schritte im Kampf gesetzt werden.

Sehr wichtig für den Erfolg unseres Kampfes wird sein, mit unseren Aktionen den Rahmen der Hochschule zu überschreiten. Dazu ist eine Demonstration das geeignetste. Durch sie können wir die übrige Bevölkerung direkt mit unseren Forderungen bekannt machen und sie für die Unterstützung unseres Kampfes gewinnen. Der Regierung gegenüber ist eine Demonstration das beste Mittel, um unsere Kampfentschlossenheit zum Ausdruck zu bringen.

bem
MSB Salzburg

Streik der Volkswirtschaftsstudenten an der Universität Wien

Die Studenten der volkswirtschaftlichen Studienrichtung beschlossen am Freitag, den 22. Oktober einen Boykott der Prüfungen in Mathematik und Statistik und einen zweitägigen Warnstreik für den 27./28. Oktober.

Am Anfang des Semesters kündigte Prof. Bruckmann (bekannt durch seine Wahlhochrechnungen) eine drastische Verschärfung der Prüfungen in Mathematik und Statistik an. Statt bisher vier Übungszeugnissen (in Form von schriftlichen Prüfungen), die zum Erwerb der Diplomprüfung in diesen Fächern notwendig waren, müssen die Studenten jetzt insgesamt sieben Zeugnisse erwerben (4 Kolloquienscheine und 3 Übungszeugnisse). Begründet wird diese enorme Verschärfung von Prof. Bruckmann mit der steigenden Zahl arbeitsloser Akademiker Sozialwissenschaftler, als deren Ursache er zynisch mangelnde Qualifikation angab. Demgegenüber betonen die Studenten, daß die Wurzeln der Arbeitslosigkeit in der Anarchie und Unplanbarkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems liegen und nicht in mangelnder Ausbildung. Während vor fünf bis sechs Jahren nur etwa die Hälfte des Stoffes in Mathematik und Statistik zu lernen war, hatten dermaßen schlecht qualifizierte Ökonomen keinerlei Arbeitsplatzprobleme. In der heutigen Krisensituation, in der die Unternehmer nach immer neuen Möglichkeiten der Rationalisierung suchen, würde auch ein zehnmal größeres Wissen in den beiden Fächern keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz schaffen. T.R. MLS/Wien

Fortsetzung von Seite 15

und reaktionäre Weltanschauung dieser untergehenden Klasse zu vertreten und sind auf Grundlage dieser "Leistungen" ins Amt berufen worden.

Die Herrn Professoren, die die Entscheidung gefällt haben, sind keine unbeschriebenen Blätter. Der Rektor Seitelberger etwa machte sich im Vorjahr dadurch einen Namen, daß er politische Veranstaltungen auf der Hochschule verbieten wollte, mit einer Ausnahme allerdings:

Eine antislowenische Hetzveranstaltung, die von Burschenschaftlern und NDP-lern organisiert wurde und auf der der FPÖ-Abgeordnete Scrinzi sprach, ließ er mit einem Riesenpolizeiaufgebot vor einer aufgebrachten Menge von fortschrittlichen Studenten schützen.

Das soll aber nicht heißen, daß es sich bei den Maßnahmen gegen Grosser um eine isolierte Entscheidung von ein paar Professoren gehandelt hat. Bundespräsident Kirchschläger selbst hat sich vor zwei Jahren, als sich zwei Professoren bei ihm wegen der Auseinandersetzungen am mathematischen und physikalischen Institut beklagten, für schärfere Disziplinarmaßnahmen gegenüber den Studenten und Studentenvertretern ausgesprochen. Kein Wunder, daß er jetzt keine Lust hat, M. Grosser zu ehren.

Die Entscheidung des akademischen Senats kann nicht hingenommen werden!

Die Entscheidung des Senats ist ein Einschüchterungsmanöver gegenüber den Studenten und den Studentenvertretern. Sie ist gleichzeitig ein Fall von Nichtanstellung wegen fortschrittlicher Gesinnung. Sie hat sofort den Protest der Studenten hervorgerufen. Bei einer Hörerversammlung der Mathematik- und Physikstudenten, bei der über 200 Studenten anwesend waren, wurde bei einer Stimmenthaltung und ohne Gegenstimme eine Resolution angenommen, die die Rücknahme des Beschlusses des akademischen Senates fordert und die für die Einstellung von M. Grosser als Assistent eintritt. Die gleiche Haltung nimmt auch die Studentenvertretung am Institut ein. Andere Studienrichtungsvertretungen und Hörerversammlungen schlossen sich dem Protest bereits an. Die Studenten werden auch die höheren Organe der Hochschülerschaft zwingen müssen, gegen den reaktionären Beschluß des akademischen Senates vorzugehen.

H.S.
MLS - Wien

Feldkirchen/Kärnten:
Proteste von Schülern und Eltern gegen Klassenzusammenlegung

Zu Beginn dieses Schuljahres wurden in der Handelsakademie Feldkirchen die Schüler der Klassen II a und II b in einer Klasse zusammengelegt, in der nun 41 Schüler sind.

Die Schüler wandten sich nun mit folgendem offenen Brief an die Kärntnter Bevölkerung:

"Nach den ersten Schultagen wurden die Klassen IIa und IIb zusammengelegt,und jetzt sind wir 41 Schüler. Daraus ergeben sich folgende Probleme:

+ Die Jahreszusammenlegung überschreitet die vorgesehene Schülerhöchstzahl gemäß § 71 des Schulorganisationsgesetzes von 36 Schülern.
+ Besonders die schwächeren Schüler, auf welche nun keinerlei Rücksicht genommen wird, befürchten eine radikale Reduzierung der Schülerzahl bis zum Jahresende oder über das folgende Schuljahr.
+ Durch die Lärmentwicklung können die Schüler der letzten Bänke dem Unterricht schwer folgen und haben außerdem Schwierigkeiten.
+ Wir hatten im ersten Jahr verschiedene Professoren, und es kommt insofern zu Schwierigkeiten, da der Lehrstoff unterschiedlich erarbeitet wurde, und immer ein Teil der Schüler schwer dem Unterricht folgen kann. (Auszüge)

Von einer Klassensprecherversammlung der ganzen Schule und vom Elternverein der Schule wurde eine entsprechende Resolution an den Landesschulrat gesandt.

Nach einigem Hin und Her wurde eine Kompromißlösung ausgehandelt: Die Klasse bekommt einen geteilten Unterricht in Italienisch, Englisch, Maschineschreiben und Turnen. Auch der Förderunterricht in den übrigen Hauptgegenständen wird wieder aufgenommen.

Zu dieser Regelung, der jetzt sowohl Eltern als auch Schüler zugestimmt haben, kam es weil die zuständigen Behörden (Landesschulrat und Direktion) große Angst vor weiteren Protestaktionen hatten. Denn würde so etwas bekannt, könnte das Beispiel ja in ganz Kärnten "Schule machen". Präsident Kircher des Landesschulrates sagte:"Die Aktion in Feldkirchen war vielleicht etwas voreilig!"

Die "Kärntner Tageszeitung" berichtete über die Resolution unter dem Titel: "Lösung kam vor Schülerkrieg".

Diese Lösung ist nicht das, was Schüler und Eltern wollten. Ihrem beginnenden Kampf gegen die Stundenkürzungen nach dem Erlaß des Unterrichtsministeriums und gegen die dadurch erfolgte Klassenzusammenlegung wurde von der SPÖ die Spitze abgebrochen, indem Schüler und Eltern auf deren Kompromißvorschläge eingeschworen würden.

Schüler wie Eltern werden jetzt darauf achten müssen, ob der Unterricht ihren Vorstellungen gemäß abläuft und ob diese Lösung im Interesse einer anständigen Ausbildung der Schüler ist.

B.H. Klagenfurt

Wiener Stadtschulratpräsident Schnell an die Studenten der Pädak
Nach dem Studium seid ihr arbeitslos

Völlig überfallsartig wurde vor einiger Zeti den Studenten der Pädagogischen Akademie Ettenreichgasse ein Brief vom Amstsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Schnell, verteilt. Der Erhalt des Briefes mußte, noch bevor man seinen Inhalt kannte, durch Unterschrift bestätigt werden. In dem Brief meint Dr. Schnell, es ".... muß mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß mit der Ablegung der Lehramtsprüfung kein Anspruch auf eine Anstellung verbunden ist."

Weiters wird uns"noch mitgeteilt", daß, sollte man doch Lehrer einstellen, Herren bevorzugt werden, da 80 % Frauen im Lehrberuf sind. Am 11.10. gab es anläßlich dieses Briefes eine Hörervollversammlung.

Auf dieser wurde ein"Komitee gegen den Lehrerstop"eingerichtet, das die Aufgabe hat:

- Fakten zu sammeln über die derzeitige Schulsituation
- anhand dieser Fakteen aufzuzeigen, daß der Anstellungsstop eine Sparmaßnahme der Regierung darstellt, die gegen die Interessen aller Schüler, Eltern und Lehrer gerichtet ist
- verschiedene Organisationen - Gewerkschaften, Elternbeirat, Lehrervereine - anzuschreiben und zur Mitarbeit aufzufordern,
- Veranstaltungen zu planen, die zur breiten Information der Öffentlichkeit führen sollen.

Die Forderungen, die aufgestellt wurden, sind:

"Einstellung aller geprüften Lehrer"

"Keine Prüfungsverschärfungen"

Nach einem Bericht der Zelle Pädak/MLS

Die Kernpunkte

Ungeachtet der Versprechungen, die führende SPÖ-Politiker der SP-Jugend abgegeben haben, um diese zu verwirren und zu beruhigen, wurde die Regierungsvorlage zur Wehrgesetznovelle 76 bereits am 27.April dem Parlament vorgelegt. Seit Anfang Juni ist ein parlamentarischer Unterausschuß mit diesem Gesetz befaßt. Es soll noch im November vom Parlament beschlossen werden und am 1.Jänner 1977 in Kraft treten.

Was sind nun die entscheidenden Punkte der Regierungsvorlage? Es sind dies:

- Maßnahmen zur Verbesserung der Einsatzfähigkeit des Bundesheeres, insbesondere bei der Mobilmachung,
- Maßnahmen zur Verbesserung der Kaderpersonallage, insbe-

Steiermark-Hauptschule
Wie der Sparerlaß gehandhabt wird

An der Hauptschule Frohnleiten stellte sich zu Schulbeginn heraus, daß ein Hauptschullehrer und eine Hauswirtschaftslehrerin fehlten; außerdem war ein Kollege der Schule zugewiesen worden, der ab 1. Oktober seinen Zivildienst ableisten mußte.

Die Folge davon war, daß alle Lehrer Überstunden machen mußten, viele bis zu 10 pro Woche, daß Stunden entfielen, daß kein längerfristiger Stundenplan erstellt werden konnte, weil niemand wußte, ob und wann noch jemand an die Schule kommen würde.

Nach hartnäckigen Interventionen des Direktors ist nun "Ersatz" für den zum Bundesheer eingezogenen Kollegen gekommen und eine weitere Kollegin für zwei (!) Monate an die Schule versetzt worden. So haben manche Schüler nach drei Wochen schon einige Lehrerwechsel hinter sich, und haben in der vierten Schulwoche erstmalig einen längerfristigen Stundenplan, wodurch ein planmäßiger und kontinuierlicher Unterricht bisher kaum möglich war. In vielen Klassen haben die Mädchen noch immer keinen Handarbeitsunterricht, während auf der anderen Seite Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen oft ein Jahr oder länger auf eine Anstellung warten müssen.

AW/ Ortsgruppe Graz

der Regierungsvorlage zur Wehrgesetznovelle

sondere die Einführung der Zwangsverpflichtung, sowie eine
- tiefgreifende Veränderung des Stellungssystems, die bereits die Stellungspflichtigen einer straffen militärischen Zucht und Ordnung ausliefern soll.

Verbesserung des Mobilmachungssystems

Um eine rasche Mobilmachung zu gewährleisten, sollen dem Verteidigungsminister neue Rechte gegeben werden. War bisher die Anordnung von "außerordentlichen Übungen" (Teilmobilmachung) und des "außerordentlichen Präsenzdienstes" (Vollmobilmachung) nur nach Einholung einer Empfehlung des Landesverteidigungsrates möglich, so heißt es im geplanten §28, Abs.4.: "Bei außergewöhnlichen Verhältnissen kann der Bundesminister für Landesverteidigung im Rahmen einer Ermächtigung durch die Bundesregierung als vorsorgliche Maßnahme zur Verstärkung der Verteidigungsbereitschaft die Einberufung von Wehrpflichtigen zu außerordentlichen Übungen unbeschadet ihres bereits abgeleisteten und nach den Bestimmungen diess Bundesgesetzes allenfalls noch zu leistenden Präsenzdienstes verfügen." Eine weitere wichtige Maßnahme betrifft den sogenannten "Beurlaubtenstand in der Reserve". Bisher bildeten Wehrpflichtige "für die Dauer von 3 Monaten nach ihrer Entlassung aus dem Grundwehrdienst den Beurlaubtenstand in der Reserve" (§ 16,4). Für diesen Beurlaubtenstand war bisher lediglich eine besondere Meldepflicht, sowie die Einholung einer Bewilligung zum Verlassen des Bundesgebietes (in der Dauer von mehr als 3 Tagen) vorgesehen. Das soll drastisch geändert werden. "Zur Gewährleistung einer möglichst raschen Einsatzfähigkeit soll die Dauer des Beurlaubtenstandes in der Reserve von drei auf sechs Monate erhöht werden... der Bundesminister für Landesverteidigung (soll) die Einberufung dieser Wehrpflichten zum außerordentlichen Präsenzdienst im Bedarfsfall verfügen können (§28, neuer Absatz 5)" (Erläuterungen zur Regierungsvorlage) Was ein solcher Bedarfsfall ist, entscheidet der Verteidigungsminister. Neu ist auch die Bestimmung, daß "Wehrpflichtige, die ihren Aufenthalt für länger als sechs Monate in das Ausland verlegen ...dies unverzüglich dem zuständigen Militärkommando zu melden (haben). Die Rückverlegung des Aufenthalts in das Inland ist vom Wehrpflichtigen binnen drei Wochen dem zuständigen Militärkommando zu melden" (§16,Abs.4).

Ausweitung der Ableistungspflicht für Truppenübungen und Zwangsverpflichtung

Für die Wehrpflichtigen sind seit der Reform 1971 Truppenübungen im Höchstausmaß von 60 Tagen verpflichtend vorgeschrieben. Allerdings ist bisher die Einberufung zu solchen Waffenübungen nur bis zum 35.Lebensjahr und innerhalb einer bestimmten Frist nach Ende des Grundwehrdienstes möglich. Das Wehrgesetz soll nun dahingehend geändert werden, "daß die für die Durchführung der Truppenübung in der Gesamtdauer von 60 Tagen geltende Bindung an einen äußerst eng begrenzten Zeitraum im Anschluß an die Beendigung des Grundwehrdienstes bzw. des freiwillig verlängerten Grundwehrdienstes entfällt. Des weiteren soll die Möglichkeit der Einberufung eines Wehrpflichtigen zu Truppenübungen bis zur Vollendung seines 40.Lebensjahres erweitert werden." (Erläuterungen zu §28, Abs.4). Das ist ein wichtiger Schritt hin zur Verlängerung der Wehrdienstzeit durch die Vermehrung der regelmäßigen Truppenübungen, einem alten Wunsch der Militärs. "Für das Zusammenwachsen der Einheiten (in der territorialen Landwehr, W.K.) stehen vorläufig lediglich die auf 13 Jahre aufgeteilten 6 Truppenübungen von je 10 Tagen Dauer zur Verfügung! Das ist zuwenig." (Generalmajor Duic in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift 5/75).

Ein weiteres Problem für die Militärs sind die fehlenden Kader für die Landwehr. Freiwillig melden sich zuwenig. "Es hat sich jedoch in mehrjähriger Praxis gezeigt, daß die erforderliche Zahl an geeignetem Kaderpersonal, vor allem im Bereich der Unterführer trotz intensiver Bemühungen und unter Einsatz ideeller und materieller Anreize auf freiwilliger Basis allein nicht gewonnen werden kann." (Erläuterungen)
Wenn sich zuwenig freiwillig melden, sollen aus den "Geeigneten" eben die notwendigen Kader zwangsverpflichtet werden. "Der zuständige Kommandant des Truppenkörpers...hat nach Anhören des zuständigen Einheitskommandanten... sowie des zuständigen Soldatenvertreters jene Wehrpflichtige, die nach ihren persönlichen Eigenschaften und ihrem Ausbildungsstand für eine Heranbildung zur Ausübung von Kaderfunktionen in Betracht kommen, spätestens mit Beendigung des 5.Monats ihres Grundwehrdienstes dem zuständigen Militärkommando mitzuteilen. Die Eignung der Wehrpflichtigen ist vom zuständigen Militärkommando mit Bescheid festzustellen." (Neuer § 28,Abs.7) Die Dauer der Kaderübungen beträgt 90 Tage für Offiziersfunktionen und 30 bis 60 Tage für andere Kaderfunktionen (§28, Abs.8) "Wehrpflichtige die für eine Heranbildung zur Ausübung von Kaderfunktionen geeignet sind (Abs.7), haben Kaderübungen in dem ihrer Eignung und den militärischen Erfordernissen entsprechenden Ausmaß nach Abs.8 zu leisten, sofern die notwendigen Kaderfunktionen aufgrund der Ableistung freiwilliger Kaderübungen nicht ausreichend besetzt werden können... Zu diesen Kaderübungen dürfen die Wehrpflichtigen der einzelnen Geburtsjahrgänge nur bis zu einem Anteil von höchstens 12% der Wehrpflichtigen ihres Geburtsjahrganges herangezogen werden." (§28, Abs.9)

Enorme Verschärfung des Stellungswesens

Die umfassendsten Änderungen werden bei der Neuregelung des Stellungswesens vorgenommen. Statt der bisherigen Stellungskommissionen, die für bestimmte kurzfristige Zeiträume in den einzelnen politischen Bezirken zusammentreten, sollen beim vorgesehenen System die Stellungen in einigen wenigen, neuzubauenden, modernst eingerichteten Stellungszentralen erfolgen, in denen die Stellungskommissionen ganzjährig tätig sein werden. Bisher waren in der Kommission ein rechtskundiger Beamter der örtlichen Verwaltungsbehörde und ein im öffentlichen Dienst stehender Arzt als Zivilisten beigegeben.(§20,Abs.1). Die neuen Stellungskommissionen werden nurmehr aus Bundesheerangehörigen bestehen.

"Die Mitglieder der Stellungskommission sind aus dem Kreise der beim Militärkommando in Verwendung stehenden Beamten und Vertragsbediensteten vom zuständigen Militärkommandanten zu bestellen, und zwar als Vorsitzender ein Stabsoffizier, als weitere Mitglieder ein Stabsoffizier oder Hauptmann, ein Arzt sowie ein Bediensteter des gehobenen Dienstes mit mindestens einjähriger Verwendung im heerespsychologischen Dienst"(§ 20,Abs.2)

Waren die Wehrpflichtigen bisher nur verpflichtet, vor der Stellungskommission zu erscheinen, so soll jetzt die Stellungspflicht darüber hinaus die Wehrpflichtigen dazu zwingen, "sich hiebei den erforderlichen ärztlichen und psychologischen Untersuchungen unterziehen, die ihnen zum Zweck der Stellung zugewiesene Unterkunft in Anspruch zu nehmen sowie die zur Vorbereitung und Durchführung der Stellung an sie gerichteten Fragen zum angeordneten Zeitpunkt wahrheitsgemäß zu beantworten" (§23,Abs.1) Bei der medizinischen Untersuchung haben "die Stellungspflichtigen...auch eine Blutabnahme zum Zwecke der Blutuntersuchung zu dulden".(§23,Abs.2) "Da es sich hiebei um einen zwangsweisen Eingriff in die körperliche Integrität des Menschen handelt und die Vereinbarkeit dieser Maßnahme mit der geltenden Verfassungsrechtsordnung fraglich ist, soll die gegenständliche Bestimmung als Verfassungsbestimmung vorgesehen werden". (Erläuterungen)

Die Durchführung der Stellung soll mindestens 2 Tage dauern. Während dieser Zeit unterliegen bereits die Stellungspflichtigen voll der militärischen Gehorsamspflicht. "Stellungspflichtige und Personen, die sich freiwillig einer Stellung unterziehen, sind während der Dauer ihrer Anwesenheit in einer militärischen Unterkunft zum Zwecke der Stellung verpflichtet, die zur Durchführung der Stellung und zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung in der militärischen Unterkunft erforderlichen Weisungen der mit der Durchführung betrauten Angehörigen des Bundesheeres und der Heeresverwaltung, insbesondere der Mitglieder der Stellungskommission, pünktlich und genau zu befolgen." (§23,Abs.6)

Die Regierung rechnet offensichtlich mit Widerstand gegen das neue Stellungswesen, deshalb hat sie auch hohe Strafen vorgesehen. "Wer der Stellungspflicht nach §23,Abs.1 nicht nachkommt oder gegen die Pflicht zur Befolgung von Weisungen nach §23,Abs.6 verstößt, begeht eine Verwaltungsübertretung und ist mit Geldstrafe bis zu 30.000,- Schilling zu bestrafen." (§46) "Es erweist sich als erforderlich in einem neuen §46 Verwaltungsstraftatbestände zu schaffen, um Verstöße gegen die ... Stellungspflicht oder gegen die Pflicht zur Befolgung von Weisungen zur Aufrechterhaltung der Disziplin und Ordnung in den Stellungsunterkünften und zur reibungslosen Durchführung der Stellung ahnden zu können. Da die genannten Verstöße schwerwiegender Natur sein können, ist ein entsprechend hoher Strafrahmen vorgesehen." (Erläuterungen)

(Alle angeführten Zitate stammen aus der Regierungsvorlage zur Wehrgesetz-Novelle 1976, 162 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrats XIV.Geschäftsperiode).

W.K.

Korrespondenz von einer Truppenübung:
Reservisten wehren sich gegen Rechtlosigkeit

Vom 13.10. bis 22.10.1976 wurde ich zu einer 10-tägigen Sanitätstruppenübung nach Wien-Stammersdorf einberufen. Da es von den zuständigen Behörden niemand für wichtig erachtete, uns Reservisten davon zu unterrichten, daß die eigentliche Übung in Völtendorf bei St.Pölten stattfinden sollte, war die Verbindung zu Frauen und Angehörigen für mindestens 6 Tage abgebrochen. Bitten, die Verwandten verständigen zu dürfen, wurden abgelehnt. Am Truppenübungsplatz gab es kein Telefon, sodaß Frauen und Mütter eine Woche lang in Ungewißheit waren, was mit ihren Männern und Söhnen los war. Der Truppenübungsplatz besteht nur aus einem Stück sumpfigen Waldrand ohne jegliche bauliche Einrichtungen. Die ca.200 Mann wurden auf 5 Zelte aufgeteilt. Die Zelte waren jedoch so überfüllt, daß an ein normales Schlafen nicht zu denken war. Daß aber ein doppelt so großes Zelt wie ein Mannschaftszelt,gedacht als Vorführzeit für einen Filmabend, leerstand, schien den Offizieren und Unteroffizieren völlig in Ordnung.

Auf den Mißstand hingewiesen, wurde uns sogar erklärt, daß das Überbelegen der Zelte zu unserem eigenen Schutz gegen die Kälte sei. Daß die Zelte der Offiziere und Unteroffiziere mit Öfen ausgestattet waren, sei als Pikanterie am Rande erwähnt.

Dank einer gezielten Forderung unsererseits konnte das Doppelzelt ab dem 3.Tag belegt werden, sodaß sich wenigstens das Raumproblem halbwegs löste.

Da nach einigen Tagen ein beträchtlicher Teil der Kompanie mit schweren Verkühlungen in das Heeresspital bzw. in den Innendienst versetzt werden mußte, wurden Forderungen nach Heizmöglichkeiten laut. Obwohl jeder Reservist auch bei Nacht unter der Uniform noch einen Trainingsanzug trug, war man gegen die Kälte nicht geschützt, da fast alle von uns direkt auf dem stets aufgeweichten Boden mit nichts als einem dünnen Nylon-Regenschutz als Unterlage schliefen. Darauf hingewiesen erklärte der Kompaniekommandat (ein Hauptmann), daß wir froh sein sollten, überhaupt 3 Felddecken bekommen zu haben, da uns nur eine (!) zustünde. Auf die Möglichkeit des Kleider- und Schuhetrocknens angesprochen bekamen wir von ihm die Antwort, daß man sich in die nassen Schuhe Zeitungspapier stopfen solle, zu hören. Beschaffen konnten wir uns natürlich keines, da uns jegliches Verlassen des Truppenübungsplatzes verboten war.

Es wurde daraufhin ein Komitee gebildet, das nun die Forderungen nach Verbesserungen gezielt an die entsprechenden Kompetenzen stellte. Es konnten dank der Einigkeit innerhalb der Kompanie Teilerfolge erzielt werden. Z.B. wurde uns zugesichert, bei der nächsten Truppenübung Öfen aufzustellen.

Daß kaltes Waschwasser einem jungen Menschen nicht schadet, ist bekannt. Daß man aber sein fettes Eßgeschirr in kaltem Wasser reinigen muß, ist äusserst unhygienisch. Warmwasser gab es im Küchenzelt in beschränkter Menge (auf dem Truppenübungsplatz gibt es keine Wasserleitungen, das Wasser wurde täglich in Kanistern aus Stammersdorf geholt), sodaß sich vielleicht ein Drittel das Eßgeschirr ordentlich reinigen konnte - der Rest hatte eben am Abend im Tee die Fettaugen der Mittagssuppe. Daß das Ganze natürlich nicht zu trinken war, kann sich wohl jeder vorstellen. Der Rat eines Unteroffiziers, sich das Geschirr in "Kriegsmanier" mit Sand zu reinigen, konnte nur als dummer Scherz aufgefaßt werden, da wir uns inmitten einer Schlammlandschaft befanden.

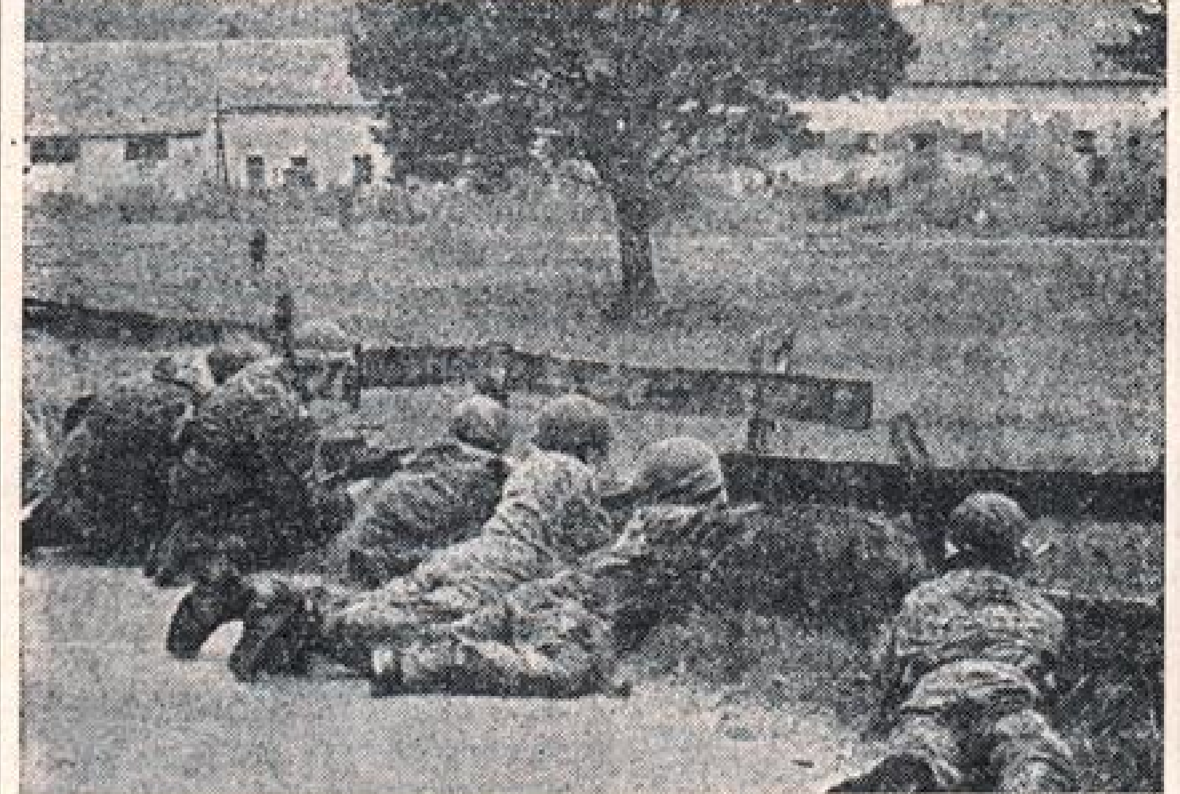
Ein weiterer Grund zu Beschwerden war das Essen. Qualitativ gab es nichts auszusetzen, doch war es so wenig, daß man kaum satt werden konnte. Auch in dieser Angelegenheit wurde der Kommandant zur Rede gestellt, obwohl wir mittlerweile wußten, daß seine Entgegnungen keine Diskussionsgrundlage waren. Wie zu erwarten,tat er auch dieses Problem mit den Worten "es gibt trockenes Brot in ausreichender Menge" ab. Daß das Brot meist stundenlang in Kartons neben dem Küchenzelt im Wald herumstand und bei dem ständigen Regen feucht und modrig war, schien für ihn der Qualität keineswegs abträglich zu sein. Da es aber in unseren Reihen Leute gab, die an Truppenübungen schon vorher teilgenommen hatten, wußten wir, daß diesen Truppen eine Sonderverpflegung zusteht. Ich will nicht sagen, daß uns die Sonderverpflegung vorenthalten wurde, aber daß es nur Schokolade und Obst gewesen sein soll, das wir in der Kaserne auch bekommen hätten, erscheint mir doch etwas zu wenig.

Ein besonderes Beispiel wie sehr man sich gegen die Unterdrückung beim Bundesheer wehren muß, sind die Beschimpfungen. Während man die Grundwehrdiener zwingt, sich an die absurdesten Vorschriften zu halten, glauben die Offiziere, sich alles leisten zu können. Niemand hat es notwendig, sich von seinen Vorgesetzten duzen zu lassen (ADV, §34), obwohl dies von einigen Vorgesetzten mit größter Selbstverständlichkeit so gehandhabt wird. Auch Schimpfnamen, wie "Blödmann", "Trottel" usw. sind nicht erlaubt. Bei uns traf es leider nur Leute, die die Beschimpfungen überhörten bzw. phlegmatisch blieben.

Alle diese Mißstände wirkten sich natürlich auf die Moral der Truppe aus. Zeitweise herrschte auch unter den Offizieren und Unteroffizieren totale Planlosigkeit, die sich darin äußerte, daß ein Gegenbefehl den anderen jagte. Wen wundert's, daß sich die Mehrheit um Befehle überhaupt nicht mehr kümmerte.

Eines haben wir jedoch gelernt. Daß es nämlich ohne Reservistenkomitee in unserem Fall beim nächsten Termin nicht gehen wird, wenn wir uns gegen Unterdrückung und Rechtlosigkeit beim Bundesheer wehren wollen. Die Aktionen unseres Komitees bei der letzten Truppenübung sollten ein vielversprechender Anfang gewesen sein.

P.W., Reservist/Wien



Das Bundesheer wird auf imperialistische Kriege und auf die Niederschlagung von Volkskämpfen vorbereitet

Truppenübung:
Schutz für Offiziere

Vom 13.bis 22.9. wurde ich zu einer Beorderten Truppenübung (B-TÜ) nach Leoben einberufen.

Bei einer B-TÜ wird man schon für eine Mobilmachung zusammengestellt. In diesen 10 Tagen probten wir den "Ernstfall". Der Kompaniekommandant zu uns: "Folgende Lage: Es besteht die Gefahr, daß Österreich aus Osten oder Süden (Jugoslawien) angegriffen wird. Im Süden der Steiermark arbeiten bereits subversive Elemente; sie traktieren und berauben die Landbevölkerung, es wurden durch sie auch mehrere Sabotageakte verübt (Brücken gesprengt usw.). Unsere Aufgabe ist es nun, die Bevölkerung vor diesen Elementen zu schützen, damit sich solche Übergriffe nicht weiter ausbreiten."

Wir hatten ein kleines Dorf im Raum Traboch, in der Nähe von Leoben zu"verteidigen". Ohne die Bauern zu fragen, wurden die Jeeps und schwere LKWs auf ihren Grundstücken abgestellt. Der Brigadegefechtsstand, wo sich die hohen Offiziere (Hauptmann, Major, usw.) aufhielten, wurde im Extrazimmer des Gasthauses errichtet. Ich wurde nun als Sicherheitsposten vor die Tür gestellt, damit sie nicht von "ungebetenen Gästen" (sprich Volk) gestört würden.

Dies hat mir deutlich gezeigt, wer vor wem geschützt werden muß.

P.Bü.
Knittelfeld

Trostkaserne in Wien
Wer keine Acht Monate macht, kommt ins Burgenland

Am 1.Juli bin ich in die Trostkaserne in Wien-Favoriten eingerückt. Von Anfang an wurde uns klargemacht, daß sie in dieser Kaserne nur "Durchdiener", die alle 8 Monate Präsenzdienst auf einmal machen, brauchen können.

Es hat eine Belehrung gegeben, in der die scheinbaren Vorteile davon klargemacht wurden. Nach sechs Wochen (Ende der Grundausbildung) war es dann so weit. Jeder wurde einzeln aufgerufen und gefragt, ob er 6 oder 8 Monate machen will. 110 Leute wollten nur 6 Monate bleiben. Als alles Reden nichts mehr nützte, wurde uns mit einer Versetzung nach St.Johann im südlichen Burgenland gedroht. So ganz nebenbei erzählte der Spieß, daß diese Kaserne 8 Kilometer vom nächsten Ort entfernt sei, daß die Zugsverbindung sehr ungünstig und die Ausbildung hart sei. Die nur schlecht verhohlene Drohung wirkte. Es blieb nur ein Grundwehrdiener übrig, der aus beruflichen Gründen auf den 6 Monaten bestand. 14 Tage später wurde er ins südliche Burgenland versetzt, obwohl er eine Familie in Wien hat.

G.H.
Ortsgruppe Wien, dzt. GWD

Wiener Truppenabbaukonferenz:

Ein imperialistischer Schacher der beiden Supermächte

Die seit 30. September allwöchentlich am Donnerstag stattgefunden 4 Sitzungen im Rahmen der zehnten Runde der Wiener (MURFAAMCE-) Truppenabbaukonferenz (siehe auch Klassenkampf Nr. 4/76 - "Das Wettrüsten geht unvermindert weiter") haben nicht mehr gebracht als den Verweis von NATO und Warschauer Pakt - (WAPA-) Seite auf früher gemachte Vorschläge. So meinte auf der 114. Sitzung der Niederländer Willem de Vos - übrigens des einzige Redner auf dieser Sitzung -, daß der NATO-Vorschlag vom Dezember 1975 der bedeutendste Schritt während der gesamten Verhandlungen gewesen sei. Dem "einmaligen Vorschlag" zufolge sollten die im Reduzierungsraum Mitteleuropas stationierten US-Truppen um 29.000 Mann sowie atomare Sprengköpfe und nukleare Trägersysteme um 1.000 verringert werden. Auf der andren Seite sollte die Sowjetunion 68.000 Mann und 1.700 Panzer abziehen.

Selbstredend fühlte sich die Sowjetunion dabei übervorteilt und konterte im Februar 1976 mit einem neuen Vorschlag ihrerseits, der sich in den Grundzügen nicht wesentlich vom ursprünglichen WAPA-Vorschlag (siehe Klassenkampf 4/76) unterschied. Die USA sollten in einer ersten Phase ihre in der BRD stationierten Truppen um 20.000 bis 30.000 und die UdSSR ihre in der DDR stationierten Truppen um 22.000 bis 33.000 reduzieren. In einer zweiten Phase sollten die gesamten NATO- und WAPA-Streitkräfte um 15 % verringert werden. Ohne Frankreich, das bei den Verhandlungen nur Beobachter ist, ergäbe sich im Endeffekt eine zahlenmässige WAPA-Überlegenheit von 113.000 Mann, also bei absolut verringerten Streitkräften eine verhältnismässig stärkere Position des WAPA (Berechnung nach Österreichische Militärische Zeitschrift, Nr. 3/76).

Beachtenswert an den neueren Vorschlägen auf der Wiener Truppenabbaukonferenz ist die angedeutete Bereitschaft der beiden Supermächte, vorerst nur ihre eigenen Truppen in Mitteleuropa zu verringern, was freilich jedesmal untrennbar verbunden sein soll mit nachfolgenden Gesamtreduzierungen im NATO- und WAPA-Bereich.

Dies bezeichnete der DDR-Delegationschef Üser auf der 113. Sitzung als Bereitschaft des WAPA zu Kompromissen.

In dieselbe Kerbe schlug auf der jüngsten Sitzung am 21. Oktober der neueingesetzte sowjetische Delegationsleiter Tarasow, der die NATO zu größerer Kompromißbereitschaft aufforderte und die flexible und entgegenkommende Haltung des WAPA in den bisherigen drei Verhandlungsjahren herausstrich (lt. Wiener Zeitung, 22.10.76).

Tatsächlich war die Sowjetunion so wie die westlichen Verhandler bisher flexibel genug, um jeder konkreten Vereinbarung auszuweichen.

Wenn die eine Supermacht, die sozialimperialistische Sowjetunion, neuerdings merklich stärker auf einen ersten tatsächlichen Schritt begrenzter Truppenverminderung im Rahmen der MURFAAMCE-Gespräche drängt, so ist das erklärlich.

Der Sozialimperialismus baut auf die eigene Überlegenheit und spekuliert mit dem Friedenswunsch der europäischen Völker

Offensichtlich befindet sich die Sowjetunion gegenüber den USA im Ringen um die Vorherrschaft über Europa in einer vorteilhafteren Situation, da sie im Kriegsfall ihre Truppen auf dem Landweg und in viel kürzerer Zeit an die Front schaffen kann. Sicher nicht aus Entspannungsgründen wird z.B. das osteuropäische Eisenbahnnetz mit der russischen Spurweite zu vereinheitlichen versucht. Sicher nicht aus Entspannungsgründen sind sowjetische Truppen zu Hunderttausenden in Polen, der DDR, der Tschechoslowakei und Ungarn an den Grenzen zum Westen stationiert, so wie nach wie vor etwa 200.000 US-Soldaten allein in Westdeutschland stehen.

Beide Supermächte konzentrieren gegenwärtig ihre strategischen Anstrengungen, um die Vorherrschaft über Europa zu erlangen als Sprungbrett für die Erringung der Herrschaft überdie ganze Welt. Dabei befindet sich der sowjetische Sozialimperialismus auf dem Vormarsch und unternimmt sichtbare Vorbereitungen, um im Kriegsfalle mittels einer Zangenbewegung Westeuropa vom Norden und Süden her einzukreisen und sich einzuverleiben. Ein begrenzter und praktisch kaum ins Gewicht fallender Truppenabbau in Mitteleuropa liefe diesem Kalkül des Sozialimperialismus nicht zuwider und würde vor allem als wichtige "Ergänzung der politischen Entspannung durch die militärische " hochgejubelt, um die Völker Europas einzuschläfern und über die tatsächliche Kriegsgefahr hinwegzutäuschen.

J.R.

Neues Berufschulfach:

»Politische Bildung« oder »wir spielen Demokratie«

Seit Schulbeginn gibt es einen "neuen" Gegenstand in den Berufschulen. Die "Staatsbürgerkunde" wurde durch die "Politische Bildung" ersetzt.

Das alte Staatsbürgerkundebuch ist an etlichen Schulen noch immer in Verwendung - man will mit wenig Aufwand bessere Ergebnisse erzielen.

Nach wie vor besteht die Aufgabe dieses Gegenstandes an den Berufschulen darin, gegen alle gegenteiligen Erfahrungen der Werktätigen mit dem bürgerlichen Staat und seinem aufgeblähten Apparat, diesen Staat als Einrichtung im Interesse des Volkes hinzustellen. Auf Wandsprüchen, die in jeder Berufschule hängen, wird darauf verwiesen, daß "alle Macht vom Volk ausgeht". Die Prüfungen in Staatsbürgerkunde bestanden früher darin, die Instanzen, Ämter, Posten, Parteien, Gremien, Pfründe der aufgeblähten Bürokratie des bürgerlichen Staates aufzuzählen und so das ganze gut zu heißen. Zwar mußte jeder wohl oder übel den Stoff lernen und wußte für die Dauer der Prüfung etwa über alle verschiedenen Gerichtswege Bescheid, aber an Demokratie konnte deswegen keiner recht glauben.

Wieso auch: eine Demokratie, wo es nur darum geht, die Interessen von wenigen Geldgewaltigen zu sichern, wie die Gemeinde am Beispiel ARENA bewiesen hat, ist nichts Glaubwürdiges.

Die Jugendlichen haben nicht viele Erfahrungen, aber sie sehen, daß die Praxis anders ausschaut, als die Versprechungen im Staatsbürgerkundeheft. Das wurde auch der Schulbürokratie klar und deshalb hat sie mit der "Politischen Bildung" einen anderen Weg eingeschlagen. Wir sollen nun auch in der Praxis von der "Demokratie" in Österreich überzeugt werden und spielen deshalb "Mitbestimmen". Was schon der erste Abstrich ist: die "Macht geht zwar vom Volk aus", - aber das Volk darf nur mitbestimmen.

Das Demokratiespiel sieht so aus, daß unsere Klasse einen Brief mit irgendwelchen Anliegen schreibt - zum Beispiel fehlende Ampel, Zebrastreifen, Schutzdach bei Haltestellen - und diesen an die "zuständige" Stelle schickt. Im Unterricht heißt es: "die Staatsbürger müssen über die Mitbestimmungsmöglichkeiten informiert werden". Viele in unserer Klasse waren aber der Meinung, daß es sowieso keinen Sinn hat, einen Brief zu schreiben, weil dieser mit Sicherheit im Papierkorb landet. Denn wenn die Gemeinde sich über 70.000 Unterschriften für die ARENA hinwegsetzt, wird sie sich erst recht über unseren Brief hinwegsetzen.

Als es in der Klasse als erwiesen galt, daß solche Briefe nichts bringen, meinte die Lehrerin nur noch: "Wir müssen eben den Brief verfolgen und wenn wir die Aufstellung einer Ampel zum Beispiel nicht erreichen können, wird die nächste Klasse eben den Brief und die Amtswege weiter verfolgen. Wenn die nicht, dann eben die nächste......".

So zeigt es die Neueinführung der "politischen Bildung", nicht der Unterrichtsgegenstand ist schuld, wenn die Werktätigen nicht an den bürgerlichen Staat und seine "Demokratie" glauben. Der Grund dafür liegt vielmehr in den gesellschaftlichen Verhältnissen. Daß das immer mehr Menschen erkennen, wird die Bourgeoisie auch mit zehn neuen Unterrichtsfächern nicht aufhalten können.

J.S.

Der albanische Delegierte vor der UNO zur Frage der europäischen Sicherheit

Genosse Reis Malile, Leiter der Delegation und stellvertretender Außenminister der Volksrepublik Albanien ergriff am 4.10. vor der 31. Vollversammlung der UNO das Wort. Aus seiner Rede bringen wir Auszüge:

"Die Hauptquelle aller die Völker bedrohenden Gefahren, der in der Welt bestehenden Spannungen und Unsicherheit ist die Aggressions- und Hegemoniepolitik, die die US-Imperialisten und die sowjetischen Sozialimperialisten betreiben".

"Es gibt keinen Kontinent und keine Region auf der Welt, es gibt keine Konflikte und Unruheherde, wo die beiden imperialistischen Supermächte nicht ihre Hand im Spiel hätten, es gibt kein wichtiges internationales Problem, wo sie nicht versuchten, die Rolle des Schiedsrichters zu spielen und ihren Willen zu diktieren."

Auf die Ergebnisse der sogenannten "Europäischen Sicherheitskonferenz" eingehend, sagte der Leiter der albanischen Delegation:

"Im Europa nach Helsinki haben die Gefahren für die nationale Unabhängigkeit und die Sicherheit der europäischen Völker nicht abgenommen, sondern zugenommen". "Die Unsicherheit ist noch größer. Die Militärstützpunkte der beiden Supermächte, die aggressiven Militärblöcke der NATO und des Warschauer Paktes blieben unangetastet, und unter dem Deckmantel, sich jeweils voreinander zu verteidigen und das Gleichgewicht aufrechtzuerhalten, vergrößerten die USA und die UdSSR ihre Anstrengungen, um sich neue Stützpunkte zu verschaffen, ihre aggressiven Blöcke zu verstärken, indem sie zugleich versuchten, andere Staaten dafür einzuspannen. Die Militärmanöver der NATO und des Warschauer Paktes wurden häufiger und bedrohlicher. Die Militärmanöver imperialistischer Mächte waren und sind stets das Vorspiel zu Aggressionen. Es ist eine reine Illusion mit sogar gefährlichen Folgen, zu denken und zu glauben, es genüge, die Besschlüsse von Helsinki über die Vorankündigung dieser Manöver und die Entsendung von Beobachtern der jeweiligen Seite anzuwenden, damit sich ihre Gefährlichkeit verringere und die Möglichkeit des Krieges und der Aggression ausgeschaltet würde.

Die Haltung der Volksrepublik Albanien zur Frage der europäischen Sicherheit ist wohlbekannt. Die albanische Delegation möchte erneut betonen, daß der Friede und die wirkliche Sicherheit in Europa nicht verwirklicht werden können ohne wirkliche Maßnahmen zu ergreifen, um die Gefahren zu beseitigen, die den europäischen Völkern durch die aggressive Politik der beiden Supermächte drohen, und um die bestehende Situation auf diesem Kontinent zu verändern.

In erster Linie erfordert dies, die aggressiven Blöcke der NATO und des Warschauer Paktes aufzulösen, die amerikanischen und sowjetischen Truppen von den Territorien der europäischen Länder abzuziehen, alle Militärstützpunkte der beiden Supermächte zu schleifen, ihre Militärmanöver in der Nähe der Grenzen souveräner europäischer Länder zu verbieten und ihre Kriegsflotten aus dem Mittelmeer zu entfernen. Jede Illusion über den Wert der in Helsinki gebilligten Beschlüsse, weit davon entfernt dem Frieden und der europäischen Sicherheit zu dienen, wird von den beiden Supermächten zum Schaden der Lebensinteressen der Völker Europas ausgenutzt werden."

Helsinki: Nicht Entspannung, sondern Betrug ist das Ergebnis

Viel Wind machten die beiden Supermächte um die Beschlüsse der Europäischen Sicherheitskonferenz von Helsinki. Die getroffenen Vereinbarungen sollten angeblich das offenere Zusammenleben der Völker Ost- und Westeuropas regeln, und so einen Beitrag zur Entspannung zwischen den beiden imperialistischen Militärbündnissen darstellen.

Eine der Vereinbarungen sieht vor, militärische Manöver mit mindestens 25.000 Mann teilnehmender Truppenstärke dem Gegner zu melden und Beobachter zu solchen Übungen zuzulassen. NATO-Kreise werfen dem Osten nun vor, "Manöver systematisch knapp unter der magischen Zahl von 25.000 (zu halten) ..., sodaß die Meldung entfällt". Gleichzeitig befürchtet die NATO, daß der "Eindruck" entstehen könnte, "die NATO sei viel 'militaristischer'.." (Presse, 27.9.)

In den vergangenen 12 Monaten hat der Warschauer Pakt nur 3 Manöver, eines davon mit nur 10.000 Mann, gemeldet. Die NATO hat insgesamt 7 Manöver, davon 4 mit weniger als 25.000 Teilnehmern, bekanntgegeben. Zu den im Juli 76 von der Sowjetunion abgehaltenen Manövern in der Nordsee hatten die Sozialimperialisten, die besonders intensiv den Entspannungschwindel betreiben, als "vertrauensbildende Maßnahme" ausländische Beobachter eingeladen. Drei norwegische Militärattaches berichteten anschließend, daß sie die militärischen Übungen ganze vier Stunden lang von einem festen Standort aus beobachten durften, und daß sie so gut wie keine Auskünfte über Art der Manöver und die teilnehmenden Verbände bekommen hätten. Dafür waren sie zwei Tage lang bei Kriegsdenkmälern herumgeführt worden. (nach Frankfurter Allgemeine, 9.7.)

Wenn man sich die Zahl der allein über den Sommer in den Zeitungen gemeldeten Manöver vor Augen führt, muß man zu dem Schluß kommen, daß dieser Eindruck tatsächlich der Wirklichkeit entspricht.

Offensichtlich zergliedern NATO und Warschauer Pakt ihre massierten militärischen Großaufmärsche von Waffen und Truppen in einzelne, kurz aufeinander folgende Übungen, um den "Eindruck des Militarismus" zu vermeiden.

Die beiden Supermächte ringen um Weltherrschaft und sie konkurrieren dabei insbesondere um den Einfluß in Europa. Mit den Dokumenten von Helsinki wollten sie den Völkern den Willen zur friedlichen Zusammenarbeit vorheucheln. Es sind die Taten der imperialistischen Großmächte selbst, die in den Entspannungsschleier von Helsinki immer tiefere Löcher reißen und es den Völkern erleichtern, den in Wahrheit aggressiven Charakter der beiden imperialistischen Räuber zu durchschauen.

M.Z.

Das Finanzkapital

Alle vier Jahre finden in den USA Präsidentschaftswahlen statt. In wenigen Tagen ist es wieder soweit. Jimmy Carter von der demokratischen Partei und der derzeitige Präsident Gerald Ford von der republikanischen Partei hausieren um Wählerstimmen. Worum geht es bei diesen Wahlen ?

Der Kampf der Völker der Dritten Welt um nationale Befreiung und Unabhängigkeit, vor allem die glänzenden Siege der Völker Indochinas und der Völker Afrikas haben der Supermacht USA viele ihrer früheren Einflußgebiete entrissen.

Die bestehende Weltwirtschaftsordnung befindet sich in Umwälzung und der US-Imperialismus, der in der Vergangenheit davon am meisten profitierte, erleidet dadurch die schwersten Schläge. Die verschärfte Rivalität mit der zur zweiten imperialistischen Supermacht aufgestiegenen Sowjetunion, sowie das relative Erstarken der imperialistischen Länder Westeuropas drängen die USA in die Defensive und schwächen ihre bislang unangefochtene Position im Geschäft der Ausbeutung fremder Völker und Länder. Der US-Kapitalismus selbst befindet sich seit einigen Jahren in seiner schwersten Wirtschaftskrise seit dem Ende der Zwanziger-Jahre. Derzeit beträgt die Arbeitslosigkeit offiziell fast 8%. Seit Monaten steigt die Zahl der Arbeitslosen wieder. Tatsächlich dürften an die 13 Prozent arbeitslos sein, da viele die Arbeitssuche aufgegeben haben und viele andere nach einiger Zeit von den Statistikern in die Kategorie der Fürsorge-Fälle abgeschoben werden. Die Inflation ist weiterhin hoch. Seit Monaten verlangsamt sich das Wirtschaftswachstum wieder. Brachliegendenden Produktionsmitteln einerseits steht - verglichen mit dem zweiten Quartal 1975 - ein durchschnittliches Wachstum der Profite um mehr als 30% für das zweite Quartal 1976 auf Seiten der Finanzkapitalisten gegenüber. (International Herald Tribune, 14./15.8.1976)

Die Hauptthemen des Wahlkampfes

Die seit Jahren hohen Arbeitslosen- und Inflationsraten sowie Steuer-und Tariferhöhungen haben tiefe Unruhe bei den werktätigen Massen ausgelöst und deren Kampfbereitschaft verstärkt. Die außenpolitischen Niederlagen des US-Imperialismus, der Watergate-Skandal, die internationale Lockheed-Schmiergeldaffäre, das Beleuchten der

US-Präsidentenwahlen

steht sowohl hinter Ford als auch hinter Carter

FBI- und CIA-Tätigkeiten und anders mehr, haben einmal mehr die Verfaultheit des US-Imperialismus dokumentiert und zusammen mit der allgemeinen Verschlechterung der Lebensbedingungen breitester Schichten zu deren Desillusionierung bezüglich des"Landes der unbegrenzten Möglichkeiten" beigetragen.

Diesen Stimmungen mußte das Finanzkapital Rechnung tragen, um weiterhin die Massen an seine imperialistische Politik zu ketten zu versuchen. Daher stehen Fragen wie Arbeitslosigkeit, Inflation, Steuern, die Aufblähung des bürokratischen Staatsapparates und die Außenpolitik im Mittelpunkt der öffentlichen Reden und Debatten. Die Kandidaten überbieten sich



Fabrikarbeiter in Milwaukee, Wisconsin, begrüßen Jimmy Carter auf einer Wahlveranstaltung mit der Losung: "Sieg durch unseren Kampf - nicht durch Wahlen!"

gegenseitig bei dem Versuch, den Massen das Blaue vom Himmel zu versprechen. Ein Gutteil des Wahlkampfes besteht darin, daß sich Ford und Carter ihre verlogenen Propagandaslogans gegenseitig nachweisen und so versuchen, den Gegner auszustechen. Präsident Ford will Arbeitsplätze durch direkte finanzielle Spritzen für die Wirtschaft schaffen, Carter will das über ein Regierungsprogramm. Beide tun so, als ob Arbeitslosen- und Inflationsraten vom guten Willen der Politiker abhingen und nicht notwendiges Resultat des kapitalistischen Konkurrenzkampfes wären.

Carter beschuldigte Ford bei einer Fernsehdebatte, die Armen zu sehr mit Steuern zu belasten und verlangte eine Umverteilung der Steuerlasten auf Kosten der Konzerne. Bei einem Mittagessen mit 52 Vertretern des Finanzkapitals erklärte Carter jedoch gleichzeitig, daß er sich mit der Diskussion um eine Steuerreform bis "mindestens ein Jahr nach dem Einzug ins Weiße Haus" Zeit lassen würde. (Time, 2.8.1976) Wie bisher sollen auch unter Carter von US-Firmen im Ausland gezahlte Steuern jenen gutgeschrieben werden; er "würde amerikanische Investitionen im Ausland weiterhin fördern und, wenn möglich, sogar verstärken"; und er "wird sich sehr stark auf die Hilfe von Geschäftsleuten beim Regieren stützen" (New York Times, 23.7.76). Klarer kann Carter seine Dienste dem Finanzkapital wohl kaum anbieten.

Positionen stärken und eine Konfrontation vorbereiten

Welche Interessen die Präsidentschaftskandidaten wirklich verfolgen, zeigte sich insbesonders bei der außenpolitischen Fernsehdebatte der beiden Kandidaten am 6.Oktober. Schon früher hatte Außenminister Kissinger Carters außenpolitisches Konzept als im Wesentlichen mit der gegenwärtigen Außenpolitik übereinstimmend bezeichnet. Ein hoher Beamter des Außenministeriums versicherte, daß es "keine größeren Veränderungen in der US-Außenpolitik" geben wird, denn "die Interessen der USA (sprich: der US-Bourgeoisie) gehen über die jeweilige Regierung hinaus" (International Herald Tribune, 6.8.1976) Tatsächlich ging es bei der Fernsehdebatte nur um Nuancen der Gangart in der Außenpolitik, insbesondere um die Frage, wie der US-Imperialismus im Ringen um die Weltherrschaft gegenüber der sozialimperialistischen Sowjetunion eine weitere Schwächung seiner Positionen vermeiden kann. Die Äußerungen Fords und Carters über die ihrer Meinung nach unantastbaren Einflußgebiete der beiden Supermächte in Ost- und Westeuropa unterscheiden sich nur geringfügig voneinander. Ebenso besteht grundsätzliche Einigkeit darüber, daß den US-Konzernen ihr Einfluß in den Ländern der Dritten Welt mit allen Mitteln des politischen Drucks und nötigenfalls mit militärischer Gewalt erhalten werden muß. So verspricht etwa Carter eine stärkere Unterstützung für die israelischen Zionisten, die direkten Statthalter des US-Imperialismus im Nahen Osten, während Ford selbst die bisher umfangreichsten Waffenlieferungen nach Israel durchführt.

Carter kritisierte Ford's Außenpolitik vor allem, weil der ideologischen Fesselung der Massen an diese Politik zuwenig Beachtung geschenkt wurde. Schließlich fragte einer der Journalisten, ob nicht vielleicht der einzige Unterschied in den außenpolitischen Konzepten von Ford und Carter in der Höhe der Militärausgaben liege. Der "Unterschied" beträgt 5 Milliarden Dollar bei einer Gesamthöhe des Militärbudgets von 110 Milliarden Dollar.

Es ist kein Wunder, daß Ford und Carter in keiner einzigen Frage prinzipielle Meinungsverschiedenheiten haben. Beide sind Günstlinge des Finanzkapitals: Vizepräsident präsident Nelson Rockefeller unterstützte Ford vehement im Kampf um die Nominierung als Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei, während der Vizepräsident der Chase Manhattan Bank, David Rockefeller, schon seit Jahren Carter fördert. Nelson und David sind Brüder, die Chase Manhattan Bank im Besitz der Familie Rockefeller. Carter's Beratergruppe besteht aus altgedienten Söldnern des Finanzkapitals: Sie kommen z.B. aus den Rechtsanwaltskanzleien der Wall Street von New York, dem Zentrum des Finanzkapitals und repräsentieren die "New York-Washington außenpolitische Achse" (IHT, 12.5.1976)

Der Wahlkampf wird mit Arbeitsessen mit Vertretern der Bourgeoisie gestaltet, die wegen des festen Eintrittspreises als "500-Dollar-Frühstück" oder "1000-Dollar-Dinner" bezeichnet werden. Über die Wahlspenden und seine Vertreter in den Parteiapparaten bestimmt das Finanzkapital, wer schließlich als Präsident die politischen Geschäfte der Bourgeoisie besorgen darf. Diesmal hat das Spiel besonders gut geklappt: "Viele Geschäftsleute ...(betrachten) das Carter-Ford-Rennen als eine beinahe ideale Wahl zwischen Kandidaten, von denen jeder akzeptabel wäre." (Time, 2.8.1976).

Ronald Reagan, der bei der Durchsetzung der Interessen des US-Imperialismus im Inneren und nach Außen in der Wahl der Methoden mit einer härteren Gangart für sich geworben hätte, wurde schon bei den Vorwahlen ausgeschaltet. Das Finanzkapital hat die Spenden an ihn eingestellt Bevor es auf den Kurs der offenen militärischen Konfrontation übergeht, den Reagan repräsentierte, will es vorerst noch mit der Politik der "Entspannung" alle Möglichkeiten des wirtschaftlichen Konkurrenzkampfes im Ringen mit der sozialimperialistischen Supermacht nutzen. Während das amerikanische Finanzkapital auf diese Art teilweise erfolgreich in traditionelle Einflußgebiete der Sowjetunion eindringt, bereitet sich der US-Imperialismus gleichzeitig auch auf die kriegerische Auseinandersetzung mit der zweiten Supermacht vor. Er trachtet bei der direkten Kriegsrüstung nicht ins Hintertreffen zu geraten und strebt militärisch wie politisch die Stärkung und Vereinheitlichung seiner Bündnispartner an.

Die Massen stehen abseits

Die Massen sehen seit langem, daß es bei dem Wahl-Zirkus nicht um die Vertretung ihrer Interessen geht: 1972 nahmen nur 52% der Wahlberechtigten an den Wahlen teil; bei den Vorwahlen waren es 1972 16 Millionen, heuer nur 15, die das Theater mitmachten. Weitverbreitet ist in den USA die Ansicht, daß die Politik der Bourgeoisie "schmutzig" ist. Gleichzeitig ist die Zahl und Dauer der Arbeitskämpfe in den USA in den letzten Monaten angewachsen. Im Sommer standen gleichzeitig mehrere Tausend Gummi- und Bergarbeiter im Streik, im September legten 170.000 Ford-Arbeiter die Arbeit nieder, im Juni hatten in New York 8000 Frauen gegen die Schließung von Kindertagesstätten demonstriert und in mehreren amerikanischen Bundesstaaten begann das neue Schuljahr mit einem Streik von tausenden Lehrern. Viele dieser Streiks werden gegen den Willen und gegen die Klassenzusammenarbeit der bürgerlichen Gewerkschaftsführer aufgenommen oder ausgedehnt.

R.O./Red.

Die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk weiter verstärken!

Die von den Ortsgruppen des KB Österreichs in vielen Städten durchgeführte China-Woche war ein Erfolg und ein Beitrag zur Stärkung und Festigung der Freundschaft zwischen dem österreichischen Volk, das die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung erst erkämpfen muß, und dem chinesischen Volk, das die alten Ausbeuterklassen bereits gestürzt hat und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft erfolgreich vorantreibt. Der gute Besuch der Veranstaltungen, die begeisterte Aufnahme der Filme aus der Volksrepublik China und das große Interesse an den Ausstellungen zeigen das.

Graz. "Wenn Sie mich so direkt fragen, ja. Weil Sie Kommunisten sind!" hatte der sozialdemokratische Landesschulinspektor Dr.Wolf begründet, warum wir das SP-eigene Augartenkino nicht mieten durften. Ähnliche Absagen waren auch von den andern in Frage kommenden Kinos in Graz gekommen. Die Vorführung eines Filmes über den Klassenkampf und die Leistungen des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus sollte verhindert werden.
Man kann diese Reaktion der Herrschenden und Besitzenden verstehen. Das zeigte sich dann bei unserer trotz aller Schwierigkeiten und leider auch mit einigen technischen Pannen durchgeführten Veranstaltung am Montag, 11.1o., im "Haus der Jugend". Rund 8o Menschen verfolgten mit großer Aufmerksamkeit den englischsynchronisierten Film über eine vorbildliche Volkskommune vom Typ Dadschais, wo die chinesischen Volksmassen im harten Kampf gegen alle Naturunbilden und noch mehr im Kampf gegen die reaktionäre bürgerliche Linie ein sehr schwieriges Gelände in der Kulturrevolution in einen blühenden Garten verwandelten.

Die herrschende bürgerliche Klasse, die beim Ableben des Genossen Mao Tsetung Trauer geheuchelt hat, ist zur Tagesordnung übergegangen, ihren Abwehrkampf gegen alle revolutionären und fortschrittlichen Bestrebungen fortzusetzen.

Wir verwandeln unsere Trauer in Kraft und setzen den Kampf um den Aufbau der kommunistischen Partei fort. Die Arbeiterklasse braucht diese Partei, um die Revolution zu machen. Gespendet wurden für den Aufbau des KB Österreichs 565 Schilling.

Ortsleitung Graz

Hall. Anfang Oktober führte die Zelle TRM der Ortsgruppe Tirol des Kommunistischen Bundes Österreichs in Hall eine Fotoausstellung über den Kampf des chinesischen Volkes gegen die Folgen des Erdbebens in China vom Juli 1976 durch.

Das Interesse an den Erfolgen im Aufbau des Sozialismus in der Volksrepublik China drückte sich unter anderem im Kauf von chinesischer Literatur (Zeitungen und Broschüren) im Wert von S 23o,- aus. Zelle TRM Hall, Tirol

Wien Höhepunkt der China-Woche war die Vorführung der Filme "Der Bau der Tansam-Bahn" und "Mit den alten Ideen brechen". An beiden Abenden versammelten sich mehr als 5oo Personen im Porrhaus. Die Darstellung der uneigennützigen und vom proletarischen Internationalismus getragenen Hilfe des chinesischen Volkes für die Völker von Tansania und Zambia hinterließen einen tiefen Eidruck. Mit grosser Begeisterung verfolgten die Zuschauer am zweiten Filmabend den Kampf zwischen proletarischer und bürgerlicher Linie im Erziehungswesen. Der Sieg der Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung "Das Bildungswesen muß der Politik des Proletariats dienen, muß mit der produktiven Arbeit verbunden werden. Die Werktätigen müssen zugleich Intellektuelle und die Intellektuellen zugleich Werktätige sein" wurde mit großem Applaus gefeiert. K.P. Ortsgruppe Wien

Klagenfurt. Im Rahmen der China-Woche führte die OAG-Klagenfurt zwei Veranstaltungen durch, und eine Bildausstellung über den Kampf gegen die Folgen des Erdbebens vom Juli.

Auch in **Linz** und **Salzburg** fanden Veranstaltungen statt.



In Wien konnten sich die Menschen anhand einer mobilen Fotoausstellung ein Bild von den Erfolgen des chinesischen Volkes beim Aufbau des Sozialismus machen. Überall fanden diese großen Leistungen tiefe Anerkennung, zahlreiche Exemplare chinesischer Zeitungen und Broschüren wurden verkauft. (Hier am Brunnenmarkt)

Trotz Polizeiverbot Protest gegen »Taiwan-Oper«

Innsbruck. Am 18. und 19. Oktober ist die sogenannte "Original-Peking-Oper" aus Taiwan auch in Innsbruck aufgetreten.

Erst zwei Wochen vorher war das Gastspiel des staatlichen Ballettensembles der Volksrepublik China begeistert gefeiert worden. Hunderte von Besuchern, unter ihnen besonders viele Arbeiter, Lehrlinge und werktätige Menschen, hatten diese Botschafter der revolutionären Massen Chinas, die in harten Klassenkämpfen den Sozialismus aufbauen, bejubelt und das Gastspiel zu einer großartigen Demonstration der Freundschaft zwischen dem österreichischen und chinesischen Volk gemacht.

Die dadurch gestärkte Freundschaft mit dem chinesischen Volk mußte jetzt verteidigt werden. Auf den Veranstaltungen der China-Woche des KB wurden von insgesamt über 1oo Menschen Resolutionen gefaßt, die den gerechten Standpunkt des chinesischen Volkes bekräftigten: Taiwan wird sicher befreit werden!

Eine von der Ortsgruppe Innsbruck geplante Kundgebung vor dem Rathaus gegen die Unterstützung dieser chinafeindlichen Manöver durch die Bundesregierung wurde mit der Begründung verboten, daß die Polizei ab Freitag abend nicht mehr arbeitet und die erfolgte Anmeldung erst ab Montag gelten könnte, was aber zu spät sei.

Die windige Begründung des Verbots macht klar: Der Staatsapparat fürchtet nichts mehr als die öffentliche Anprangerung seiner imperialistischen Schandtaten.

Am 18. hatte sich ein großes Polizeiaufgebot hinter den verschlossenen Toren des Rathausdurchganges verschanzt, zivile und uniformierte Zweierstreifen mit Funkgeräten patroullierten durch die Theresienstraße. Dennoch ist es der Polizei nicht gelungen, das Ziel der Kundgebung zu verhindern.

Ein Sprecher der Ortsgruppe des KB hat über Lautsprecher das Polizeiverbot bekanntgegeben, anhand des öffentlich verlesenen Bescheids die Windigkeit der Verbotsgründe enthüllt und kurz dargelegt, welches Ziel die verbotene Kundgebung hatte. Er sagte die Kundgebung offiziell ab und forderte gleichzeitig alle Freunde der VR China auf, das gesteckte Ziel mit allen möglichen Mitteln weiterzuverfolgen.

Sofort sammelten sich interessierte Menschen an und es bildeten sich Diskussionsgruppen. Dabei zeigte sich: Die Lüge von den "zwei China" findet wenig Anhang, und das Ablenkungsmanöver der Reaktion, es handle sich bei der Operntruppe ja um "Kultur" und nicht um "Politik", kann leicht durchbrochen werden.

Über eine halbe Stunde lang wurden so Flugblätter verteilt und revolutionäre Literatur verkauft. Anschließend gingen ungefähr 3o Menschen vors ebenfalls von der Polizei bewachte Kongreßhaus, wo die Taiwanesen auftraten. Die Reaktionäre hatten es zwar sehr eilig gehabt, die dort eines nachts angebrachten Protestinschriften zu entfernen, aber die Ablehnung ihres Spektakels konnten sie damit nicht aus der Welt schaffen. Es wurden Flugblätter verteilt und vor dem Haupteingang von Genossen der Ortsgruppe zwei Transparente entrollt: "Raus mit der Taiwan-Oper!" "Es lebe die Freundschaft zwischen dem österreichischen und dem chinesischen Volk!".

Drei junge Frauen, die ihre Eintrittskarten nichtsahnend bei einem Preisausschreiben gewonnen hatten, sagten: "Wenn wir gewußt hätten, was für eine Theatergruppe das ist, wären wir gar nicht gekommen. Es ist ganz richtig, daß gegen diesen Anschlag auf die österreichisch-chinesische Freundschaft portestiert wird." Auch neue Interessenten für die Österreichisch-Chinesische Freundschaftsgesellschaft konnten geworben werden.

g.f.
Ortsgruppe Innsbruck

Chinas Künstler sind mit den Werktätigen verbunden

Nach der Vorstellung des Staatlichen Ballettensembles der VR China im Innsbrucker Landestheater sprach ich mit einem Bühnenarbeiter. Etwas verwundert sagte er: "So was habe ich noch nicht erlebt. Die erste Überraschung war: Jene Chinesen, welche am Vortag die Koffer, die Instrumente und Kisten mit den Kostümen geschleppt und ausgepackt haben, habe ich bei der Probe als Musiker, Sänger und Tänzer wiedererkannt. Auch die Solisten machten da keine Ausnahme. Uns haben sie fast alle Arbeiten abgenommen. Bei den Proben und Vorstellungen hat jeder Musiker sein Instrument, den Notenständer und sogar den Sessel mit auf die Bühne gebracht und nachher wieder weggetragen.

Wenn ich da an unsere Stars denke - nichts wie Starallüren und dafür kassieren sie einen Haufen Geld. Nichts kann man ihnen recht machen. Als Bühnenarbeiter wird man nur herablassend behandelt.

Aber die Chinesen waren wie Kollegen zu uns. Nur geht mir nicht ein, weshalb?" Als ich sagte, daß das eben mit der sozialistischen Gesellschaftsordnung in der VR China zusammenhänge, daß die chinesischen Künstler z.B. in einer Volkskommune gearbeitet hätten, um das Leben der Kommunebauern darstellen zu können, daß schon deshalb jeder chinesische Künstler mit den Werktätigen verbunden ist, leuchtete dem Bühnenarbeiter alles ein. Interessiert kaufte er den "Klassenkampf". J.M. Innsbruck

Beratung der arabischen Gipfelkonferenz über die Beschlüsse von Riad:

Ein Erfolg im Kampf der arabischen Nation

Fortsetzung von Seite 1

Syrien und den Faschisten ist es nicht gelungen, die Konferenz von Riad und die arabische Gipfelkonferenz vor "vollendete Tatsachen" zu stellen. Zwar gelang es ihnen, am 13.10. Roum und am 17.10. Bhamdoun einzunehmen, und damit den Druck auf Westbeirut und Sidon zu verstärken, doch konnten sie ihr militärisches Ziel, die Abschneidung der Landverbindung zwischen beiden Städten und damit die völlige Einkreisung und Isolierung der Stellungen der PLO und der Linkskräfte gegen deren erbitterte Gegenwehr nicht erreichen. Das gab den Ausschlag dafür, daß Assad und Sarkis in Riad unterschrieben.

Das Abkommen sieht vor:

- Waffenstillstand im Libanon ab 21.10.;
- Entsendung einer gesamtarabischen Friedenstruppe in den Libanon, welche die
- strikte Einhaltung des Abkommens von Kairo aus dem Jahr 1969 überwacht und die
- Einziehung aller schweren Waffen durchführt. Insbesonders hat die Friedenstruppe die Aufgabe, den
- Rückzug aller kämpfenden Parteien auf die Position vom April 1975 voranzutreiben.
- Alle Unterzeichner bekräftigen nochmals das Kairoer Abkommen von 1969, das Recht der PLO auf sichere Anwesenheit im Libanon zum Zweck des Kampfs gegen Israel, die Beschlüsse von Algier (1973) und Rabat (1974), die die PLO als einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes bestätigen, und betonen die Unabhängigkeit und die Einheit des Libanon.

Das Abkommen richtet sich gegen die Feinde der PLO

In einer Situation, in der die PLO und die Linkskräfte im Libanon unter schwerstem militärischen Druck stehen und Syrien und "christliche" Faschisten von den Supermächten und Israel zu deren Zerschlagung angestachelt werden, sieht das Abkommen von Riad den Schutz der palästinensischen Revolution vor, und engt den Spielraum Syriens, der Faschisten und den Spielraum Israels und der Supermächte im Libanon bedeutend ein. Syrien hat durch seine Unterschrift die Aufgabe seiner "Föderationspläne" und der Bevormundungsversuche gegenüber der PLO unterzeichnen müssen. Den Versuchen, den Libanon zu teilen, wird entgegengetreten. Den libanesischen unterdrückten Massen ergibt sich, falls das Abkommen durchgeführt wird, die Möglichkeit, neue Kräfte zu sammeln, um sich zunächst eine neue, revolutionäre Führung zu schaffen und sich der Opportunisten vom Schlag des "Sozialisten" Dschumblatt und der "K"P Libanons zu entledigen, die sie an den Rand einer Niederlage geführt haben.

Insbesondere die Durchführung des Abkommens von Kairo würde es der PLO ermöglichen, sich das Hinterland im Südlibanon zu wahren, das das palästinensische Volk benötigt, um die Revolution gegen den Kolonialstaat Israel zu machen. Das Abkommen von Kairo garantiert die Existenz der PLO im Südlibanon und ihr Recht, über die Lager der Flüchtlinge und Kämpfer zu bestimmen, um von diesen aus den Kampf in Palästina zu unterstützen und zu führen.

Diese Existenz der PLO im Libanon ist es gerade, die Zionisten und Imperialisten hassen und die sie in der einen oder anderen Form beseitigen wollen. Um diese Existenz auszulöschen, haben sie beim Vorgehen Syriens und der Faschisten direkt und indirekt Regie geführt, haben die beiden Supermächte in den letzten Wochen die "Genfer Konferenz" propagiert, die Israels Existenzrecht legitimieren soll. Das Abkommen von Riad hingegen bekräftigt das Recht des palästinensischen Volkes, weiterhin, und auch vom Libanon aus, für die Auslöschung der Existenz Israels zu kämpfen. Hier zeigt sich offen der fundamentale Widerspruch unserer Zeit zwischen Kolonialismus, Imperialismus, Hegemonismus, und den unterdrückten Völkern und Ländern der 3. Welt.

Kampf um Durchführung der Beschlüsse ist notwendig

Über das Abkommen von Riad muß daher auch "in Jerusalem Alarmstimmung herrschen", schreibt der "Kurier" zutreffend (19.10.). Immer offener hat Israel in den letzten Wochen im Libanon eingegriffen, um den syrischen und faschistischen Verbänden das Vorgehen zu erleichtern. Das Abkommen von Riad klärt auch in dieser Hinsicht die Fronten: Die libanesischen Faschisten haben bereits öffentlich erklärt, das Abkommen nicht respektieren zu wollen (ORF, 23.10.), und verstärken ihre direkte Zusammenarbeit mit Israel. Die "Kataeb" Gemayels, die "Tiger" des Innenministers Chamoun, und die "Zedernwächter" des Ex-Präsidenten Frangieh haben am 12.10. gemeinsam mit israelischen Soldaten einen Konvoi der arabischen Friedenstruppe aufgehalten, der gegen israelischen Artilleriebeschuß bei Kleiyya im Südlibanon zum Schutz des Kairoer Abkommens eingesetzt war. Die Faschisten haben am 17.10., mit israelischen Waffen ausgerüstet, das von Linkskräften und der PLO im Südlibanon gehaltene Dorf Hannine erobert, und vom 18. bis 20.10. die wichtige Stellung Marjayoun, unterstützt von israelischen Militärhubschraubern, genommen. Die von Faschisten gehaltenen Dörfer Al-Qlaia, Rumeich, Ain-Ebel, und Alma as-Shaab nahe der israelischen Nordgrenze haben direkte Kommunikationslinien zum Zionistenstaat eingerichtet (Angaben nach Le Monde und Herald Tribune, 11. bis 21.10.)

All dies verweist darauf, daß die Imperialisten und Zionisten sowie ihre Verbündeten die Beschlüsse von Riad und der arabischen Gipfelkonferenz, und dabei vor allem die Durchführung des Kairoer Abkommens von 1969, mit allen Mitteln zu verhindern trachten werden. Der ständige Bruch des Abkommens durch die libanesischen Faschisten mit Unterstützung Israels und der Imperialisten macht das Abkommen keineswegs "wertlos". Es begünstigt vielmehr den Zusammenschluß aller Kräfte, die für die Unterstützung der PLO gewonnen werden können.

Um seine Durchführung wird daher ein harter Kampf geführt werden müssen. Dessen ist sich die PLO bewußt. "Keine Kraft kann die Revolutionäre auslöschen, die entschlossen an ihrem Ziel festhalten". (Yasser Arafat, 13.9., zit. nach "Palestine", Bulletin der PLO vom 13.10.)

a.g.

Presseerklärung des PLO-Vertreters bei der Liga der arabischen Staaten in Bonn

"Die Teilnahme der PLO an dieser Konferenz - zu einem Zeitpunkt, an dem zahlreiche westliche Beobachter den "Zerfall" der PLO prophezeihen und herbeigewünscht haben, beweist:

1. Die PLO-Führung genießt nach wie vor die Unterstützung des gesamten palästinensischen Volkes; der syrischen Regierung ist es nicht gelungen, die PLO-Führung durch eine von ihr abhängige PLO-Führung zu ersetzen, die PLO-Führung demonstriert durch ihre Anwesenheit und ihre Rolle auf der Konferenz ihre politische Unabhängigkeit.
2. Die Konferenz in Riad zeigt, daß die syrische Regierung nicht mehr in der Lage ist, mit militärischen Mitteln eine "Lösung" im Libanon zu erzwingen, ihre Teilnahme an der Konferenz belegt, daß ihr militärisches Vorgehen gegen den palästinensischen Widerstand nicht den gewünschten Erfolg erzielen konnte.
3. Die PLO zeigt erneut, daß sie kein Interesse an der Fortsetzung des Konfliktes im Libanon hat und alles unternimmt, um das Blutvergiessen zu beenden und eine einheitliche arabische Haltung gegenüber der expansionistischen Politik des Staates Israel zu erzielen und
4. Die PLO hat demonstrativ gezeigt, daß sie in der Lage ist, ihre erkämpften Errungenschaften militärisch und politisch zu verteidigen - während der eineinhalbjährigen Konfrontation buchte sie beispielsweise auf der Konferenz der Blockfreien einen weiteren politischen Erfolg durch die Aufnahme als Vollmitglied, in der arabischen Liga wurde sie als Vollmitglied aufgenommen, im Libanon konnte sie ihre wichtigsten Positionen trotz der Übermacht der Gegner an Zahl und Material und trotz der syrischen und der israelischen Blockade sichern, und auch die Entwicklung in den besetzten Gebieten von Palästina zeigt sehr deutlich, daß die Loyalität der palästinensischen Massen der PLO gegenüber stärker und demonstrativer geworden ist."

(Auszug)

Zimbabwe: Neue Erfolge im bewaffneten Kampf

Am 28. Oktober soll in Genf die Rhodesien-Konferenz zwischen Vertretern des britischen Imperialismus und den rhodesischen Siedlern einerseits und den Vertretern des afrikanischen Volkes anderseits beginnen.

Diese Konferenz wird in einer Situation einberufen, in der dem Kolonialregime schwere Schläge durch den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe versetzt werden. Einen riesigen Erfolg konnten die Befreiungskämpfer vor einigen Wochen verbuchen, als es ihnen gelang, eine scharf bewachte Eisenbahnbrücke und eine komplette Zugsgarnitur im Nordwesten des Landes zu sprengen. Damit wird den Rassisten die Verkehrsverbindung mit den Industriegebieten Livingstone und Wankie für die nächsten Monate unterbrochen.

Laufend gibt es Meldungen über Kämpfe zwischen den Befreiungskämpfern und den rhodesischen Streitkräften als auch den bis an die Zähne bewaffneten weißen Farmern. (SZ, 22.10.)

In den Städten nutzen die afrikanischen Arbeiter jede Gelegenheit, um ihre Verbundenheit mit den Befreiungsorganisationen zu zeigen. In Salisbury demonstrierten bei der Rückkehr von J. Nkomo, dem Führer der ZAPU, 100.000 Zimbabweaner. An die 300.000 haben sich zur Begrüßung von Bischof Muzorewa (Afrikanischer Nationalkongreß, ANC) in Hightfield versammelt, um gegen das Siedlerregime und für den bewaffneten Befreiungskampf zu demonstrieren.

Die Aussichten der Imperialisten, bei der Konferenz ihre Pläne zur weiteren Beherrschung Zimbabwes durchzusetzen, sind äußerst schlecht. Die Befreiungsbewegungen bemühen sich um ein gemeinsames Vorgehen und das Volk von Zimbabwe ist entschlossen, auch das neueste Entspannungsmanöver mit dem Gewehr in der Hand zu durchkreuzen. "Wir werden zur gleichen Zeit in Genf verhandeln und in Zimbabwe kämpfen". (R. Mugabe, Generalsekretär der ZANU)

In der Antiapartheidbewegung ist Einheit auf richtiger Grundlage notwendig

Auf der Grundlage des sich erfolgreich entwickelnden Befreiungskampfes der Völker von Zimbabwe, Südafrika und Namibia haben die Komitees Südliches Afrika vor einem Jahr die Initiative zum Aufbau einer Anti-Apartheidbewegung (AAB) in Österreich ergriffen. Damit soll, auf der Basis der Unterstützung des gesamten Widerstandes gegen den Rassismus im südlichen Afrika die Solidaritätsbewegung in Österreich vereinheitlicht und somit verstärkt werden.

Es gibt nun seit kurzer Zeit eine AAB-Österreichs. Durch Subversion der KPÖ-Revisionisten und unter Ausschluß der Öffentlichkeit und eines Teils der Solidaritätsbewegung wurde diese gegründet.

Die Anerkennung der sozialimperialistischen Intervention in Angola wird als erste Voraussetzung für die Mitarbeit in dieser AAB gewertet. In den Rassistenstaaten selbst unterstützt sie nicht alle Befreiungsorganisationen, sondern greift bestimmte heraus, mit dem Ziel, den Widerstand zu spalten, die Einigungsbestrebungen der Völker zu sabotieren und der Politik der Sowjetunion in Österreich Gehör zu verschaffen.

Sie stellt den Versuch der Agenten des Sozialimperialismus dar, Teile der Solidaritätsbewegung hinter der imperialistischen Politik der Sowjetunion zu vergattern und die Spaltung der Solidaritätsbewegung voranzutreiben.

Die Komitees Südliches Afrika werden ihre Bemühungen, alle Organisationen in Österreich, die die Apartheidpolitik der Rassistenregimes verurteilen, zu vereinheitlichen und die schon bestehende AAB auf eine richtige Grundlage zu zwingen, verstärken. el.ri.

Veranstaltungen mit Zola Sonkosi (ANC Südafrika)

Am 21. und 22. Oktober sprach Zola Sonkosi, ein Vertreter des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika, auf Solidaritätsveranstaltungen der Komitees Südliches Afrika in Wien und Linz. Die Veranstaltung in Wien, die auch von der Ortsgruppe des KB Österreichs und anderen Organisationen unterstützt wurde, war von 150 Leuten besucht. In Linz waren 35 Besucher anwesend.

In seinem Referat ging Zola Sonkosi auf die bevorstehende "Unabhängigkeit" der Transkei ein. Er erklärte, daß die Bantustanpolitik der südafrikanischen Rassisten ein Manöver sei, um die Vertreibung der Afrikaner aus ihrem Land in unfruchtbare Reservate für alle Zukunft zu sichern und die Welt über das wahre Gesicht der Apartheidpolitik zu täuschen. So werden Verwaltung und Streitkräfte der Transkei weiter von den südafrikanischen Rassisten gestellt. Auch die Gesetze des Minderheitenregimes gelten weiterhin in der Transkei. Das Volk von Azania läßt sich durch diese Manöver nicht täuschen; immer stärker wird der Widerstand gegen das Kolonialregime: erst am 20. Oktober demonstrierten tausende Afrikaner gegen die "Unabhängigkeit" der Transkei. Dabei wurden 700 Demonstranten von der Polizei verhaftet.

Auf beiden Veranstaltungen wurden Resolutionen mit folgenden Forderungen an die österreichische Bundesregierung angenommen: KEINE ANERKENNUNG DER "UNABHÄNGIGKEIT" DER TRANSKEI! KEINE WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN ÖSTERREICHS MIT DER TRANSKEI! KEIN INFORMATIONSBÜRO DER TRANSKEI IN ÖSTERREICH!

Dem 7. Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens herzliche revolutionäre Grüße!

Vom 1. - 8. November hält die Partei der Arbeit Albaniens ihren 7. Parteitag ab. Der 6. Fünfjahrplan, der sorgfältig von den Volksmassen diskutiert wurde, wird dort unter anderem behandelt. Das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs sandte an den 7. Parteitag eine Grußbotschaft, in der es unter anderem heißt:

Von ganzem Herzen beglückwünschen wir Euch zu dem großen Fest des 8.November, in dessen Zeichen dieser Parteitag steht und das ihn krönen wird, zum Jubiläum des 35.Jahrestages der Gründung der Kommunistischen Partei Albaniens, auf dem Ihr eine glänzende Bilanz ziehen könnt. Vor 35 Jahren war Albanien unter der wütenden faschistischen Besatzung das rückständigste Land Europas. Heute ist es ein freies, unabhängiges und sozialistisches Land. Nach der revisionistischen Entartung der einst sozialistischen Sowjetunion und der von ihr abhängigen Staaten hat Albanien das Banner des Marxismus-Leninismus hochgehalten. Inmitten der allgemeinen Krise des Imperialismus und ungeachtet seiner Einkreisung und Blokkade entwickelte sich Albanien im Vertrauen auf die eigene Kraft stürmisch zu einem modernen sozialistischen Industrieland. Das sozialistische Albanien ist heute das politisch und sozial fortgeschrittenste Land Europas. Euer Beispiel zeigt der internationalen Arbeiterklasse, daß sie die Macht erobern, ihre Diktatur errichten und den Sozialismus aufbauen kann, wenn sie von einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei geführt wird, einer Partei wie der Partei der Arbeit Albaniens, die sich stets auf die Volksmassen stützt und die die grossen Ideen und Lehren von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung und Enver Hoxha in die Praxis umsetzt. Nur die Führung durch eine solche Partei, die an der Diktatur des Proletariats gegen die Ausbeuterklassen und am Klassenkampf festhält, bedeutet die Garantie für breiteste Volksdemokratie, sozialen Fortschritt und nationale Unabhängigkeit, für die Ausmerzung von Bürokratismus und Liberalismus und die Fortsetzung der Revolution bis zum Sieg des Kommunismus.

...

Wie Ihr selber sagt, begeht Euer Volk den 7.Parteitag "mit vollen Händen, mit hoher Stirn und leuchtenden Augen." Die Beschlüsse Eures Parteitags sind gleichzeitig von außerordentlicher Bedeutung für uns und die gesamte internationale marxistisch-leninistische Bewegung. Sie werden für uns eine Quelle der Inspiration und des Enthusiasmus sein, ein Ansporn im Kampf gegen die inneren und äußeren Feinde der Revolution, im Kampf für die Einheit der österreichischen Marxisten-Leninisten und für den Aufbau der Kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse. Wir versichern Euch bei dieser Gelegenheit, daß wir unsere Anstrengungen vervielfachen werden, um das glänzende Beispiel des sozialistischen Albaniens dem österreichischen Volk näher zu bringen und die Freundschaft zwischen unseren beiden Völkern zu verstärken.

Es lebe das albanische Volk und seine ruhmreiche Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze!

Es lebe der 7.Parteitag der Partei der Arbeit Albaniens!
Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Es lebe die kämpferische Solidarität und die Freundschaft zwischen der Partei der Arbeit Albaniens und den österreichischen Marxisten-Leninisten!

Es lebe die Freundschaft zwischen dem albanischen und dem österreichischen Volk!

Lavdi PPSH!
Rrofte Shoku Enver Hoxha!
Rrofte Miqesia midis Popullit Shqiptar dhe Austriak!
Lavdi Marksizem-Leninizem!

Für das Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs
Walter Lindner
Sekretär des ZK

Ausstellung »Albanien 1976«

Die Österreichisch-Albanische Gesellschaft und die Albanische Botschaft in Wien zeigen anläßlich des 35.Jahrestags der Gründung der Partei der Arbeit Albaniens die Ausstellung "Albanien 1976", die einen guten Überblick über das heutige Albanien gibt. Die Ausstellung wird von 8. - 12.11. gezeigt.

Bericht aus der Volksrepublik Albanien:

Im sozialistischen Gesundheitswesen ist der Mensch das Wichtigste

Die Genossin, die uns durch das moderne Textilkombinat "Mao Tsetung" in Berat führt, gibt Auskunft über das betriebliche Gesundheitswesen: "In diesem Kombinat sind ständig ein Gynäkologe, ein Zahnarzt, ein Herzspezialist und ein Lungenfacharzt angestellt. Außerdem kommen zweimal in der Woche Fachärzte aus der Stadt für kompliziertere, vorbeugende Untersuchungen zu uns. Die Ärzte arbeiten wie die Werktätigen des Betriebs in 3 Schichten, sodaß jederzeit eine Behandlung möglich ist; in der Regel werden sie aber von den Arbeitern außerhalb der Arbeitszeit besucht. Jede Behandlung ist kostenlos, nur für die Medikamente, sofern sie nicht im Krankenhaus verabreicht werden, wird ein symbolischer Preis bezahlt. Schwangere Frauen bekommen bei uns eine leichtere Arbeit, und sie können jederzeit das Ausruhzimmer aufsuchen. Eineinhalb Monate vor und nach der Geburt haben sie gesetzlich garantierten Urlaub, während dem 95% des vollen Lohns ausbezahlt werden. Junge Mütter haben das Recht, bis 9 Monate nach der Geburt bei vollem Lohnausgleich nur 6 Stunden zu arbeiten und alle 3 Stunden den Arbeitsplatz zum Stillen der Kinder zu verlassen. In unserer betriebseigenen Kinderkrippe werden 25 Kinder von einer Schwester und 2 Helferinnen betreut."

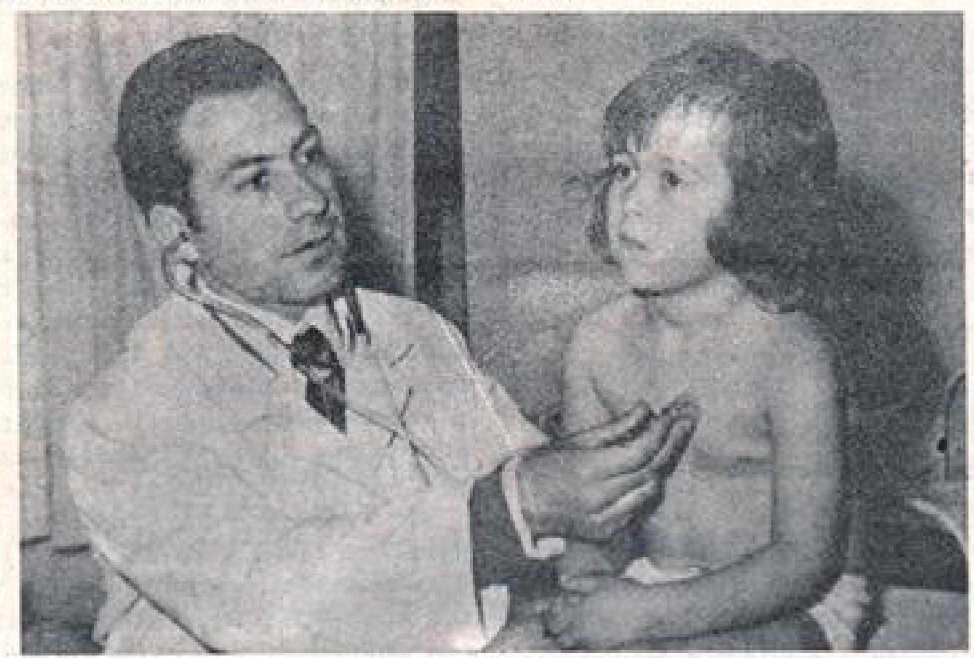
Der Besuch vieler anderer Fabriken in diesem Sommer, die wiederholten Gespräche mit albanischen Ärzten und Arbeitern haben uns klar gezeigt: Der Mensch ist in Albanien das kostbarste Kapital. Der Schutz der Gesundheit, der Schutz vor Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten ist hier keine Frage von Unkosten, die den Profit von Ausbeutern schmälern könnten.

So werden z.B. in der Kunstdüngemittelfabrik in Fier die Arbeiter, die mit giftigen Nitraten zu tun haben, alle 3 Monate von Spezialisten gründlich untersucht. Jeden Morgen bekommen sie ausreichend Milch und Früchte. Sie haben Anspruch auf 2 Wochen zusätzlichen Erholungsurlaub und auf einen billigen Aufenthalt in einem Luftkurort. Es hat in dieser Fabrik noch keinen einzigen Fall von Berufskrankheit oder Unfall gegeben. So etwas kommt in ganz Albanien nur äußerst selten vor.

"Eure Krankenhäuser sind heute sicher noch schöner eingerichtet und mit besseren Spezialisten besetzt", sagte ein albanischer Genosse zu mir. "Aber bei uns wird für den Patienten alles kostenlos getan, und unsere Ärzte sind keine Götter in weißen Kitteln, sondern einfache Diener des Volkes".

Korca ist eine Stadt mit ca.50.000 Einwohnern, aber allein hier gibt es 19 Kinderärzte! Schon voriges Jahr hatten Genossen von uns hier die Kinderklinik besucht. Sie sahen hier modernste Apparate und Einrichtungen. Sie erfuhren aber auch, daß in schweren Fällen auch die Mütter bei ihren Kindern im Krankenhaus wohnen können. Nicht nur die Behandlung des Kindes, auch der Aufenthalt der Mutter und ihre Verpflegung sind kostenlos, während ihr Lohn weiterbezahlt wird.

das ganze Land zu verbreiten und selbst in die entlegensten Gebirgsregionen zu tragen. Schon vor einigen Jahren gab es in jedem Bezirk, der durchschnittlich 5 bis 6 Dörfer umfaßt, eine Sanitätsstation, meist auch für stationäre Behandlungen, oder ein Krankenhaus, zusätzlich in jedem Dorf eine Ambulanz und eine Mütterberatungsstelle mit Hebamme und Kinderpflegerin. Im ganzen Land wurden in den letzten Jahren sehr schöne Erholungsheime und Ferienorte gebaut und neue Strände erschlossen, die den breiten Massen offen stehen und dem ausländischen Tourismus verschlossen bleiben.



Der Arzt Minella Nini begab sich freiwillig aufs Land. Wenn die Sprechstunde in der Ambulanz des Krankenhauses beendet ist, geht er in die Wohnviertel des Dorfes, wo er die Kranken besucht, sich mit den Leuten unterhält und Ratschläge erteilt. Oft sieht man ihn auf den Feldern bei den Feldbrigaden oder er geht in die Dörfer der Umgebung.

"Alle Erfolge, die wir erzielt haben", sagte uns ein alter Bauer in einer Genossenschaft im Gebirge, "verdanken wir nur unserer Partei und dem lieben Genossen Enver an ihrer Spitze!"

Gleich nach der Befreiung des Landes von den faschistischen Okkupanten und dem Sieg über die inneren Ausbeuterklassen übernahm der junge sozialistische Staat das gesamte Gesundheitswesen. Die medizinischen Geräte, die in privaten Händen waren, wurden beschlagnahmt, alle Privatpraxen abgeschafft, das ärztliche Personal wurde in den Dienst der proletarischen Macht gestellt, in breitem Ausmaß ausgebildet und gleichmäßig über das ganze Land verteilt. Durch eine umfassende Mobilisierung der Massen wurden Malaria und Syphilis, die vor der Befreiung das ganze Land verseuchten, vollständig ausgerottet. Die Tuberkulose ist heute zur äußersten Seltenheit geworden.

Der sozialistische Staat hat keine Kosten gescheut, um die kostenlose ärztliche Versorgung schrittweise über

Im April dieses Jahres wurde die Gesundheitsfürsorge weiter ausgedehnt. Im Beschluß des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens "Über die Senkung der höheren Löhne und über die Verringerung der wesentlichen Unterschiede zwischen Stadt und Land" wird unter anderem festgelegt": Der Staat übernimmt auch in den Dörfern die Unkosten für Ambulanzen, Beratungsstellen, Entbindungsheimen, Kindergärten und -krippen, die Investitionen für den Bau von Schulen, Kinderkrippen und -gärten in den Dörfern, der Gesundheitseinrichtungen und Kulturhäuser in den Zentren der Landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Unkosten für Schwangerschafts- und Wochenbetturlaub der Genossenschaftsbäuerinnen und weitere ähnliche Maßnahmen.

Beim Aufbau einer eigenen pharmazeutischen Industrie und bei der eigenen Herstellung medizinischer Geräte und Einrichtungen hat es große Erfolge gegeben. Heute werden die meisten Medikamente im Vertrauen auf die eigene Kraft im Land selbst hergestellt. Im November dieses Jahres wird eine große Antibiotikafabrik in Tirana die Produktion aufnehmen können und Albanien auch bei diesen Produkten vom Ausland unabhängig sein.

Stolz können die Albaner heute auf ihre Erfolge verweisen: Auf 780 Einwohner kommt heute in Albanien ein Arzt; 1938 waren es einer auf 8527. Auf je 100 Einwohner kommt ein Krankenhausbett während es 1938 ganze 8 Krankenhäuser mit 805 Betten gab. Die durchschnittliche Lebensdauer beträgt heute 68 Jahre, während sie 1938 38 Jahre betrug!

Damit das Gesundheitswesen immer im Dienst des Volkes bleibt, ist wichtig daß sich die Ärzte wie alle Kader nie von den Massen trennen. Dafür sorgtdas albanische Volk selbst unter der Führung seiner Partei. Im April wurden wie alle höheren Löhne auch die Ärztegehälter weiter dem durchschnittlichen Arbeiterlohn angeglichen. Wie alle Intellektuellen und Kader müssen die Ärzte jährlich mindestens 1 Monat in der Produktion arbeiten. Wer Arzt werden will, muß nach der Matura 1 Jahr in der Produktion arbeiten, und die Beurteilung der Arbeitskollegen ist entscheidend für die Aufnahme in die Universität. Der Dienstverlauf im Krankenhaus wird auf Versammlungen des ganzen Personals inklusive der Patienten diskutiert und kritisiert. Bei Überheblichkeit oder Nachlässigkeit kann ein Arzt seines Dienstpostens enthoben und in die Produktion geschickt werden, wo seine Arbeitskollegen darüber entscheiden, ob und wann er wieder als Arzt arbeiten soll. In der Traktorenersatzteilfabrik in Tirana trafen wir einen Arzt, der freiwillig in der Gießerei arbeitete: Weil er Parteimitglied werden will, und vorher drei Jahre in der Produktion gearbeitet haben muß.

In Durres beeindruckte uns ein sogenanntes "Blitzblatt", eine Wandzeitung , die zeigt, daß die albanischen Werktätigen auch einzeln den Mut haben, ihre Kritik an einem Arzt zu äußern, der ein bürgerliches Verhalten zeigt: ein Minenarbeiter kritisierte in scharfen Worten einen Arzt, der ihn als Simulanten behandelt hatte, obwohl er ernstlich erkrankt war und von einem anderen Arzt krank geschrieben wurde. "Dieser Mensch wurde auf unserer sozialistischen Universität ausgebildet und sollte die Lehren des Genossen Enver Hoxha kennen, daß die Kader den Massen dienen müssen!" Er forderte eine öffentliche Selbstkritik binnen 3 Wochen.

W.G.

Ein neuer historischer Sieg der

Bereits am 10.Oktober hieß es in einem gemeinsamen Leitartikel der Zeitungen "Renmin Ribao", "Hongqi" und "Jiefangjun Bao":

Wir müssen dem Aufruf des Zentralkomitees der Partei aktiv folgend einen neuen Aufschwung des Studiums der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und des Vorsitzenden Mao herbeiführen, uns um die Hebung unseres marxistischen theoretischen Niveaus bemühen, noch bewußter die revolutionäre Linie und Politik des Vorsitzenden Mao in die Tat umsetzen, konsequent den Revisionismus bekämpfen und verhüten und alle Arbeiten für die Sache des Sozialismus noch besser leisten.

Die Mao Tsetungideen haben sich im Kampf gegen die in- und ausländischen Klassenfeinde, gegen die Rechts- und "links"opportunistischen Linien innerhalb der Partei entwickelt. Um die Mao Tsetungideen gründlich zu begreifen und sich anzueignen, muß man sie im Kampf studieren und anwenden. Gegenwärtig müssen wir gewissenhaft die Theorie des Vorsitzenden Mao über die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und die vielen von ihm im Kampf zur Kritik an Deng Hsiao-ping und gegen den auf eine Revision der gefällten richtigen Urteile abzielenden Wind von rechts erteilten wichtigen Weisungen studieren, die Kritik an Deng Hsiaoping vertiefen und weiter gegen den Wind von rechts kämpfen. Notwendig ist das Studium der Lehre des Vorsitzenden Mao *'Den Marxismus und nicht den Revisionismus praktizieren, sich zusammenschliessen und nicht Spaltertätigkeit betreiben, offen und ehrlich sein und sich nicht mir Verschwörungen und Ränken befassen'*, ist der entschiedene Kampf gegen alle Äußerungen und Taten, welche diesen drei grundlegenden Prinzipien zuwiderlaufen. Unsere Partei wurde von Vorsitzendem Mao persönlich gegründet, sie ist eine im Feuer der Klassenkämpfe und Kämpfe zweier Linien immer wieder erprobte Partei, eine große, ruhmreiche und korrekte Partei. Die historischen Erfahrungen zeigen, daß es nicht leicht ist, unsere Partei zugrunde zu richten. Alle diejenigen, die den Marxismus, den Leninismus, die Mao Tsetungideen verraten und die Weisungen des Vorsitzenden Mao verfälschen, die den Revisionismus praktizieren, Spaltertätigkeit betreiben und sich mit Verschwörungen und Ränken befassen, sind zum Scheitern verurteilt.

'Die den Kern bildende Kraft, die unsere Sache führt, ist die Kommunistische Partei Chinas'.

Wir müssen uns aufs engste um das Zentralkomitee der Partei mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze scharen, die Einheit und den Zusammenhalt der Partei wahren, den Sinn für Organisation und Disziplin stärken, in allem dem Kommando des Zentralkomitees der Partei folgen, konsequent den Klassenkampf als das Hauptkettenglied anpacken, an der grundlegenden Linie der Partei und an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats festhalten, die Errungenschaften der Großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln. Wir müssen die Revolution anpacken, die Produktion, die Arbeit und die Vorbereitungen auf einen Kriegsfall fördern, um in der sozialistischen Revolution und beim Aufbau des Sozialismus noch größere Siege zu erringen und die Diktatur des Proletariats in unserem Land weiter zu konsolidieren."

Allen Spekulationen und Hoffnungen der Imperialisten und aller Reaktionäre auf der Welt zum Trotz wird klar und unmißverständlich festgehalten, daß die KPCh nach schweren inneren Kämpfen entschlossen an der revolutionären Linie von Genossen Mao Tsetung festhält. Klar und unmißverständlich wird festgehalten, daß der Klassenkampf gegen den hauptsächlich von Deng Hsiao ping angefachten "Wind von rechts" fortgesetzt und die historischen Errungenschaften der Kulturrevolution, die "gefällten richtigen Urteile", auf deren Revision der "Wind von rechts" abzielte, gefestigt und weiterentwickelt werden müssen. Zugleich wird festgestellt, daß alle Kräfte, die die ideologische und politische Linie von Genossen Mao Tsetung für die innere und äußere Politik verfälschen, die Einheit der KPCh und ihres ZK spalten und Verschwörungen anzetteln und sich gegen die Partei stellen, unweigerlich scheitern müssen.

Bereits am 8.Oktober haben das ZK der KPCh bzw. die leitenden Organe von Partei und Staat zwei Beschlüsse von größter Tragweite gefaßt. Diese Beschlüsse richten sich direkt gegen Versuche zur Verfälschung der ideologischen und politischen Linie, die die KPCH unter der Führung von Genossen Mao ausgearbeitet hat. Sie waren und sind ein schwerer Schlag gegen den "Wind von rechts", wie auch eine Kampfansage gegen jede Spalter- und Verschwörertätigkeit. Sie waren und sind eine wichtige Waffe der Partei bei der Zerschlagung der konterrevolutionären, karrieristischen Verschwörertätigkeit, zu der die "Vierer-Bande" bestehend aus Wang Hung-wen, Tschiang Tschun-Tschiao, Tschiang Tschin und Yao Wen-Yuan gegriffen hatte, um die Macht in Partei und Staat an sich zu reissen. Am 24.Oktober wurde von Genossen Wu Dö in Peking den Volksmassen bekanntgegeben, daß das ZK der KPCh in Übereinstimmung mit dem Willen und auf Vorschlag von Genossen Mao Tsetung den Genossen Hua Guo-feng zum neuen Parteivorsitzenden gewählt hat.

Die beiden Beschlüsse vom 8.Oktober, die Zerschlagung der parteifeindlichen"Vierer-Bande" und die Wahl von Genossen Hua Guo-feng zum Parteivorsitzenden wurden von den Volksmassen in ganz China begeistert begrüßt.

So unterstutzten zum Bei-

Beschluß über die Herausgabe der »Ausgewählten Werke Mao Tsetungs« und die Vorbereitungsarbeit für die Herausgabe des »Gesamtwerkes Mao Tsetungs«

angenommen vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, 8.Oktober 1976

In mehr als einem halben Jahrhundert hat unser großer Führer und Lehrer Vorsitzender Mao Tsetung gemäß dem Prinzip der Verbindung der allgemeingültigen Wahrheit des Marxismus-Leninismus mit der konkreten Praxis der Revolution bei Anleitung des großen Kampfes um die Vollendung der neudemokratischen Revolution und für die Durchführung der sozialistischen Revolution und des sozialistischen Aufbaus in China, im großen Kampf gegen die rechts- und "links"opportunistischen Linien innerhalb der Partei und im grossen Kampf gegen den Imperialismus, den modernen Revisionismus mit der sowjetrevisionistischen Renegatenclique als Zentrum und gegen die Reaktionäre aller Ländern den Marxismus-Leninismus als Erbe übernommen, ihn verteidigt und weiterentwickelt und die Schatzkammer der marxistischen Theorie bereichert.

Die Werke des Vorsitzenden Mao sind unvergängliche Dokumente des Marxismus-Leninismus (....) Die Herausgabe der Werke des Vorsitzenden Mao ist ein großes Ereignis in der Entwicklungsgeschichte des Marxismus. Diese Arbeit muß ernsthaft, gewissenhaft, entschlossen angepackt und erfolgreich geleistet werden. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas hat daher beschlossen:

(1) Der Band V.der "Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" muß so schnell wie möglich herausgegeben werden, die weiteren Bände werden dann einer nach dem anderen erscheinen. Gleichzeitig mit der Herausgabe der Ausgewählten Werke müssen aktiv Vorbereitungen für die Herausgabe des "Gesamtwerkes Mao Tsetungs" getroffen werden.

(2) Die Arbeit an der Herausgabe der "Ausgewählten Werke Mao Tsetungs" und des "Gesamtwerkes Mao Tsetungs" steht unter der unmittelbaren Führung des Politbüros des ZK der KP Chinas mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze. Ein dem Politbüro des ZK unterstelltes Komitee für die Redaktion und Herausgabe der Werke des Vorsitzenden Mao Tsetung wird gebildet, welches für die konkreten Arbeiten von Sichtung, Redaktion und Herausgabe verantwortlich sein wird.

(3) Das Büro des ZK der KP Chinas ist für die Sammlung und Aufbewahrung aller Originalschriften des Vorsitzenden Mao verantwortlich. (....) Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas ruft die ganze Partei, die ganze Armee und die Volksmassen aller Nationalitäten des ganzen Landes auf, einen neuen Aufschwung der Bewegung des Studiums der Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und der Schriften des Vorsitzenden Mao herbeizuführen

Beschluß über den Bau einer Gedenkhalle für den großen Führer und Lehrer Vorsitzenden Mao Tsetung

angenommen von dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas, dem Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China, dem Staatsrat der Volksrepublik China und der Militärkommission beim ZK der KP Chinas, 8.Oktober 1976.

Um des großen Führers unserer Partei, unserer Armee und der Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes, des großen Lehrers des Weltproletariats, der unterjochten Nationen und unterdrückten Völker der ganzen Welt, des Vorsitzenden Mao Tsetung, stets zu gedenken und die Arbeiter, Bauern und Soldaten sowie die anderen Werktätigen dazu zu erziehen und anzuspornen, dem Vermächtnis des Vorsitzenden Mao treu zu bleiben, an Marxismus, Leninismus, Maotsetungideen festzuhalten, und die revolutionäre Sache des Proletariats zu Ende zu führen, wird hiermit beschlossen:

(1) in der Hauptstadt Peking eine Gedenkhalle für den großen Führer und Lehrer Mao Tsetung zu errichten;

(2) nach Fertigstellung der Gedenkhalle den Kristallsarg mit den sterblichen Überresten des Vorsitzenden Mao Tsetung in die Gedenkhalle zu überführen, so daß die breiten Volksmassen mit Hochachtung seine sterbliche Hülle betrachten können.

Kommunistischen Partei Chinas

spiel am 16.Oktober die Angehörigen der Tsinghua-Universität, am 17.Oktober die der Volkskommune Dadschai und am 18.und 19.Oktober 2 Millionen Arbeiter in Schanghai entschlossen in Versammlungen und Kundgebungen nach vorangegangenen ausführlichen Diskussionen die beiden zitierten Beschlüsse. Sie forderten, sich eng um das von Genossen Hua Guo-feng geführte ZK zusammenzuschliessen und beschlossen entsprechend dem Aufruf des ZK, eine neue Studienbewegung der Werke Marx', Engels', Lenins und Stalins und des Vorsitzenden Mao zu starten. Ab dem 21.Oktober fanden in Peking gewaltige Demonstrationen mit mehreren Millionen Teilnehmern statt, in denen von den Massen der Freude über diesen neuen Sieg der KPCh Ausdruck verliehen wurde.

Zweifellos ist die KPCh gestärkt aus den inneren Kämpfen hervorgegangen und ist die Einheit auf revolutionärer Grundlage mit Genossen Hua Guo-feng an der Spitze stärker denn je. Zweifellos haben diese Kämpfe die revolutionäre Wachsamkeit, Entschlossenheit und Zuversicht unter den chinesischen Volksmassen erhöht. Zurecht stellt die KPCh fest, daß heute die Lage in der Partei und im ganzen Land ausgezeichnet ist.

Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt (Mao Tsetung)

Die KPCh war auf solche Kämpfe zur Verteidigung und Fortsetzung der revolutionären Linie des Vorsitzenden Mao Tsetung gut vorbereitet. Das ist kein Zufall, wie es auch kein Wunder ist, daß es im Zusammenhang mit den wichtigen Entscheidungen nach dem Tod von Genossen Mao Tsetung zu heftigen Auseinandersetzungen in der KPCh gekommen ist. Die KPCh ist eine kämpfende und eng mit den Volksmassen verbundene Partei, die stets bestrebt ist, den Klassenkampf und die Revolution weiterzuführen und so das Alte, Überholte zu überwinden und dem Neuen, Vorwärtsweisenden zum Durchbruch zu verhelfen. In einer solchen Partei gibt es unweigerlich Widersprüche und Kampf. Die Widersprüche und der Kampf in der Partei widerspiegeln die Widersprüche und den Kampf in der ganzen Gesellschaft. Genosse Mao Tsetung hat festgestellt: "Ohne Kampf gibt es keinen Fortschritt".

Das ist ein allgemeines Entwicklungsgesetz der Natur, der Gesellschaft und auch der Kommunistischen Partei. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, zwischen Sozialismus und Kapitalismus, zwischen Neuem und Altem findet auch in der Kommunistischen Partei statt und nur wenn er bewußt geführt wird, kann die Revolution über die Konterrevolution triumphieren.

"Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkampf, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus, existiert die Gefahr der Restauration des Kapitalismus". (Mao Tsetung)

Nach einem Vierteljahrhundert der Diktatur des Proletariats kann die Bourgeoisie in China nicht offen das Haupt erheben, sondern muß sie versuchen, die Partei vom revolutionären Kurs abzubringen. Genosse Mao Tsetung hat daher festgestellt, daß die Bourgeoisie "mitten in der Kommunistischen Partei sitzt - es sind die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen." Die Geschichte der KP Chinas bestätigt diese Aussagen vollkommen: Der Vorsitzende Mao hat in den von ihm angeleiteten Kämpfen gegen die in- und ausländischen Klassenfeinde und die Klassenfeinde in- und außerhalb der Partei, in langwierigen, harten, scharfen und komplizierten Klassenkämpfen und Kämpfen zweier Linien, unsere Partei gestählt und erzogen. Die Geschichte der Kommunistischen Partei Chinas ist eine Geschichte des Kampfes der marxistisch-leninistischen Linie des Vorsitzenden Mao gegen die rechts- und "links"-opportunistischen Linien in der Partei. Angeleitet von der marxistisch-leninistischen Linie des Vorsitzenden Mao, hat unsere Partei sich ständig entwickelt und an Stärke gewonnen; sie hat sich aus kleinen Gruppen von einigen dutzend Kommunisten zu einer Partei mit über 30 Millionen Mitgliedern entwickelt, die heute die Führung der Volksrepublik China innehat; zu einer disziplinierten Partei, die mit der Theorie des Marxismus-Leninismus gewappnet ist, die Methode der Selbstkritik praktiziert und mit den Volksmassen aufs engste verbunden ist, zu einer grossen, ruhmreichen und korrekten marxistisch-leninistischen Partei." (Trauerrede des Genossen Hua Guo-feng)

In den jüngsten Kämpfen der KPCh war es nicht das erste mal und auch sicher nicht das letzte mal, daß rechte und "linke" Opportunisten nach der Macht in der Partei greifen wollen. Die KPCh ist jedesmal und so auch diesmal siegreich aus diesen Kämpfen hervorgegangen.

Volle Unterstützung für die Entscheidungen des ZK der KP Chinas

Die beiden Beschlüsse vom 8.Oktober, die Zerschlagung der parteifeindlichen "Vierer-Bande" und die Wahl von Genossen Hua Guo-feng zum Parteivorsitzenden sind auch für die internationale marxistisch-leninistische Bewegung und für uns österreichische Marxisten-Leninisten von größter Bedeutung und werden von uns entschieden begrüßt. Wir senden dem ZK der KPCh, der ganzen Partei und dem ganzen chinesischen Volk unsere herzlichsten revolutionären Grüße. Wir teilen seine Freude über den jüngsten Sieg der KPCh, des Marxismus-Leninismus und der revolutionären Linie des Genossen Mao Tsetung. Dieser Sieg ist ein bedeutender Ansporn und eine bedeutende Ermutigung für uns, stellt er doch die große revolutionäre Entschlossenheit, Stärke und Einheit von Partei und Volk Chinas neuerlich unter Beweis. Bestätigt er doch glänzend, daß "es nicht leicht ist, die KPCh zugrundezurichten", und daß die KPCh "eine lichte Zukunft hat". (Mao Tsetung).

Walter Lindner
Sekretär des ZK

Spendensammlung:

Vorwärts im Aufbau einer neuen Kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse! Vorwärts im Aufbau des Kommunistischen Bundes Österreichs!

Am 8. August rief das ZK des neugegründeten KB dazu auf, in drei Monaten 300.000 Schilling Spenden für den Aufbau des technischen Apparats der neuen Organisation aufzubringen.

Seither hat in den Ortsgruppen und Zellen des KB eine lebendige Auseinandersetzung um die richtige Linie der Durchführung dieses Aufrufs stattgefunden. Die anfänglich vorherrschende Tendenz, die Spendensammlung als rein finanziell-technische und interne Angelegenheit zu behandeln, wurde in dieser Auseinandersetzung scharf kritisiert und zurückgedrängt.

- Die Ortsgruppen und Zellen des KB verstärken seither ihre Anstrengungen, die Spendensammlung aufs engste mit der Propagierung des Parteiaufbaus, dabei vor allem mit der Verbreitung des Programms des KB zu verbinden, das zugleich ein Vorschlag an alle Marxisten-Leninisten Österreichs zur Herstellung der Einheit im Parteiaufbau ist. Über 2000 Programme und über 1000 Exemplare der Nr. 1 des "Kommunist" mit den Resolutionen der Gründungskonferenz des KB wurden bereits verbreitet.
- Die Ortsgruppen und Zellen verstärken ihre Anstrengungen, sich bei der Spendensammlung vor allem auf die Massen zu stützen, das heißt, sich auch bei der Spendensammlung vor allem an die Masse der Arbeiter und kleinen Angestellten und Beamten zu wenden, ihnen die Ziele des KB darzulegen und sie für die finanzielle Unterstützung des Kampfs um diese Ziele zu gewinnen. Jeder Schilling, der auf diese Art in unsere Spendensammlung fließt, ist ein gewaltiger Ansporn.
- Die Ortsgruppen und Zellen verstärken ihre Anstrengungen, in Verbindung mit der Spendensammlung konkrete Sparmaßnahmen in ihrem Umgang mit den Mitteln der Organisation zu setzen, um einen noch effektiveren Einsatz dieser Mittel für die festgelegten politischen Aufgaben zu erreichen.

Mit der Durchsetzung dieser richtigen Linie - die Spendensammlung aufs engste mit der Propagierung des Parteiaufbaus und der Verbreitung des Programms zu verbinden und sie mit konkreten Maßnahmen zum sparsameren und effektiveren Einsatz der Mittel der Organisation zu ergänzen - wird es nicht nur gelingen, das Spendenziel zu erreichen und zu übertreffen, sondern damit auch einen großen Schritt vorwärts im ideologischen, politischen und organisatorischen Aufbau des KB und im Kampf um den Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu machen! G.St.

Stand der Spendensammlung

Bis zum 24.10. sind in der Zentrale Spenden in folgender Höhe eingelangt:

aus Graz	16.768,20
aus Innsbruck	2.063,--
aus Klagenfurt	3.535,70
aus Knittelfeld ...	2.842,30
aus Linz	6.775,80
aus Salzburg	3.622,--
aus Wien	59.280,20
von Einheiten der Zentrale ..	17.900,--
Spendenstand 24.10.:	112.805,20

Eine Liste der Einzelspenden folgt zum Abschluß der Spendensammlung.

Spenden auf das Konto: Kommunistischer Bund Österreichs/ Zentrale PSK 2 418.889



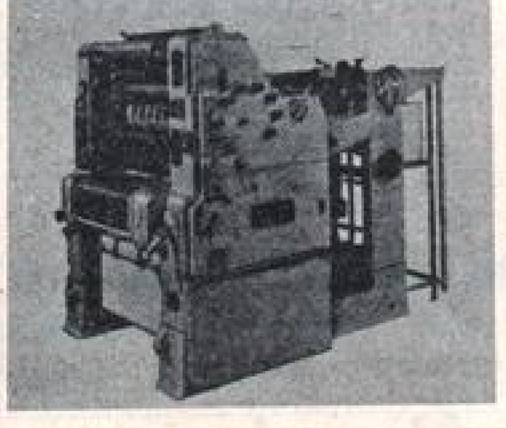
Zu beziehen über: Zentraler Vertrieb 1070 WIEN Halbgasse 12 S 5.-

auch auf slowenisch erhältlich

Die Gründungserklärung des Kommunistischen Bund Österreichs sowie die Resolutionen der Gründungskonferenz sind in der Nr. 1 des theoretischen Organs des KB, "Kommunist", abgedruckt. Preis: S 20

Spendet für Fotosatz- und Druckmaschine!





Wien

Wir sammelten bis jetzt 32 S und verkauften an die 30 Programme.

Die Spenden, die wir erhielten waren nicht hoch, - zwischen 3 und 8 Schilling, aber sie haben für uns eine besondere Bedeutung:

Bis auf eine Ausnahme kauften alle Menschen, die spendeten, auch ein Programm und zeigten uns ihr echtes Interesse an unseren Auffassungen und Vorschlägen, wie das kapitalistische Ausbeutersystem in Österreich zu beseitigen ist. Bei der Firma Eder kauften zwei Arbeiter ein Programm und sagten: "Wir werden uns das genau anschauen und dann entscheiden, ob wir euch etwas spenden."

Ähnlich erging es uns am Brunnenmarkt. Eine Frau, die mit der Spendensammlung angesprochen wurde, mit der wir aber nicht über unser Programm sprachen, erblickte ein Programm, das wir auf einen Ständer gestellt hatten und fragte uns, was das ist.

Wir erklärten ihr, daß das unser Programm ist, unsere Leitlinie, die uns den Weg zur sozialistischen Revolution zeigt. Daraufhin kaufte sie das Programm und meinte: "Warum sagt ihr nicht gleich, wer ihr seid und was ihr wollt".

Zelle Ottakring/Wien

Klagenfurt

Im Rahmen der Spendensammlung organisierte die Ortsaufbaugruppe Klagenfurt zusammen mit einigen Sympathisanten einen Bazar. Die Sympathisanten hatten 14 Tage vorher an einer Diskussion über die Notwendigkeit des Parteiaufbaus, den Charakter der Partei, die wir aufbauen wollen und über die Ziele, die sich diese Partei stecken muß, lebhaft teilgenommen. So unterstützen sie auch unsere Spendensammlung, indem sie für den Bazar Polster und Stofftiere nähten, Lederbeutel fabrizierten, Kuchen für alle machten, chinesische Scherenschnitte auf Karton aufzogen und so kleine Bilder herstellten und viele andere Sachen spendeten. Beim Bazar selbst wurde auch viel kommunistische Literatur, der "Klassenkampf", chinesische Bücher und Platten gekauft.

Das gute Ergebnis von 1738,- Schilling hat gezeigt, daß beim Kauf der Sachen bewußt für den Parteiaufbau gespendet wurde.

HG/Klagenfurt



Der Spendenbazar der Ortsaufbaugruppe Klagenfurt